

Leipziger Volkszeitung

Wähler-Listen
einsehen!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-Abholer 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postkontonummer Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf.,
Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen
die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mt. Inserate v. ausw.:
die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf. bei Platzvorrat, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rotsfrontverbot vor dem Reichsgericht

Herr v. Reubell reaktionärer als die reaktionärsten Richter

Die Länder reiten den RFB

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts, der die Angelegenheiten des Staatsgerichtshofes erledigt, fällt am Mittwoch folgende Entscheidung in der Affäre des Reubellschen Rotsfrontverbots:

„In Sachen des Roten Frontkämpferbundes hat das Reichsgericht, 4. Strafsenat, beschlossen:

1. Die Weigerung der Landesregierungen, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 18. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Roten Frontkämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet.
2. Die Kosten des Verfahrens werden dem Deutschen Reich auferlegt.

Der Senat hält die Voraussetzungen des § 129 des Strafgesetzbuches für den ganzen Roten Frontkämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage können nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Gauen, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts.“

Dazu schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes bedeutet eine politische Niederlage ersten Ranges für Herrn v. Reubell, den deutschnationalen Reichsinnenminister. Der Spruch des Staatsgerichtshofes, der den Ländern befehlen, daß ihr Einspruch zu Recht erfolgt ist, enthält, wenn auch unausgesprochen, die Feststellung, daß das Verbotsergehen des deutschnationalen Reichsinnenministers zu Unrecht erfolgt ist. Er bestätigt, daß Herr v. Reubell die Garantien der Verfassung und die demokratischen Rechte der Staatsbürger vier Wochen vor der Reichstagswahl verletzen wollte, parteipolitische Ziele halber. Die Deutschnationalen und mit ihnen ihr Parteiminister führen das Wort „Rechtsstaat“ im Munde — dennoch wollten sie die Rechtsgarantien des demokratischen Staates um ihrer Parteivorteile willen verletzen. Die Niederlage des Herrn v. Reubell wiegt um so schwerer, weil jedermann in Deutschland weiß, daß der Staatsgerichtshof alles andre als Sympathien für die Kom-

munistische Partei und ihre Organisation besitzt! Der Staatsgerichtshof steht Herrn v. Reubell sehr nahe. Daß er sich gegen Reubell entschieden hat, ist der stärkste Beweis dafür, wie weit der deutschnationale Innenminister bei seinem Ersuchen von den Vorschriften des Rechts abgewichen ist.

Herr v. Reubell hat sich gerühmt, daß er diesen Fall durchkämpfen wolle. Was will er nun tun? Will er zurücktreten? Er wird nicht daran denken.

Die Sieger in diesem Streit sind nicht etwa die Kommunisten. Sie sind mit Herrn v. Reubell gemeinsam hineingefallen. Täglich haben sie gebetet: heiliger Staatsgerichtshof, erhalte uns diesen kostbaren Agitationsstoff gegen die Sozialdemokratie! Ihre gesamte Agitation war auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie, nicht auf den Kampf gegen den deutschnationalen Innenminister abgestellt.

Die kommunistische Presse hat vom 18. April, dem Tag, an dem das Ersuchen des Herrn v. Reubell erging, bis zum heutigen Tage eine schamlos demagogische Hejse gegen die Sozialdemokratie betrieben. Am 18. April schrieb die Rote Fahne über den Einspruch der Preußenregierung:

„Jedermann weiß, was dies bedeutet. In der Phrase irgendein Protest, in der Tat reißlose Durchführung der Bürgerlosbefehle. Man wird bald sehen, daß unter den wichtigsten Vorwänden die Landesregierungen und Polizeipräsidenten mit einem Hagel von Verfolgungen gegen den RFB beginnen werden. Bei dieser ersten großen sichtbaren Deklaration des imperialistischen Deutschlands stehen sozialdemokratische Führer Pate.“

Am 26. April rief die Rote Fahne auf: „Die SPD-Führer in der Reubellfront!“ und am 1. Mai konnte man in diesem Blatte lesen: „SPD-Hilfe für Reubell“ schamlose Denunziantendienste des sozialdemokratischen Innenministers. Herr Ebesfeldt beiließ sich, noch vor dem 2. Mai seinerseits als Schildnappe Reubells für diesen in die Presse zu springen.“ In der Flugblatt-Propaganda der Kommunisten und der Roten Frontkämpfer aber verließ man sich zu der schamlosen Behauptung: „Die Sozialdemokraten haben dies Verbot gefordert, sie stehen mit Reubell unter einer Decke!“

Die Frage ist praktisch entschieden. Der Staatsgerichtshof hat geurteilt. Er hat gegen Herrn v. Reubell entschieden.

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl

Wir entnehmen den folgenden Aufsatz der Sächsischen Gewerkschaftszeitung. Er enthält die Richtlinien der Gewerkschaften zur bevorstehenden Reichstagswahl.

Die Wahlkämpfe der letzten zehn Jahre waren für die sozialistische Arbeiterklasse in erster Linie Kämpfe für die Erhaltung und Festigung der Republik und für die Sicherung des Weltfriedens durch Verständigung mit den früheren Kriegsgegnern. Noch im Dezember 1924 war die republikanische Staatsform keineswegs außer Gefahr. Wenn auch die Putschversuche der Hitler und Ehrhardt ständig gescheitert waren, so hatten doch die offenen und versteckten Faschisten und Monarchisten im Stillen die Hoffnung, der verhassten Republik zu gegebener Zeit den Todesstoß versetzen zu können. Die Arbeiterklasse mußte sich damals in erster Linie für die Erhaltung der demokratisch-republikanischen Verfassung einsetzen. Der Staat, der sich auf diese Verfassung gründet, war zwar nicht ihr Ideal, aber er bot die Möglichkeit, für ihre sozialen und kulturellen Ideen einzutreten. Er war und ist die unerlässliche Voraussetzung für die Betätigung und den Aufstieg der Arbeiterklasse.

Das Schicksal der Arbeiterklasse hing aber nicht nur von dem Ausgang innerpolitischer Kämpfe, sondern auch von der Lösung des außenpolitischen Dilemmas ab. Die Folgen des Ruhrkampfes, der Inflation und der Stabilisierungskrise waren noch längst nicht überwunden. Um Zeit für die Ausheilung der Wunden zu gewinnen, mußte das deutsche Volk zu einer Verständigung mit den Siegerstaaten kommen. Die Arbeiterklasse war es, die sich dafür einsetzte, obwohl sie sich bemüht war, daß sie die Hauptlast der Lasten zu tragen haben würde. So schwer diese Last war und ist, sie mußte getragen werden, weil es keinen andern Ausweg zur wirtschaftlichen Befriedung und Entspannung der außenpolitischen Situation gab. Für die Republik und für Friedenssicherung durch Verständigungspolitik waren also die Wahlparolen, für die das Proletariat fast zwangsläufig eintreten mußte. Neben diesen Kernfragen traten die sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme unter dem Zwang der Verhältnisse stark zurück.

Anders liegen die Dinge bei der jetzigen Wahl. Gewiß gibt es noch Millionen von offenen und heimlichen Feinden der Republik, aber sie bilden zur Zeit keine Gefahr für deren Bestand. Die Arbeiterklasse wird nach wie vor zu ihrem Schutz bereit sein müssen; sie braucht aber nicht mehr ihre ganze Kraft darauf verwenden. Und die Außenpolitik der schrittweisen Befreiung durch ehrliche Verständigung und Versöhnung hat sich so sehr als die allein mögliche erwiesen, daß sie von ihren früheren Gegnern und sogar von den wütendsten Feinden fortgesetzt werden mußte.

Die politische Aktivität der Arbeiterklasse kann und muß sich nun auf einem andern Gebiet entfalten. Neben dem Ausbau des Reiches zum Einheitsstaat, neben den Fragen der Strafrechts- und Schulreform werden die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in den Vordergrund treten. Das Wort Streikemanns, daß die wirtschaftspolitischen Fragen nicht mit der Sozialdemokratie gelöst werden können, war charakteristisch für die Wirtschaftspolitik der letzten vier Jahre. Aufbau der Privatwirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse war der tiefere Sinn aller Mehrheitsbildungen im verflochtenen Reichstage. Nachdem die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands — nicht infolge dieser Wirtschaftspolitik, sondern durch den Fleiß der Arbeiterklasse und die Besserung der allgemeinen Lage — gelöst sind, gilt es erst recht, die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse in die Tat umzusetzen.

Die Gewerkschaften geben sich dabei am wenigsten der Illusion hin, daß es im Wahlkampf und im kommenden Reichstag schon um das Wirtschaftssystem, um die Frage Sozialismus oder Kapitalismus gehen kann. Der Wechsel des Systems wird niemals durch einen siegreichen Wahlkampf, sondern durch einen organischen Umbildungsprozeß erfolgen. Aber das Tempo der Entwicklung wird durch den Wahlausgang nach der einen oder andern Richtung beeinflusst werden. Zuwachs an politischer Macht ist nicht die alleinige, aber doch eine der Voraussetzungen für die Verwirklichung der weitergehenden Ziele der Arbeiterklasse.

Zunächst kommt es darauf an, durch eine vernünftige Zoll- und Steuerpolitik die Lebenshaltung der Massen zu erleichtern, die Mitwirkung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung und Führung der Wirtschaft zu sichern. Die Gewerkschaften werden ihre Forderungen auf Erfüllung der in den Artikeln 159 und 165 der Reichsverfassung gegebenen Verheißungen beim kommenden Reichstag anmelden. Das Arbeitsruhegesetz, das Berufsausbildungs- und Reichswirtschaftsratsgesetz werden ihm in nicht allzu ferner Zeit vorgelegt werden. Dazu kommen als weitere gesetzgeberische Probleme die unumgänglich notwendige Fortbildung des kollektiven Arbeitsrechts und der Sozialversicherung und der sozialen Verwaltung.

Es ist kein Zweifel, die künftige Reichspolitik wird noch mehr Berührungspunkte mit den Aufgaben der Gewerkschaften haben, als es bisher schon der Fall war. Darum ist es ganz natürlich, daß die Gewerkschaften das allergrößte Interesse am Ausgang der Wahl haben. Gerade die sozial- und wirtschafts-

Die Begründung des Reichsgerichts vor der Revision der bisherigen Judikatur

Ueber die Gründe, nach denen der 4. Strafsenat des Reichsgerichts sich am 2. Mai 1928 gegen das Reubellsche Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront nebst sämtlichen Ortsgruppen ausspricht, ist in Berlin folgendes bekannt:

Der RFB bezwecke mit seinen Ortsgruppen und Gauen lediglich die Herstellung eines Gegengewichts gegen die rechtsgerichteten Organisationen und das Reichsbanner. Die RFB verfolge Bestrebungen, die daraus hervorgehen, Arbeiter aus allen andersgerichteten Verbindungen zu sich herüberzuziehen, um dadurch möglichst viele unter ihre Ziele zu bringen.

§ 129 StGB. verbiete Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehöre, Maßregeln der Gewalt oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften. Da nicht bewiesen sei, daß dieses Ziel wirklich auch erreicht worden ist, liege eine solche Verbindung nicht vor. Neben die militärisch organisierte Mitgliedschaft müsse eine tatsächliche Betätigung der Mitglieder im Sinne der kommunistischen Ziele treten.

Gewalttätigkeiten einzelner Mitglieder gegen politisch andere Gerichte, die seitens der Ortsgruppen des RFB zugelassen oder gefördert würden, erfüllten die Voraussetzungen des § 129 StGB. als „staatsfeindliche Verbindungen“. Nur solche Ortsgruppen, deren Mitglieder tatsächlich bis in die Gegenwart staatsumstürzerische Bestrebungen der RFB verfolgt, beziehungsweise gefördert hätten, wie dies beispielsweise Funktionären obliegen könne, verfielen nach der Gesetzesauslegung dem Verbot und der Auflösung.

Herr von Reubell hatte sich bei dem Ersuchen an die Länder auf die bisherige Spruchpraxis des Reichsgerichts gestützt, wonach bei jedem Funktionär der RFB von vornherein der Tatbestand des Hochverrats gegeben sei. In Wahlzeiten ist mehr denn je jedes Mitglied einer Partei ein „Funktionär“, ergo hätte das Reichsgericht das Ersuchen des Reichsinnenministers bestätigen müssen.

Nichtsdestoweniger ist Herr von Reubell gehörig abgeduldet und die Ausführungen im vorletzten Absatz der Begründung lassen erkennen, daß bei den Reichsrichtern die Erkenntnis an Boden gewinnt, von der Unmöglichkeit ihrer bisherigen Judikatur abzukommen. Also, die Reichsrichter, das bisher reaktionärste Element in der Republik, hufen zurück. Dafür blies Herr von Reubell um so stärker die Fanfare. Rot-Front darf nur unter besonderen Voraussetzungen verboten werden. Hätte Preußen auf dem Stuhle des Innenministers einen Deutschnationalen sitzen, dann würden in jeder Ortsgruppe des Rot-Front die Voraussetzungen für das Verbot gegeben sein. So aber ist Grafinski, ein Sozialdemokrat, auf dem Ministerstuhl, den bezieht die Zigarette und die Zigarette als angekommener Erbgut betrachteten, und Rot-Front behält das „Recht“, die Sozialdemokraten und ihren Schutzherrn, den preussischen Innenminister, um so nachhaltiger zu begeistern.

Wahlklagen in der Berliner Rechtspreffe

III Berlin, 3. Mai.

Nach dem Urteil der Täglichen Rundschau hinterläßt der Spruch des Strafsenats einen unbestriedenden Eindruck. Die Voraussetzung hochverräterischer Bestrebungen erst für vorliegend zu erachten, wenn sämtliche Ortsgruppen des Roten Frontkämpferbundes und der Bundesleitungen solche Bestrebungen nachgewiesen seien, mache es der politischen Behörde überaus schwer, staatsgefährlichen Organisationen überhaupt die Tätigkeit zu unterbinden.

Dem Lokalanzeiger scheint in der jetzigen Haltung des Reichsgerichts insofern ein Widerspruch zu liegen, als das Reichsgericht den Roten Frontkämpferbund wiederholt als das eigentliche Kampfinstrument der kommunistischen Partei bezeichnet und behandelt habe.

Die Deutsche Tageszeitung sagt, bereits der Tenor des Urteils gestatte die Feststellung, daß das Urteil in weiten Kreisen als unverständlich empfunden werde. Die Möglichkeit eines Teilverbotes des Roten Frontkämpferbundes habe natürlich praktisch keinerlei Bedeutung.

Die Kreuzzeitung ist der Auffassung, daß das Reichsgericht zu einer solchen Auffassung nur unter Hintansetzung aller staatspolitischen Erwägungen gekommen sein könne. Der Gegensatz zwischen Reichsgericht und Reichsinnenminister sei auch auf verschiedene Beurteilungsgrundlagen zurückzuführen. Der Politiker stehe dem Juristen gegenüber.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt, bei der Einstellung der Roten Frontkämpfer müsse man damit rechnen, daß sie die Leipziger Entscheidung als eine Art Freibrief oder „Tagelohn“ für verführte illegale Betätigung für weitere Bluttaten ausführen. Die Germania meint, durch diese Entscheidung sei der Reichsinnenminister nun auch in rechtlicher Beziehung von der zuständigen höchsten Instanz desavouiert worden.

Der Termin gegen die RFB-Zentrale aufgehoben

SPD Berlin, 3. Mai (Radio).

Zu Prozeß gegen die Mitglieder der kommunistischen Zentrale war der Verhandlungstermin vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts am 2. Mai angelegt worden. Da die Angeklagten nach Auflösung des Reichstags nach Moskau geflohen sind, ist der Termin aufgehoben worden.

Dagegen findet die für den 4. Mai angelegte Verhandlung gegen den Schriftleiter Otto Braun und Getroffen wegen Vorbereitung zum Hochverrat statt, obwohl die Hauptangeklagten Otto Braun und Olga Benario nach ihrer Flucht aus dem Moskiter Untersuchungsgefängnis nicht wieder ergriffen werden konnten.

Ägypten eingeschüchtert!

Die Antwort an England

WLB London, 2. Mai.

In der heute abend veröffentlichten Note des ägyptischen Premierministers in Erwiderung der britischen Note vom 20. April heißt es u. a.: „Der Pflicht gegenüberstehend, die ihr obliegt, die Rechte des Landes hochzuhalten und seine Verfassung zu achten, kann die ägyptische Regierung das in der Note vom 20. April beanspruchte und mit der Deklaration vom 28. Februar 1922 begründete Recht Großbritanniens, in die ägyptische Gesetzgebung einzugreifen, nicht anerkennen. . . Keine konstitutionelle Regierung habe die Befugnis, den verfassungsmäßigen Grundgesetz zu verletzen durch Zurückziehung einer Vorlage, die von beiden Kammern und von der Regierung gebilligt worden ist. . . Die Note betont, daß oft zum Ausdruck gebracht worden sei, daß, wenn die Erfahrung irgendeinen Mangel in den Gesetzen enthülle, die ägyptische Regierung sofort das Parlament ersuchen werde, es in Uebereinstimmung mit den Forderungen der öffentlichen Ordnung abzuändern. Angesichts dieser klaren Zeichen ihres guten Willens und ihrer guten Absichten könne die ägyptische Regierung nur ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß die britische Regierung nicht ihren sehr ernstlichen Wunsch, die guten Beziehungen beider Länder zu festigen, und die Aufrichtigkeit der Bemühungen, die sie bereits zu diesem Zwecke unternommen hat, anerkenne. Die ägyptische Regierung sei der Ansicht, daß sie den Inhalt der Note vom 20. April nicht unterschreiben könne, ohne ernstlich die ewigen Rechte Ägyptens preiszugeben. Sie könne auch nicht glauben, daß es in der Absicht

der britischen Regierung, deren liberaler Geist wohl bekannt sei, liege, eine unbewaffnete Nation, deren Stärke nur in ihrem Recht und der Aufrichtigkeit ihrer Absichten bestehe, zu demütigen. Zum Schluß teilt die Note die bereits bekannte Tatsache mit, daß die ägyptische Regierung „in Uebereinstimmung mit ihrem heißen Wunsch, ein Einvernehmen zu erzielen, und den verständlichen Wünschen, die sie unaufhörlich erfüllen werden“, innerhalb der Grenzen ihres verfassungsmäßigen Rechts, den Senat ersucht hat, die Prüfung der in Frage kommenden Vorlage bis zur nächsten Session zu vertagen. Der Senat habe dem auch zugestimmt.

Chamberlain befriedigt

SPD London, 2. Mai.

Der englische Ministerpräsident erklärte am Mittwoch im Unterhaus auf eine Anfrage Ramsay MacDonalds, daß Großbritannien inzwischen eine neue Note nach Ägypten gerichtet hat. In dieser Note nehme die englische Regierung mit Genugtuung von der Entscheidung Ägyptens, das Versammlungsgesetz im gegenwärtigen Augenblick zurückzustellen, Kenntnis. Darüber hinaus erklärte die britische Regierung jedoch, daß sie sofort intervenieren werde, wenn der Versammlungsgesetzesentwurf dem Parlament vorgelegt oder ähnliche Maßnahmen geplant würden. Außerdem wird gesagt, daß England in keine Diskussion über eine Änderung der anglo-ägyptischen Vereinbarung von 1922 eintreten könne. Im übrigen bestätigte der englische Außenminister am Mittwoch, daß 5 britische Kriegsschiffe den Befehl hatten, nach Ägypten zu fahren. Inzwischen sei dieser Befehl widerrufen worden.

Autonomistenprozeß im Elßaß

Die Elßasser wollen nicht nach Deutschland zurück!

SPD Straßburg, 2. Mai.

In dem Prozeß gegen die elßässischen Autonomisten, der am Dienstag vor dem Schwurgericht des Departements Oberrhein in Kolmar begann, wurde zunächst die Anklageschrift verlesen. Sie behauptet, die Autonomistenbewegung habe eine solche Tätigkeit entfaltet, daß man geradezu mit einer Gefährdung der nationalen Sicherheit habe rechnen müssen. Als Seele der Bewegung wird Dr. Rüdlin bezeichnet. Unter seiner Leitung habe der Straßburger Buchdrucker René Haus die Zeitung Die Zukunft gegründet und in Straßburg den Bund, einen Verein von Elßassern, zusammengebracht, der die französische Regierung bekämpfte. Der Leiter Der Zukunft, Schall, habe zur extremen Richtung der autonomistischen Verschwörung gehört, ebenso der Journalist Abbé Faßhauer in Straßburg, Eigentümer des Verlages Erwinia. Alle Angeklagten hätten das Ziel verfolgt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Staatsform eines Teiles von Frankreich gewaltsam zu zerklüften.

Der Angeklagte Dr. Rüdlin führte bei seiner Vernehmung aus, er sei trotz seiner Zugehörigkeit zu einem studentischen Corps und trotz seiner Reserveoffiziersstellung in der deutschen Armee ein Bekämpfer der germanisatorischen Bestrebungen Deutschlands im Elßaß. Der Kriegsbeginn sei der peinlichste Augenblick seines Lebens gewesen. Er sei dann in die deutsche Armee eingetreten. Zu Ende des Krieges sei er ins Elßaß zurückgekehrt mit der Absicht, einen Staatsrat zu veruchen und den deutschen Behörden ihre Macht zu entreißen. Am 9. November sei dann durch den Seniorenkongress im Landtage die Bildung der elßässischen Nationalversammlung und die Absetzung der deutschen Regierung proklamiert worden. Rüdlin versicherte dann: „Wir wollen niemals nach Deutschland zurückkehren und wollen Franzosen bleiben, aber wir lehnen als gute Katholiken und gute Elßasser die bedingungslose Assimilation ab.“ Die autonomistische Bewegung wolle, daß die religiöse und kulturelle Entwicklung des Elßaß dem Einfluß der französischen Kammer entzogen werde, aber nur auf legale und verfassungsmäßige Weise und nicht mit revolutionären Mitteln. Jede Einflußnahme des Auslandes würde durch die Autonomisten nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Ein Zwischenfall

SPD Berlin, 3. Mai. (Radio.)

Am Schluß der Nachmittagsverhandlungen im Autonomistenprozeß kam es zu einem Zwischenfall. Als der Rechtsanwält Abgeordneter Berthoin einen während der Verhandlungen ihm zugegangenen Einschreibebrief öffnete und verliest, der einen Auszug aus

Der empfindsame Duce

Mussolini verbietet der Witwe Matteottis, Trauerkleidung zu tragen.



Sein zartbesaitetes Gemüt ist diesem Anblick nicht gewachsen.

politischen Probleme der nächsten Jahre erfordern verständnisvolle Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft. Diese Zusammenarbeit muß, wenn sie fruchtbar sein soll, getragen sein von dem Willen zum praktischen Erfolg. Für die Arbeiterschaft kommt wahrlich nichts dabei heraus, wenn die parlamentarischen Vertreter ihre Tätigkeit auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet nur darin sehen, die Forderungen der Gewerkschaften zu steigern, und wenn die Tribüne des Parlaments nur zur parteipolitischen Agitation benutzt wird, wie es bei den Kommunisten der Fall ist. Ihr Wortradikalismus ist nicht nur für die Arbeiterschaft praktisch wertlos, sondern auch ein Zeichen politischer Unfähigkeit. Die Gewähr für eine fruchtbare Arbeit haben die Gewerkschaften nur bei der Sozialdemokratischen Partei. Darum hat auch der Bezirksausschuß des ADGB eine klare Wahlparole für die SPD herausgegeben.

Wir sind darauf gefaßt, daß die Kommunisten diese Parole zum Anlaß für neue Beschimpfungen der Gewerkschaften nehmen werden. Durch die Aussicht hierauf haben sie sich aber nicht abhalten lassen, zu tun, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist. Die vom Bezirksausschuß herausgegebene Wahlparole ist weder ein Liebesdienst für die Partei noch ein Affront gegen die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder. Sie ergibt sich aus der unbedingten Notwendigkeit, die Gewerkschaftsarbeit durch praktische Arbeit im Parlament — die von der SPD im Prinzip und in der parlamentarischen Praxis verneint wird — zu ergänzen. Doch ebenso wie jede für die Kommunisten abgegebene Stimme ein Kraftverloß für die Arbeiterbewegung ist, ist es auch jede aus Arbeiterkreisen kommende Stimme, die für die SPD abgegeben wird. Es ist kaum anzunehmen, daß die SPD überhaupt ein Mandat bekommt. Die für sie abgegebenen Arbeiterstimmen sind dann völlig verloren. In jedem Fall kommt aber dabei nur eine Zerspaltung der Kräfte des Proletariats heraus. Jede Zerspaltung, ganz gleich, aus welchen Beweggründen sie erfolgt, bedeutet Kraftverlust. Für die deutsche Arbeiterschaft kommt es aber im Wahlkampf und nach der Wahl darauf an, je klarer und frei von Illusionen ihren Weg zu gehen, alle Kräfte zusammenzufassen und auf das Erreichbare zu konzentrieren. Nur dann macht sie vom freien Wahlrecht den richtigen Gebrauch.

Viel Lärm um Nichts

Von unserem Berichterstatter.

Wien, 2. Mai.

Das Aufstehen des gewesenen ungarischen Volkskommisars und Kommunistenführers Bela Kun hat in der bürgerlichen Öffentlichkeit einen richtigen Lobhudeleffekt ausgelöst; in ungezählten Spalten der bürgerlichen Presse werden die entsetzlichsten Geschichten erzählt, zu welchem Zwecke der russisch-ungarische „Diktator“ unter einem falschen Namen nach Wien gekommen sei. Einmal heißt es, er soll einen neuen 15. Juli in Wien vorbereiten, er sollte die Maßnahme zu einer gewalttätigen Kundgebung gestalten, dann eine kommunistische Putschoffensive auf dem Balkan aus Wien organisieren. In der Erzeugung der Panikstimmung wird die bürgerliche Presse von der Polizei tatkräftig unterstützt, die das lebhafteste Bedürfnis empfindet, sich der bürgerlichen Öffentlichkeit Europas als ein Bollwerk der bedrohten bürgerlichen Ordnung in Erinnerung zu bringen. Schon deuten manche Anzeichen darauf hin, daß die internationale Presse-Reaktion das Wiener Stückwerk aufgreifen wird, und wie die Deutscherden Heilagen die auf die Nachricht der Verhaftung Bela Kuns zurückgestellten amerikanischen und englischen Journalisten die Wiener Polizeibureau und Journalistenkassenhäuser, in denen die bolschewistischen Umsturzpläne, genau ausgearbeitet, mit allen notwendigen Namen, Adressen und Daten zu einem verhältnismäßig billigen Preis verkauft werden. Man weiß zu berichten, daß die Entsendung Kuns nach Wien einen Wendepunkt in der Politik der kommunistischen Internationale bedeutet: entsprechend der Einklinkung Stalins in der Bauernfrage in Sowjetrußland soll jetzt wieder die Propaganda der Weltrevolution durch Putsche in Mittel- und Osteuropa von neuem beginnen, nach dem Scheitern der bolschewistischen Politik in China soll der Schwerpunkt der kommunistischen Agitation nach dem europäischen Osten verlegt werden.

Wird der Spießbürger diese Nachrichten, so muß ihn ein ordentliches Grinsen überkommen, eine Art Panikstimmung wird erzeugt, die als ein befruchtender Frühlingregen auf die Saat der Reaktion aller Länder heruntergeht. So ist es notwendig, die viel einfachere Wahrheit über die geheimnisvolle Mission Kuns in Wien kennenzulernen.

Bela Kuns Propaganda bedeutet gewiß eine Gefahr, aber nicht für die bürgerliche Gesellschaft, sondern für die ungarische Arbeiterklasse. Erstens wurde bei ihm eine Namensliste von in Ungarn lebenden Arbeitern gefunden, mit denen Kuns Emigranten in Verbindung treten wollten. Diese wissen von dieser Absicht Kuns nichts, aber ihre Witze befindet sich schon in den Händen der ungarischen Polizei, denn es besteht zwischen den Polizeibehörden eine internationale heilige Allianz zur Bekämpfung der „Umsturzgefahr“, und so wird in Ungarn eine wilde Jagd auf viele unschuldige Arbeiter einsetzen, die in Horsthus Gefängnisse gebracht werden. Aber außerdem wird Graf Bethlen für neue Gewaltmaßnahmen gegen das ganze ungarische Proletariat neuen und billigen Vorwand haben. Der Besuch der faschistischen Abgeordneten in Ungarn hat die nötige Stimmung schon vorbereitet, die in der Person Bela Kuns ausgetauchte bolschewistische „Gefahr“ wird diese Stimmung zur Explosion bringen.

Die Gefahren, die Bela Kun drohen, sind trotz der aufgeregten Sprache der reaktionären Presse bedeutend geringer. Die ungarische Regierung hat zwar seine Auslieferung von der österreichischen verlangt. Heute ist nun die Reaktion auch in Oesterreich viel freier, als im Jahre 1920, als Bela Kun als Flüchtling in Oesterreich ein Asyl hatte. Auch damals verlangte die ungarische Regierung seine Auslieferung wegen angeblicher gemeiner Verbrechen, die aber alle politischen Handlungen eines Regierungsmitglieds waren. Damals stellten sich die Gerichte und die Regierung auf den Standpunkt, daß Kun politischer Flüchtling ist und wiesen das Verlangen der ungarischen Regierung ab. So liegt in der Auslieferungsfrage schon ein res judicata (eine rechtskräftige Entscheidung) vor, und es ist unwahrscheinlich, daß sich Gerichte und Regierung auf einen anderen Standpunkt stellen sollten, wenn sie vielleicht dazu auch Lust hätten. Die österreichische Sozialdemokratie wird aber dafür sorgen, daß es bei der Lust bleibt, denn sie betrachtet den Schutz der politischen Verfolgten auch dann als eine proletarische Ehrenpflicht, wenn es sich um einen Gegner und einen Schädling der Arbeiterklasse handelt. Angesichts des starken reaktionären Drucks kann es aber möglich werden, daß man die Auslieferung Kuns an die ungarische Regierung dennoch versuchen wird. In diesem Falle, der allerdings sehr unwahrscheinlich ist, muß das ganze internationale Proletariat durch seine Proteste die dann mit großer Wucht einsetzende Aktion der österreichischen Sozialdemokratie unterstützen.

einem Artikel vom 18. Januar 1918 im Elßässer Kurier enthält. Dieser Artikel behandelt eine Rede des damaligen Reserveleutnants Coen, der jetzt als Besitzer hier dem Gerichtshof angehört. Der Artikel, den Berthoin dann auszuweihen verließ, hat die Tendenz, die Anhänglichkeit des Elßaß an den Kaiser zum Ausdruck zu bringen und zu betonen, daß das Elßaß niemals zum Erbfeind zurückkommen wolle. Berthoin sagte: Rüdlin hat als Arzt im deutschen Heere gedient. Unter den ritterlichen Bedenken, die über diesen Prozeß befinden, ist jedoch einer, der als Reserveleutnant die eben zitierten Äußerungen getan hat. Hier ruft der Generalsstaatsanwalt Faßot: Ich erkläre, daß Coen seit dem Waffenstillstand ein guter Franzose geworden ist und es ist mir eine Ehre, ihn zu meinen Freunden zählen zu können. Nach diesen Worten streckte er dem Besitzer Coen die Hände hin und der Vorsitzende tat das Gleiche.

Als der Generalsstaatsanwalt dann das Wort fallen läßt: „Ein Rüdlin“, protestiert Berthoin dagegen und sagt, der Staatsanwalt könne von einem Verurteilten mit diesen Worten „ein Rüdlin“ sprechen, aber nicht eher. Rüdlin ist ebensoviel wie Sie, Herr Staatsanwalt. Generalsstaatsanwalt Faßot erklärt, er werde Berthoin zur Verantwortung ziehen wegen Beamtenbeleidigung. Berthoin erklärt hierauf: Ich habe Sie nicht beleidigen wollen.

Die französische Polizei nahm am Mittwoch den General Zorn von Sulach, der als Zeuge zum Kolmarer Prozeß erschienen war, fest, da er eine rechtskräftige Strafe noch nicht verbüßt hat. Auf Intervention der Verteidigung im Autonomistenprozeß ist er inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Poincaré bleibt

SPD Paris, 2. Mai.

Die französische Regierung wird, abgesehen von dem durch seine Wahlniederlage verursachten baldigen Rücktritt des Arbeitsministers Fallières keine Umgruppierung erfahren. Das Kabinett wird — wie am Mittwoch in einem Ministerrat beschlossen wurde — nicht, wie es sonst allgemein nach Neuwahlen üblich ist, dem Präsidenten der Republik bei Beginn der neuen Legislaturperiode seine Demission überreichen, sondern sich der neuen Kammer mit einem Programm vorsetzen. Damit ist zunächst jeder weiteren Diskussion über die Regierungsbildung der Boden entzogen. Auf das Arbeitsministerium erheben bereits die Gruppe Marin und die Gruppe Loucheur Anspruch. Die Regierung begründet ihren Beschluß damit, daß die Mehrheit des französischen Volkes die Politik der nationalen Union billige.

Der Grund für die unerwartete Haltung Poincarés, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, liegt darin, daß er den Parteien selbst die Initiative einer Neubildung überlassen will. Man erwartet zum mindesten, daß im Verlauf des Sommers Veränderungen eintreten, wenn einschneidendere Fragen wie die Rheinlande und die Stabilisierung zur Diskussion gelangen.

Die Abendpresse vom Mittwoch hält im allgemeinen mit Kommentaren zu dem Entschluß der Regierung noch zurück. Die etwas verlegene und gewundene Art, in welcher der Temps die Entscheidung der Regierung verteidigt, läßt darauf schließen, daß sie ihm selbst etwas unerwartet gekommen ist.

Schüsse auf einen Abgeordneten

SPD Berlin, 3. Mai. (Radio.)

In Cannes versuchte eine Frau in der Bürgermeisterei ein Revolverattentat auf den am letzten Sonntag gewählten Abgeordneten Capron, den Bürgermeister von Cannes. Sie gab drei Schüsse auf Capron ab, die ihr Ziel verfehlten. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Raubatt.

Klassenjustiz in Frankreich

SPD Paris, 2. Mai.

In Paris wurde am Mittwoch der Redakteur der kommunistischen Humanité, François Gan, wegen Anstiftung zum Mord und Anstiftung der Soldaten zum Angehörigen zu insgesamt 5 Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt. Der Sekretär der kommunistischen „unitarischen Syndikate“ wurde wegen ähnlicher Vergehen in zweiter Instanz zu 6 Monaten Gefängnis, der Journalist Paul Monnevaux, der in einem Artikel für die Unabhängigkeit Indochinas eingetreten war, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bela Kun wird nicht ausgeliefert

SPD Berlin, 3. Mai. (Radio.)

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld hat beim österreichischen Justizministerium in der Frage der Auslieferung Bela Kuns Zustimmung erhalten. Der Justizminister hat dem deutschen Abgeordneten erklärt, daß Bela Kun nicht ausgeliefert werden könne, weil Bela Kun in Ungarn schärfer bestraft werden würde als in Oesterreich. Oesterreich habe die Todesstrafe abgeschafft, in Ungarn bestehe sie noch. Dr. Rosenfeld hat dann noch die Durchreise Bela Kuns durch Deutschland beprochen und betont, daß diese keine Schwierigkeiten bereiten werde.

England gegen Aegypten

Die britischen Imperialisten geben der Welt gründlichen Anschauungsunterricht darüber, was sie sich unter der „Richtung“ und dem „Verzicht des Krieges“ und unter der „Unabhängigkeit der Nationen“, über die seit dem Ende des Krieges soviel gesprochen worden ist, vorstellen. Fast zur gleichen Stunde, in der der Außenminister Chamberlain in einer Rede den amerikanischen Vorkriegsbesuch über den Kriegsverzicht aufs „wärmste begrüßte“ und betonte, daß die englische Politik von den darin zum Ausdruck gekommenen hohen Idealen geleitet sei, erhielten Teile der britischen Kriegsmarine den Befehl, sich nach ägyptischen Häfen zu begeben. Gleichzeitig verlangte die britische Regierung in einer ultimativen Note von der ägyptischen Regierung die endgültige Zurückziehung dreier Geschesvorlagen. Für den Fall, daß bis zum 2. Mai, 19 Uhr, also gestern abend, keine befriedigende Antwort in London eingegangen sei, werde England gezwungen sein, mit andern Mitteln seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Mit Geschützen ausgerüstete Schiffe dampften der ägyptischen Küste zu und in Aegypten und an seinen Grenzen steht genügend Militär, um die Drohung auch ausführen zu können.

So zeigen die britischen Imperialisten, daß, während sie vom Kriegsverzicht reden, sie munter zu einem neuen Kriege ausholen. Warum diese Gewaltandrohung gegen Aegypten? Ist die Beschlußfassung über Geschesvorlagen nicht eine innerpolitische Angelegenheit Aegyptens? Ist Aegypten nicht ein unabhängiger Staat? Ja, gewiß, die Unabhängigkeit ist den Aegypten sogar von den Engländern vertragsmäßig zugesichert worden. Aber eben die „Unabhängigkeit“, die den Interessen der britischen Imperialisten nicht zuwiderläuft. Das heißt, sobald die Aegypten der falschen Meinung sein sollten, sie seien wirklich unabhängig und könnten alle politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ihres Landes unabhängig von Rücksichten auf England regeln, dann werden englische Kriegsschiffe und englische Soldaten jederzeit zur Stelle sein, um die Aegypten sehr nachdrücklich von dem Irrtum ihrer Auffassung zu überzeugen.

Der britisch-ägyptische Konflikt zieht sich schon viele Jahre hindurch hin. Seinen letzten großen Gewaltakt führte England mit der völligen Unterstellung des Sudans unter seine Herrschaft durch. Mit dem Sudan übernahm es tatsächlich auch die wirtschaftliche Beherrschung des übrigen Aegyptens. Nachdem die Gefahr war, latet die britischen Imperialisten so, als wollten sie zu einer Verständigung mit Aegypten kommen. Der Scheinkönig Fuad und der damalige Ministerpräsident reisten nach London, um sich mit der britischen Regierung über einen Vertrag zu verständigen. Ueber diesen Vertrag stürzte die Regierung. Der Ausgangspunkt der jetzigen englischen Gewaltaktion sind drei Gesetze, die vor ihrer endgültigen Verabschiedung standen. Sie enthalten 1. Aufhebung des Verbotes politischer Versammlungen, 2. das Recht der ägyptischen Bürger, Waffen zu tragen, 3. das Recht der Ortsbewohner, ihre Bürgermeister selbst zu wählen. Und diese Gesetze fürchtete die britische Regierung so sehr, daß sie mit einer regelrechten kriegerischen Aktion gegen die Aegypten vorgeht. Zweifelloso hätten sie der politischen Herrschaft der Engländer in Aegypten Abbruch getan; denn der britische Oberkommissar, der der eigentliche Regent über Aegypten ist, hätte nicht mehr mit einem Schein des Rechts gegen politische Demonstrationen vorgehen, und er hätte vor allem auch nicht mehr seine willkürlichen Werkzeuge zu Bürgermeistern machen können. Da aber Aegypten wegen des Suezkanals, wegen des Landweges durch Afrika den Engländern ein Eckstein in dem Fundament ihrer Machtpolitik ist, lassen sie nicht das geringste von ihm abbrochen.

Darum das Ultimatum. Darum die Kriegsschiffe. Und darum das Militär in Aegypten. Alles hat seine Wirkung getan. Die ägyptische Regierung hat Chamberlain rechtzeitig geantwortet. Und sie hat so geantwortet, daß er immerhin befriedigt ist. Sie bestreitet zwar der britischen Regierung das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten ihres unabhängigen Landes einzumischen, sie bestreitet, daß durch diese Gesetze irgendwie die Ausländer gefährdet werden — das behauptet die britische Note —, aber sie erklärt, daß die Geschesvorlagen bis zur nächsten Session vertagt werden. Wenn Chamberlain, der die endgültige Zurückziehung verlangt, sich davon befriedigt zeigt, so kann er das tun, weil er weiß, daß die „Argumente“ seiner Regierung das Wiederkehren der Vorlagen erneut verhindern werden. Denn ein halbkoloniales Land wie Aegypten ist den Gewaltmitteln eines ausgesprochen imperialistischen Staates gegenüber stets im Nachteil.

Die britischen Imperialisten können sich dieses Vorgehen auch deswegen leisten, weil sie wissen, daß die ägyptische Unabhängigkeitsbewegung durchaus nicht geschlossen ist. Ein Teil der Aegypten, zu ihm gehören die Landjunker, die Bourgeoisie und das hohe Beamtenum, sind durchaus bereit, sich mit der herrschenden Klasse Englands auf der Grundlage einer Scheinunabhängigkeit zu verständigen. Sie fürchten, daß, wenn die Herrschaft der Engländer völlig beseitigt wird, ihre Herrschaft über die unteren Schichten des Volkes verloren geht. Das Erstarren einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung mag ihre Angst noch vermehren, so daß es durchaus wahrscheinlich ist, daß wenigstens einem Teil der Unabhängigkeitsbewegung in Aegypten die britische Gewaltandrohung durchaus nicht unangelegen gekommen ist. Die Regierung, die zur Zeit von den entschiedenen Nationalisten gebildet wird, kann mit ihr ihren Rückzug rechtfertigen und rechtfertigt ihn sehr gern.

Mit vorläufigem Ende dieses Konflikts wird der Gegensatz zwischen England und Aegypten nicht aufhören. Er wird von neuem die „Friedenspolitik“ imperialistischer Mächte als Machtpolitik, die zum Kriege führt, enthüllen. Aber wahrscheinlich wird es in seiner weiteren Entwicklung doch zu einer Verständigung zwischen der ägyptischen Bourgeoisie und den britischen Imperialisten kommen. Den Kampf für die volle Unabhängigkeit ihres Landes aber wird auch in Aegypten nur die Arbeiterklasse zu einem erfolgreichen Ende führen können.

Tschanghaichens Vormarsch

SPD Berlin, 3. Mai (Radio).

Tianju, die Hauptstadt der Provinz Schantung, ist von den in drei Abteilungen vorrückenden nationalen Streitkräften ohne Kampf besetzt worden. Ein Teil der nördlichen Armee, dem der Rückzug abgeschnitten wurde, zieht sich auf Tsingtau zurück.

Zum Nachdenken für Kommunisten

Amanullah-Kummel in der Sowjetrepublik

„Die Arbeiterschaft muß gegen den Amanullah-Kummel den härtesten Kampf führen und überall darauf hinweisen, welche politischen Kräfte hinter diesem Kummel stecken.“ So schrieb das Leipziger Kommunistenblatt am 5. März d. J., als der Afghankönig Amanullah der Stadt Leipzig einen Besuch abstattete. Inzwischen ist Amanullah über Warschau nach Rußland weitergereist. Wie wir bereits mitgeteilt haben, treffen deshalb die Sowjetbehörden in Moskau und Leningrad äußerst umfangreiche Vorbereitungen zum würdigen Empfang des Königs aus dem Morgenlande. Schon beim Ueber-schreiten der Grenze haben die Empfangsfeierlichkeiten begonnen. Aus Moskau wird darüber berichtet:

„Der König von Afghanistan ist am Mittwochabend auf der Sowjetgrenzstation Kogoreloje eingetroffen und wurde von einer Ehrenwache und den Rängen der afghanischen Symne begrüßt. Karahan hieß den König willkommen.“



Frau Kassinin: „Jetzt nicht, mein Mann übt die Verbengungen ein!“

Der Armee der „Schwachsinnigen“

Sonderbare Sachverständigenurteile im Femeprozeß

SPD Stettin, 2. Mai.

In der Mittwochverhandlung des Kogbacher Femeprozeßes wurde zunächst der Gerichtsarzt Dr. Ripper als psychiatrischer Sachverständiger über den Angeklagten Fräbel vernommen. Fräbel, so sagte der Sachverständige, sei nach seiner Ansicht schwachsinnig und ein phantastischer Lügner. Auch den Angeklagten Bär, der sein Geständnis schon acht Tage früher als Fräbel ablegte und dessen Aussagen in der Voruntersuchung über die Schilderung der grausigen Mordtat mit dem ersten Geständnis Fräbels wesentlich übereinstimmten, wurde von dem Sachverständigen schon in der Dienstagverhandlung ebenso wie Bogi und Krüger als schwachsinnig bezeichnet, so daß das Gutachten den Anschein erwecken könnte, als habe die Hochstruppe nur aus Schwachsinnigen bestanden. Zwischen dem Sachverständigen und dem Vorsitzenden kommt es wiederum zu lebhaften Auseinandersetzungen, bis sich schließlich die Verteidigung zu der Erklärung veranlaßt sieht, sie habe den peinlichen Eindruck, daß die Ausführungen des medizinischen Sachverständigen einem gewissen Unglauben des Gerichts begegnen. Der Vorsitzende antwortet darauf, er habe lediglich die Aussagen des Sachverständigen weitestgehend klären wollen.

Das tollste Stück leistet sich dieser Sachverständige, der Gefängnisarzt in Stettin ist, indem er Fräbels Un glaubwürdigkeit damit dokumentieren wollte, daß dieser in Briefen aus dem Gefängnis in Hannover übertriebene Schilderungen des Gefängnislebens gegeben habe, obwohl doch der Aufenthalt im Gefängnis eher mit dem Aufenthalt in einem Sanatorium zu vergleichen sei. Auch der Umstand, daß der Angeklagte Fräbel Kiehlse lese, sei schon allein verächtlich, da selbst er, der Sachverständige, sich über Kiehlse schon nicht recht einig sei. Von dem Vorsitzenden in die Enge getrieben, laßt Dr. Ripper sein Gutachten in folgende klassische Formel: „Ich halte den Angeklagten solange für unglaubwürdig, bis er nicht durch die Aussage der Wahrheit das Gegenteil beweist.“

Ein weiteres Gutachten sollte dieser Sachverständige über den Vorgang der Lösung abgeben, insbesondere darüber, ob Fräbel, der nach seinem früheren Geständnis auf das Genick des niedergelegenen, am Boden liegenden Schmidt zielte, um ihn „Hitzumachen“, mit zu dessen endgültiger Lösung beigetragen habe. Das hält der Sachverständige für ausgeschlossen. Schmidt müsse, als er schon die Schüsse erhalten habe, bereits tot gewesen sein. Es liege allerdings die Möglichkeit vor, daß Fräbel den Schmidt noch nicht für tot gehalten habe. Als der Vorsitzende nach dem Sachverständigenurteil die Zweifelsaufnahme schließen will, stellen die Verteidiger zwei neue Beweisurteile, die aber vom Gericht als wahr unterstellt abgelehnt werden.

Auf Antrag des Oberstaatsanwalts werden die Zeugen Kogbach, v. Bodungen und Richter wegen Verdachts der Anklage zum Mord und der Zeuge Robert Schul wegen Verdachts der Begünstigung nicht vereidigt.

Politische Zusammenstöße in Halle

WB Halle, 2. Mai.

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch entstanden zwischen Angehörigen verschiedener politischer Organisationen mehrere Schlägereien, in deren Verlauf eine Anzahl Personen verletzt wurde. Ein Beteiligten wurde durch Messerschläge schwer verletzt. Im Verlauf der Schlägereien soll auch eine Reihe Schiffe gefallen sein; die Täter konnten noch nicht ermittelt werden, 38 Personen wurden zur Personalienfeststellung zur Polizeiwache geführt.

und überreichte ihm ein Begrüßungstelegramm Kassinins. Nach einer Ansprache des Königs, der seiner Freude über seine Ankunft auf dem Boden der Sowjetunion Ausdruck verlieh, ging der Zug nach Moskau ab, wo der König von Mitgliedern der wehrussischen Regierung empfangen wurde. Er setzte dann die Fahrt nach Moskau fort.

Von einer Aufforderung, daß die russische Arbeiterschaft den härtesten Kampf gegen diesen Amanullahkummel führen müsse, ließ man weder in der russischen noch in der deutschen kommunistischen Presse etwas. Dagegen preisen die Moskauer Sowjetischen Bolschewistische Blätter als Staatsmann großen Formats. Das bolschewistische Blatt schreibt: „Wir sind der Meinung, daß alles das, was über Amanullahs Persönlichkeit und über seine Politik berichtet wird, zu dem Schluß berechtigt, daß wir es mit einem Staatsmann von nicht gewöhnlichen Gaben und einem aufrechten Mann zu tun haben.“ Und in dem Zentralorgan der russischen Kommunisten, der Prawda, heißt es: „Wir begrüßen auf dem Gebiet der Sowjetunion den Vertreter und das Oberhaupt eines Staates, mit welchem der Sowjetstaat durch die Bande enger Freundschaft verbunden ist, die nun schon ein ganzes Jahrzehnt sich bewährt hat.“

Als Amanullah in Berlin weilte, erlosch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion „härtesten Protest“ gegen die offiziellen Empfangsfeierlichkeiten. In der von ihr formulierten Erklärung wurde gesagt: „Der afghanische König kommt als Agent der herrschenden Klasse seines Landes, um für diese Geschäfte abzuschließen.“

Nicht begrüßt also die Sowjetregierung den „Agenten der herrschenden afghanischen Klasse“ und die kommunistische Presse betont, daß die Sowjetunion in enger Freundschaft mit Amanullah und seinem Lande steht! Die russische Arbeiterschaft aber darf nicht gegen den Monarchenempfang protestieren, sondern muß bei den Paraden und Schaustellungen zu Ehren des fürstlichen Agenten der Bourgeoisie mitwirken.

Widerliche Komödien — der Fürstenempfang in der russischen Arbeiterrepublik ebenso wie der Protestkummel der deutschen Kommunisten.

Gelegentlich des Aufenthalts des afghanischen Königs in Warschau wurden die Ratifikationsurkunden des am 3. November 1927 in Angora unterzeichneten polnisch-afghanischen Freundschaftsvertrages zwischen dem polnischen Außenminister Jalecki und dem afghanischen Außenminister Gulam Sabqi Chan ausgetauscht.

Die Opfer des Warschauer Maikampfes

WB Warschau, 2. Mai.

Nach den letzten Feststellungen beläuft sich die Zahl der bei den getragenen Straßenunruhen in Warschau Getöteten auf neun. Verwundet wurden 420 Personen, darunter eine größere Anzahl sehr schwer.

Weiter berichtet die Tel.-Anon aus Warschau: Wie nachträglich bekannt wird, ist es gestern auch in Sosnowitz zu Ausschreitungen und blutigen Zusammenstößen gekommen. Während des Kampfes wurden drei Polizisten durch Revolvergeschüsse verwundet. Einer der Demonstranten, der sich den Anordnungen der Polizei widersetzt, erlitt durch Schläge mit einem Gummistock so schwere Verletzungen, daß er wenige Stunden später im Krankenhaus starb.

Die politische Krise in Japan

SPD Tokio, 2. Mai.

Der japanische Innenminister Juzuki ist am Mittwoch zurückgetreten. Die konservative Regierung hofft dadurch die parlamentarische Krise zu überbrücken und im Amt bleiben zu können. Es verlautet, daß der Ministerpräsident jetzt selbst das Innenministerium übernehmen wird und dafür das Außenministerium an einen anderen Minister abzutreten gedenkt.

Der zurückgetretene Innenminister ist eine äußerst reaktionäre Persönlichkeit, gegen die sich seit Wochen der Sturm der Opposition richtete. U. a. wurde gegen ihn ein Mißtrauensvotum im Parlament eingebracht.

Notizen

SPD Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Doneggebiet wird in der zweiten Hälfte des Monats Mai beginnen. Der Anwalt der UGB, Rechtsanwalt Wante, wird die Interessen der Angeklagten gemeinsam mit einem russischen Offizialverteidiger vertreten.

WB Die Polizei in Lissabon hat 14 Offiziere und Zivilpersonen, die der Verschönerung beschuldigt werden, verhaftet.

WB Nach einer durch den portugiesischen Senor zurückgehaltenen Meldung aus Lissabon konnte dort eine Verschönerung gegen die portugiesische Regierung aufgedeckt werden. Die Polizei hat 14 Personen verhaftet. Der Führer der Bewegung und verschledere andere Teilnehmer sind entkommen.

WB Wie die Bosphorische Zeitung aus Konstantinopel meldet, hat das dortige Strafgericht den Adjutanten des letzten Sultans, Selim, wegen Ermordung des femalistenfreundlichen Leibarztes des Sultans in San Rejno zum Tode verurteilt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herre in Leipzig

Verantwortlich für den Interzendentell:

Hugo Schjand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Lauensteins Regenerationspillen sind das ideale Abführmittel. Allein Königs-Salomono-Appotheke. Postversand nach auswärts Grimmaische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Leukoplast spart Geld:



Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.)

Achten Sie auf den Namen **Leukoplast**, da Nachahmungen im Handel sind.

Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.



Gummischlauch

Leukoplast ist immer gut. Wenn man sich verwundet tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwendet Papp, Porzellan und Glas. Alles klebt das. Ansteckdosen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirme, Puppentagen, Gummischläuche, Bedeckungen, Regenmäntel, Akiennappen, Noten, Bilder, Thermometer, Photos Faust und Struwelpeter, klebt das LEUKOPLAST, daß Du's im Hause hast!

Selbsthilfe Leipzig

Diese Woche besonders günstig

Feinst. Kaiserauszugsmehl glatt u. grüßig . . . Pfd. 33, 10 Pfd. 3,20	Toilette-Seifen
Feinstes Auszugsmehl Pfd. 29, 10 Pfd. 2,80	Flieder, Malglöckchen, Nelken ca. 30-g-Stück 25
Weizenmehl 000 Pfd. 25, 4 Pfd. 96	Fliederselle ovale Form ca. 30-g-Stück 28
Eiernudeln feinste südd. . . Pfd. 85	Fliederselle weiß ca. 30-g-Stück 30
Eiernudeln in Paketen . . . Pfd. 63	Buttermilchselle „Stelermädel“ feinste Stück 30
Fste. Eiersuppen-Einlagen 1/4-Pfd.-Paket 22	Lilienmilchselle Stück 40
Eiersuppen-Einlagen loose 1/4 Pfd. 15	Edelsparkernselle große Kugel 1.05 bis 80
Suppen-Einlagen Pfd. 50	Boraxwachskernselle Kugel 1.25
Erbsen grün Pfd. 42	Schmierselle feinste Alabaster Pfund 55
Erbsen gelb pol. Pfd. 46	Oxonli Paket 65 u. 45
Linzen groß Pfd. 50	Kochstärke Pfund 40
Linzen mittel Pfd. 40	Kristall-Soda Pfund 8
Jedespaisenz Pfund 7	Streusalz in Paketen Pfund 7
Schweineschmalz ausgel. deutsch. Rückenspeck hochf. i. Geschm. Pfund 76	Eierschnittnudeln lose Pfund 50
Eierschnittnudeln lose Pfund 50	Hartriebruchmakkaroni Pfund 50

mit 6% Rückvergütung
in den bekannten Verkaufsstellen

Neu eröffnet: Leipzig-Schleußig, Körneritzstraße 82
Leipzig-Lautsch, Friedrich-Ebert-Straße 15

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Nachruf.

Nach langem Leiden verstarb am 29. April unser Kollege

Friedrich Seger.

Mit ihm geht einer von denen, der unter den schwierigsten Verhältnissen unsere Organisation mit aufbauen half. Er war Mitgründer der Filiale Leipzig des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes 39 Jahre war er Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation. Durch sein reiches Wissen förderte er die Weiterentwicklung unseres Verbandes

Nicht nur die Kollegen Leipzigs, sondern des ganzen Reiches, werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Sie geloben, in seinem Sinne weiterzuarbeiten

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband
Bezirkshiliale Leipzig I. A.: Kluge, Heinz

Nach langem, schwerem Leiden entschlief Dienstag, morgens 1/4 Uhr, im 58. Lebensjahre, mein lieber Mann, unser herzenguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Adolph Bässler

Raisoberwachmeister

Leipzig O 30, Thümmelstraße 11, II, den 1. Mai 1928.
In tiefstem Schmerz

Marie Bässler geb. Weller
Kurt und Annemarie Bässler
und sämtliche Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Johannisfriedhofes aus statt.

Nach kurzer, heftiger Krankheit verschied am 2. Mai 1928 mein lieber, guter Mann, unser Vater, Schwager und Onkel
FRIEDRICH DÖRRE
wenige Tage vor Vollendung seines 72. Lebensjahres.
Leipzig A 23, Raubstraße 19
In tiefem Leid Anna Dörre
verw. geb. Weller geb. Selchmann
und Hinterbliebene
Die Beerdigung findet Sonnabend, 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt

Freude und Leid

verkündet Verwandten und
Bekanntem die
Familien-Anzeige

ERNA UECKER

im Krankenhaus St. Georg plötzlich verstorben ist. Ihr aufrechtes Wesen, sowie ihr alldieses Arbeiten für die Turnerinnenabteilung und ihr Streben, die Arbeiterturnbewegung vorwärtszutreiben, zeigen unsrer verstorbenen Genossin ein bleibendes Andenken.

Ein letztes „Tut Heil!“ in dein zu frühes Grab
Der Arbeiter-Turn-u.-Sportverein Mockau
Die Turnerinnenabteilung
des Arbeiter-Turn-u.-Sportverein Mockau
stellen der Turngenossinnen und Turngenossen Freitag,
8. Mai, 11,30 Uhr, am Krematorium auf dem Südfriedhof



Die Umschau
muß jeder Gebildete kennen. Sie ist die beste illustrierte, wöchentliche in Wissenschaft u. Technik. Probeheft 10 sendet kostenlos d. Verlag in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Schreiben Sie noch heute eine Postkarte für 8 Pfennig

Auf Grund großer Abschlüsse
liefern wir unseren Mitgliedern

unser erstklassiges

Fahrrad

Marke

GEG

zu folgenden äußerst niedrigen Preisen



Herren-Tourenrad . . . Preis RM 93.00

mit gelben Felgen, modernem Rahmen, aus nahtlos gezogenem Stahlrohr, englischem Venter, starkem Tourensattel, Torpedo-Fretlauf, Werkzeugtasche, Luftpumpe und Glocke



Damen-Tourenrad Preis RM 102.00

kräftiges Modell, Ausstattung wie oben

Knaben-Rad Preis RM 87.00

in Ausstattung wie Herren-Touren-Rad

Mädchen-Rad Preis RM 95.00

in derselben Ausstattung

Eleg. Halbrenner . . . Preis RM 102.00

mit fallendem Rahmen, farbig, aus nahtlos gezogenem Stahlrohr, gelben Rillensfelgen und gutem Venträger. Zubehör wie oben

Farbig. Vollrenner Preis RM 138.00

in äußerst geschmackvoller Emailierung, tiefge-, bogener Venter, ohne Bremse, mit langem Rennsattel. Zubehör wie oben

Fahrradschläuche 1 Stück RM 2.00

Fahrradmäntel Stück RM 5.00

Laternen Stück RM 9.00 und 5.50

Glocken Stück RM 0.75

Radständer Stück RM 1.30

und sonstige Zubehörteile

Lieferung und Auskunft über erleichterte Zahlungsbedingungen durch die Lebensmittel-Verteilungstellen und Warenhäuser

Konsumverein

Leipzig-Blagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder

Meine Flieger — Deine Flieger

Von Theobald Tiger.

Unsere Flieger haben über den Ozean gemacht — deutsche Energie! deutsche Energie!

Und wir brüllen, daß es durch die Straßen geht: „Unsere Flieger sind die ersten auf der Welt!“

Unsere Flieger sind der Stolz des Landes! Vive la France! Quelle rumeur!

Und dahinter stehen die Industrien, und sie grinsen in Paris wie in Berlin...

Unsere Flieger fliegen heut nach Mexiko! Gods own country — our America!

Jede Zeitung hat uns das gesagt: hat da einer einen Flug gewagt, wächst empor zum höchsten Firmament

— „Weil du, Landsmann, doch aus gleichem Holz bist, bin auch ich ein Held, der lachend tanzt!“

Unsere Flieger! Unsere Flieger! Die sind Sieger! Die sind Sieger!

Will der Stammtisch aller Welt nicht ohne Lust sein — braucht er Kino, Kirche und das Nationalbewußtsein!

Politische Kinder im Wahlkampf

Beim sachsenburgischen Wahlkommissar sind für die Landtagswahl elf Wahlvorschläge eingegangen. Bei der vorigen Landtagswahl waren im ganzen sieben Wahlvorschläge vorhanden...

Der Rüstingener Auktionator scheint ein ebensolcher Konfessionar zu sein wie die beiden hiesigen Sachsen, die kürzlich in Leipzig unter der Firma „Freibund“ eine „Einheits- und Weltverbindungspartei“ gegründet haben.

„Stresemann, verweie man“

Der Außenminister und die Hakenkreuzler

SPD Von der Geistesverfassung der nationalsozialistischen Meute, die den Reichsaussenminister Stresemann in München niederschleift...

Stresemann in seiner Rede: „Helferisch, der doch sicher ein nationaler Mann war...“

Stresemann: „Wenn man Geld haben will, muß man zu Leuten gehen, die Geld haben...“

Die Wahlen in Europa und der Friede

Ueber dieses Thema wird am Sonntag, dem 13. Mai, vorm. 11 Uhr im Großen Festsaal des Zentral-Theaters der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte...

Die öffentliche politische Betätigung des Genossen Bosh-Paris begann damit, daß er im Jahre 1899 an der Seite von Jaurès und Jola für die Rehabilitierung des Kapitän Dreyfus eintritt.

Die wissenschaftliche Tätigkeit des Genossen Bosh: Er ist Professor der Mathematik und der Kunstwissenschaft an der Sorbonne...

Die wissenschaftliche Tätigkeit des Genossen Bosh: Er ist Professor der Mathematik und der Kunstwissenschaft an der Sorbonne...

Millionärsfrau und Millionärssohn

Eine halbe Million vergeudet! — Hundertvierzehn Geschädigte! — 140 000 Mk. Schulden!

Anfang Juli 1927 wurde die Leipziger Kriminalpolizei auf umfangreiche Betrügereien und Kreditfälschungen hingewiesen, die von Familienmitgliedern des Millionärs Brünjes ausgehen.

Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Beißel begann am Mittwoch vor dem Großen Schöffengericht der Prozeß gegen Brünjes und Genossen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Pisch. Aus dem Untersuchungsgefängnis werden vorgeführt: Frau Mary Brünjes, ihr einziger Sohn Heinrich Brünjes...

In den zur Anklage stehenden 114 Fällen sind im einzelnen Beträge von 300 bis 18 000 Mark gegeben worden; insgesamt etwa 360 000 Mark, von denen heute noch 140 000 Mark (ohne die Zinsen) nicht zurückgezahlt wurden.

Frau Mary Brünjes hat sich ihre Opfer aus allen Bevölkerungsschichten herangeholt. Im Eröffnungsbeschluss werden genannt: Banthaus Blaus, Großkaufleute, Fabrikanten, Unternehmer aller Art, Kärstner, Handwerker, Gastwirte, Beamte, Architekten, Apotheker, Akademiker, Lehrer, Ingenieure, Rentner, Witwen und auch — Arbeiter; Kraftwagenführer, Mechaniker, Fleischer, Straßenbahnkassierer, Handlungsgehilfen, Kupferputzer, Schneiderinnen. Ein Bureaugehilfe hat der Millionärin 5000 Mark, ein Arbeiter 2000 Mark zur Verfügung gestellt!

Die Vernehmung zur Person

gestaltete sich bei der Hauptangeklagten mitunter dramatisch. In theatralischer Pose erkundete hysterische Anklagen gegen ihren Mann, ihren Sohn, die Helfershelfer und die Gläubiger...

Jüdische Arbeiter, Angestellte u. Arbeitslose

In Deutschland finden am 20. Mai die Wahlen zum Reichstag statt. Es gilt alle proletarischen und freiwirtschaftlichen Kräfte für diesen Kampftag zu rufen.

Koch ist in vielen deutschen Ländern die alte feudale Gesellschaftsklasse, unterstützt vom reaktionären Bürgertum, im Besitze des Staatsapparates, der voll und ganz gegen das Proletariat ausgenutzt wird.

Der kommende Reichstag wird die Aufgabe haben, die alten reaktionären Elemente aus dem Beamtenapparat, aus Heer, Justiz, Polizei und Marine radikal zu entfernen...

Jüdische Arbeiter und Angestellte! Dieser Kampf ist auch der eure! Es geht um eure Lebens- und Wirtschaftsinteressen.

Jüdische Arbeitslose, jüdische Kleinbürger! Die Konzentrationsbewegung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hat Unzählige von euch ins Proletariat hinabgestoßen.

Denkt daran, daß zahlreiche sozialdemokratische Führer im Einklang mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale, eingebend des vielhundertjährigen Unrechts, das man an den jüdischen Massen beging...

Gegen die Reaktion! Gegen den Kapitalismus! Gegen den Antisemitismus! Gegen den Bürgerkrieg!

Für die Freiheit der Arbeiterklasse! Für die Eroberung des Staatsapparates! Für wirkliche Gleichberechtigung der Juden! Für die sozialistische Deutsche Republik!

Zentralkomitee der Jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale-Zion in Deutschland.

erhörten Geschehnisse auf ein falsches Gleis zu schieben. Der Vorsitzende verzündete das mit den Worten: „Sie haben keinen Grund, sich aufzuregen; andere Leute haben Grund dazu!“

Mary ist 1877 in Leipzig als Tochter des reichen Kaufmanns Mary geboren. Im Alter von neunzehn Jahren heiratete sie den Großkaufmann Peter Brünjes. Ihr Mann Peter Brünjes galt eine Zeitlang als der reichste Mann Leipzigs.

Zu welchen Zwecken diese riesige Summe verschwendet wurde, erfährt man am ersten Verhandlungstage nicht.

Frau Brünjes

erklärte zur Anklage, daß sie die Verfehlungen nur begangen habe, um ihren Sohn zu retten. Sie und ihr Sohn hätten sehr große Angst vor Peter Brünjes, da der sehr streng sei.

„Ich habe vollkommen uneigennützig gehandelt. Ich habe von dem ganzen Gelde nichts gehabt. Erst im Gefängnis ist mir zum Bewußtsein gekommen, daß ich durch mein uneigennütziges Handeln Leute schädigte.“

Vorsitzender: „Wieviel Wirtschaftsgeld erhielten Sie von Ihrem Mann?“ Frau Brünjes: „Tausend Mark, und wenn es nicht langte, auch mehr!“

Dabei standen der „bescheidene“ Frau Brünjes drei Hausangestellte zur Seite und der Sohn führte einen eigenen Haushalt. Weiter hat die „uneigennützig“ Frau sich um ergaunerten Gelde Teppiche im Werte von 5500 Mark und kostbare Pelze gekauft.

Die Dollars wurden der Millionärin von ebenfalls reichem amerikanischen Verwandten zugesandt! Ein alles Sprichwort sagt: Wo Lauben sind, fliegen Lauben zu. Und so haben auch die Geldgeber ihre Ersparnisse zur Frau Brünjes getragen.

Vorsitzender: „In den vier Händen Alten steht davon noch kein Wort. Zu diesen Angaben muß Ihr Mann als Zeuge zur Nachprüfung geladen werden!“

Weiter bezeichnet die bescheidene Frau 15 000 Mark (Wert 1900!) als Kleinigkeit; ebenso Schulden in Höhe von 6000 Mark, die ihr Sohn bereits im Alter von 18 Jahren machte.

Vorsitzender: „So wahr ein Gott mir helfen wird!“

ist 1897 als einziger Sohn des Millionärs Brünjes geboren. Er gleicht der Mutter in allem. Vaterlich ruft er aus: „Ich habe eine sehr schwere Kindheit durchgemacht!“

Vorsitzender: „Wo hin ist das Geld, sind die Hunderttausende gekommen?“ Heinrich Brünjes: „Ich weiß nicht!“

Heinrich hat es auf dem Gymnasium nur bis zur Unterprima gebracht. Er trat 1916 als Fähnrich in ein Artillerieregiment. Hier begann das Schuldenmachen im großen Maßstab.

Im Jahre 1921 verheiratete sich Heinrich mit einer reichen Kaufmannstochter. Der Haushalt wurde von vornherein fürstlich aufgezogen. Eigenes Auto, eigener Chauffeur, Köchin, Stubenmädchen, später Kindermädchen bildeten Selbstverständlichkeiten.

Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. P. S.

Keine Gesamtspernung

Sie haben's nicht gewagt! Metallindustrielle „Stellen Ausspernungsbefehl zurück“

Am Mittwoch hat der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie zu der Frage einer Gesamtspernung in der deutschen Metallindustrie zur Unterstützung der sächsischen Metallindustriellen Stellung genommen. Die „guten Informationen“ der Berliner Börsenzeitung, über die wir gestern berichteten, haben die außer-sächsischen Metallindustriellen nicht veranlassen können, die Gesamtspernung zu beschließen. Sie haben sich über die Verlegenheit hinweggeholfen durch den Beschluß, die sächsischen Metallindustriellen finanziell zu unterstützen. Sie haben sich über die Verlegenheit hinweggeholfen durch den Beschluß, die sächsischen Metallindustriellen finanziell zu unterstützen. Sie haben sich über die Verlegenheit hinweggeholfen durch den Beschluß, die sächsischen Metallindustriellen finanziell zu unterstützen.

Die sächsischen Metallindustriellen machen bei dieser Gelegenheit eine recht üble Erfahrung. Sie haben geglaubt, mit ihrem Vorgehen einen Vorstoß im Interesse und im Einklang mit den außer-sächsischen Metallindustriellen zu machen. Sie haben geglaubt, damit einen Anspruch auf das ganze „Herz“ ihrer außer-sächsischen Brüder, das heißt auf die große Ausspernung, zu haben. Anstatt des „Herzens“ bieten ihnen diese aber nur Geld. Wir überlassen es unseren Lesern und den sächsischen Industriellen, von dieser Erlebung einer Herzensfrage durch schänden Kampan aus die entsprechende Parallele zu andern Vorkommnissen des menschlichen Lebens selbst zu ziehen. Die Situation ist außerordentlich peinlich für die sächsischen Metallindustriellen. Wir möchten nicht in ihrer Haut stecken.

Arbeitsruhe auf dem Rhein Hafenarbeiter mit Schiffen solidarisch

Seit heute vormittag liegt die ganze Rheinstrom flill. Die Schiffe sind überall auf der Reife angehalten und außer Fahrt gestellt worden. In den Hafenbetrieben wurde heute morgen noch gearbeitet; für heute nachmittag sind jedoch Versammlungen der Hafenbediensteten einberufen worden, in denen über eine Unterstützung des streikenden Schiffspersonals beschlossen werden soll.

Die Hafenarbeiter im Rheinhafen haben heute nachmittag beschlossen, in den Solidaritätsstreik zu treten und keine deutschen Schiffe mehr zu laden und zu löschen. Sie fordern auch bei ausländischen Schiffen den Nachweis, daß keine deutschen Firmen an ihnen beteiligt sind, so daß mit der Stilllegung des Hafensbetriebes zu rechnen ist.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner Leipzigs

Am 31. März lieh der Lohnvertrag für die Straßenbahner Sachsens ab. Von den Vertragsgewerkschaften, dem Deutschen Verkehrsband und dem Gemeindefahrer-Verband, wurden neue Forderungen eingereicht und verhandelt. Durch die lange Verzögerung der Verhandlungen über das Bezirksabkommen zum Reichsmanteltarif Straßenbahn IV mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden wurden auch die Verhandlungen über den Lohnsatz zwangsweise hinausgezögert. Sie ergaben dann eine Stundenlohn-Erhöhung für die un- und angelernten Arbeiter von 7 und 8 Pfennig, für die gelernten Arbeiter von 9 Pfennig. Außerdem sollte dem Personal des Fahrdienstes 1 Pfennig auf die jetzt 6 Pfennig betragende Funktionszulage arbeitsständlich bezahlt werden, so daß der Grundlohn pro Stunde für das Fahrpersonal 91 Pfennig und 7 Pfennig Funktionszulage betragen hätte.

Dieses Ergebnis wurde den Verbandsmitgliedern in einer am 3. April stattgefundenen Versammlung unterbreitet und zur Annahme empfohlen. Dabei ließ sich die Organisationsleitung

Die sächsischen Metallindustriellen scheinen auch sonst Verunsicherung zu haben, sich über mangelndes Solidaritätsgefühl bei Unternehmerbrüdern zu beklagen. Sie glauben, genügend Vorsorge getroffen zu haben, damit die streikenden oder ausgesperrten Metallarbeiter nicht anderwärts Arbeit bekommen. Jedenfalls geht das aus einem Rundschreiben des Zentralausschusses Zwickauer Arbeitgeberverbände vom 16. April hervor, in dem „nochmals darauf aufmerksam gemacht wird, daß es strengstens untersagt ist, ausgesperrte und streikende Metallarbeiter einzustellen“. Ein späteres Rundschreiben muß allerdings entkräftet feststellen, daß trotzdem verschiedentlich versetzte Metallarbeiter anderwärts Arbeit gefunden haben. Deshalb wird die Verurteilung für noch einmal wiederholt und es wird drohend hinzugefügt:

„Wir weisen wiederholt mit allem Nachdruck darauf hin, daß ausgesperrte Metallarbeiter unter keinen Umständen eingestellt werden dürfen. Gegen zuwiderhandelnde Firmen werden wir schärfstens vorgehen.“

Es scheint uns nach Lage der Dinge, daß es den sächsischen Metallindustriellen wirklich nicht allzu wohl zumute sein kann. Es hilft ihnen gar nichts, daß der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie beschlossen hat, „weitere Maßnahmen“ mit Rücksicht auf die vom Reichsarbeitsministerium für den 4. Mai angelegten Schlichtungsverhandlungen zunächst zurückzustellen. Im Reichsarbeitsministerium kann diese feilschische Geistes keine Eindruck machen. Sie bedeutet gegenüber der in der vergangenen Woche erfolgten Anfrage der Gesamtspernung einen kläglichen Rückzug. Diese Tatsache wird die Position der sächsischen Metallindustriellen bei den neuen Schlichtungsverhandlungen nicht stärken. Dies um so weniger, als nicht anzunehmen ist, daß die „zunächst zurückgestellten weiteren Maßnahmen“ der vorhergehenden Kriegserklärung an die gesamten deutschen Metallarbeiter entsprechen werden.

Höchst üble Sache für die Metallindustriellen! Und die Majonette laßt dazu... Und die Metallarbeiter laßen eben deshalb auch...

von der Einsicht bewegt, daß dieses Resultat an der Spitze der Lohnbewegungen für an- und ungelernete Arbeiter steht und angesichts der bestehenden Organisationsverhältnisse und der Zahl der Arbeitlosen annehmbar sei. Aber es kam anders. Die sich als „Opposition“ bezeichnenden kommunistischen Straßenbahner und ihre gebantlosen Mitläufer plädierten für Ablehnung. Ein kommunistisches Betriebsratsmitglied versetzte sich dabei zu der hochtrabenden Rede:

„Ein Schritt ist, wer dieses Schandresultat der Verhandlung annimmt, ein Feigling, wer den kämpfenden Metallarbeitern in den Rücken fällt.“

So mußte die Bezirkschlichtsstelle angerufen werden. In der Versammlung wurde bereits angedeutet, daß die Schlichtsstelle das selbe bringen werde. Die Bezirkschlichtsstelle entschied auch dementsprechend. Wiederum galt es, über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Diesmal im Punkt von Herz des DVB, Sektion Straßenbahner. Nach stundenlangem mühsamem Reden wurde das Resultat mit einer geringen Majorität angenommen. Dieselbe Opposition nahm in den Werkstätten das Resultat in der Urabstimmung an.

Anderswärts — dort, wo kommunistische Funktionäre die Verhandlungen geführt haben — wurde das Resultat auch von der „Opposition“ angenommen. Aber dort, wo sozialistische Gewerkschafter gütig abknüpfen, wurde das bessere Resultat von derselben kommunistischen „Opposition“ abgelehnt. Beinahe wäre dadurch das Versagen der letzten Schlichtungsinstanz in Berlin zugetrieben worden. Dabei erklärt diese Opposition aber z. B. in einem Flugblatt an die sächsischen Metallarbeiter, die Gewerkschaftsführer helfen, eine alte Waffe gegen uns in Anwendung bringen, das Schlichtungsdiät.

Bei der Lohnbewegung der Straßenbahner waren es bestimmt gerade die „oppositionellen“ kommunistischen Kollegen, die vernünftige Entschlüsse verhindern und dem Schlichter, der sonst von ihnen so bescholtenen Zustand, die letzte Entscheidung nahebringen. Wären die der „Opposition“ entgegenstehenden Gewerkschafts-Kollegen nicht entscheidend gewillt gewesen, der Entscheidung der Zentralchlichtsstelle in Berlin vorzubeugen, so hätten die Kollegen im Fahrdienst leicht geschädigt werden können. Soll das so weitergehen, indem der nicht kommunistische Teil der Straßenbahner lau und träge die Dinge treiben läßt?

Während die beiden Alten am Schalter ihre Beitzarten öfen, schlüpfte Mac Phillips lautlos durch die Tür und schlich durch den Raum. Den Durchgang untersuchend sah er sich um. Dann wandte er sich rechts dem entfernteren Ende zu. Dort stand er still. Er lehnte sich wie zufällig an die Mauer, holte eine Zigarette aus der Tasche und zündete sie an. Er sah sich um; es war ein breiter Gang mit Zementfußboden und mit Wänden aus gläsernen Kacheln. In regelmäßigen Abständen gingen Fenster hinaus auf einen großen Hof auf der Rückseite des Gebäudes. In den Alkoven, die die Fenster bildeten, waren Bänke. An der Wand gegenüber in je etwa drei Meter Abstand Spindelscheitel. Menschen standen in Gruppen in dem Gang, einige saßen auf den Bänken, in leisem Gespräch miteinander, andere gingen auf und ab, einzeln oder zu zweit, die Augen auf den Boden geheftet, die Hände rüchlings unter den Rockschößen zusammenhaltend. Sie waren alle zerlumpt und melancholisch. Einige waren jung, aber ihre Gesichter besaßen bereits jenen trostlosen Ausdruck, den man im allgemeinen nur in den Gesichtern von alten Leuten findet, die das Leben enttäuscht hat.

Langsam an seiner Zigarette ziehend exantierte Mac Phillips die Halle und die Menschen, die vorübergingen: mit der gleichen sinken und geschärften Lebung wie vorhin die Straße. Weber konnte er niemand erblicken, der sein Interesse erregt hätte. Wieder konnte er leise und wandte sich nach rechts. Durch eine Drehtür betrat er einen großen Raum.

Der Raum war überfüllt. Er war mit langen Tischen und hölzernen Bänken ausgestattet wie ein Café für Arbeiter. Auf ein paar Tischen lagen Zeitungen, auf anderen Spielbretter und Dominosteine. An allen Tischen saßen Menschen, einige saßen, andere beschäftigten sich mit den Spielen.

Die Mehrzahl indessen sah schweigend da, leer vor sich hinstarrend, versunken in die Betrachtung ihres schrecklichen Lebens. Diejenigen, die keinen Platz finden konnten, standen um die Tische herum und beobachteten den Fortgang der Spiele, die Hände in den Taschen und im Gesicht den Ausdruck unerschütterlicher, geistesabwender Gleichgültigkeit.

Mac Phillips schlenkerte von einem Tisch zum andern, die Zigarette in der Linken, die Finger der Rechten am Drücker der Pistole zwischen den zwei Knöpfen des Regenmantels. Niemand nahm Notiz von ihm. Die melancholischen Augen, die sich zufällig hoben, um ihn anzusehen, sahen nur ein schädliches Wesen, das sich selbst. Und selbst wenn irgendwie plötzlich durch eine laute Trompete den Menschen in diesem Räume seine Identität vermindert

Augen gegen Streik

WZB Prehburg, 2. Mai.

Auf einem Hofe in Dolau Kereszky rotierten sich Mittwoch abend streikende Landarbeiter zumalen und bedrohten (?) die Arbeiterschaft sowie die Gendarmeriemache. In der Notwehr (?) machten die Gendarmen von der Schusswaffe Gebrauch. Eine Frau wurde getötet, zwei weitere Personen wurden verletzt. Die Menge wurde schließlich gestreut und die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. (Natürlich!)

Achtung, Streikbrecher gesucht!

Die Firma Emil Pinkau u. Co., A.-G., Leipzig, Wittenberger Straße, die sich weigerte, den Hilfsarbeitern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, hat nunmehr auch einen Teil des Steinbrudpersonals, darunter vorwiegend Zuhilfen, auf das Pfaster geleitet. Die Firma hat angekündigt, durch Inzertion Streikbrecher zu suchen, die bereit sind, mit ihresgleichen der Firma Aussteuerdienste zu leisten. Wir geben den in Frage kommenden Arbeitern davon Kenntnis und fordern sie auf, der Firma Pinkau die kalte Schulter zu zeigen.

Das Hilfskomitee zur Unterstützung der ausgesperrten Steinbruder gibt am Freitag und Sonnabend im Volkshausgebäude, Zimmer 1, Sammelstellen heraus. Wir ersuchen die Betriebsfunktionäre, diese Listen zu entnehmen und umgehend abzuschicken. Die Benachrichtigung vom Stande der Bewegung erfolgt fortlaufend an dieser Stelle.

Das Komitee.

Rechtswirtschaft im Feisurgeterbe

Das Feisurgeterbe wird oft als ausichtsreicher Beruf hingestellt. Der Arbeitnehmerverband des Feisur- und Haazgeterbes sieht sich deshalb veranlaßt, mit dem Thema: „Ist die Rechtswirtschaft eine Gefahr für unseren Beruf?“, eine öffentliche Versammlung am Mittwoch, dem 9. Mai, nach dem Lehrervereinshaus, Kramerstraße, einzuberufen. Vertreter der Innung und Behörden sind dazu eingeladen.

Den Schiedspruch für den sächsischen Kohlenbergbau haben jetzt auch die Unternehmer angenommen. Der Schiedspruch war von ihnen zunächst abgelehnt worden, die Arbeiter hatten ihn angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt. Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium stellte sich heraus, daß eine Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung nicht vor dem 3. Mai erfolgen konnte. Daraufhin nahmen die Unternehmer den Schiedspruch mit dem Hinweis, einen tariflosen Zustand zu verhindern, an, allerdings unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Kohlenpreiserhöhung. Für die Unternehmer ist natürlich der wahre Grund für die Annahme des Schiedspruches nicht etwa in einem dreifachen tariflosen Zustand zu suchen, sondern darin, daß die Herrschaften inzwischen etwas davon läuten gehört hatten, daß die verlangte Kohlenpreiserhöhung vom Reichsminister bewilligt werde.

Der Frankfurter Straßenbahnerstreik dauert fort. Die Arbeiter sind zu einer Einigung bereit, die Gegenseite hat jedoch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers anrufen. Da dieser „wegen Überlastung“ die Parteien erst für Freitag zu Verhandlungen nach Berlin geladen hat, und die Streikfront unerschütterlich da steht, so kann frühestens am Sonnabend mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnerverkehrs gerechnet werden. Aus der Umgebung Frankfurts sind inzwischen alle freien Autos, Lastwagen und anderen Fahrzeuge zur Aufrechterhaltung des Stadtverkehrs herbeigeholt worden.

Im Konflikt der Mannheimer Angestelltenorganisationen mit den Unternehmern hat am Mittwoch die freiwillige Schlichtungsstelle einen Schiedspruch gefällt, der die Arbeitszeit auf 48 Stunden festlegt und die Mehrarbeit bis zu 54 Stunden festlegt. Der Höchstarbeitstag wurde bisher 18 Tagen wurde auf 21 Tage erhöht. Die Gehaltsregelung sieht im allgemeinen eine Erhöhung des Tarifgehalts von 8 bis 10 Prozent vor. Die Jugendlichen und Lehrlinge erhalten eine Erhöhung von durchschnittlich 20 Prozent. Von dem Schiedspruch werden sämtliche Mannheimer kaufmännischen und technischen Angestellten betroffen.

*Kathreiners
Malzkaffee
... auf jeden Kaffeetisch!*

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von H. Hauzer.
Copyright by Th. Knaur Nachl., Berlin W 50.

„Da ist es“, rief er, „dort sind fünf Pennies und vier halbe Pennies. Ich kann's nur nicht aufknöten. Weh die Finger alle steif sind vom Rheuma, könnten Sie's vielleicht für mich tun um Gottes willen?“ Dann sah er offenen Mundes in das Gesicht des Gutesamannes. Der, ohne von dem Taschentuch die geringste Notiz zu nehmen, starrte den Alten an, als ob er ihn niederschlagen wollte. Der Alte fing an zu zittern.

„Nach“, daß du rauskommst!“ brüllte der Clerf plötzlich mit Donnerstimme. Gleich stand er wieder regungslos. Der alte Mann blickte und habbelte. Er wandte sich und schlurfte die Stufen zur Tür hinunter; wie er ging, schuerten sich seine Schulterblätter an seinem Zeug. Er kleg zwei Stufen hinunter, machte unsicher halt und sah sich um. Dann schlatterte er, nahm eine dritte Stufe, verlor das Gleichgewicht und glitt aus. Er rutschte auf dem Hinterteil zur Tür. Die beiden anderen Alten gingen an zu lachen und zu kichern. Der Clerf schalt sie aus.

„Was gib's da zu lachen?“ schrie er. Sie hörten augenblicklich auf. „De, du da!“ fuhr er fort, den Finger nach dem Alten in den Lumpen ausstreckend, der jetzt draußen auf der Schwelle stand und unentschlossen rückwärts über seine Schulter guckte. „Wenn ich dich nochmal erwische, alter Esel, dann bring' ich dich zur Polizei. Nach“ daß du jetzt wegkommst und geh' ins Arbeitshaus, da wo du hingehörst. März!“

Der Alte zog kein offenkundiges Gesicht zusammen zu einer Grimasse schmerzlicher Ueberrumpung. Er warf einen erschrockenen Blick auf das hagere Gesicht Mac Phillips, das aus der Ecke links an der Tür ihn anstarrte. Dann murmelte er etwas und machte sich fort, die Straße hinunter in einem elenden Trott. Die anderen Alten gingen miteinander zu wispeln an, sobald der Clerf den Rücken wandte und wieder in sein Bureau ging.

Totischien sollte man den Keel, was?“

„Das sollte man“, wimmerte der andere, „der Schuft, der dreidige, — so umzugehen mit einem.“

Dann schlurften sie zum Schalter, um ihre Beitzarten zu holen. Der Clerf schaute auf sie und gab ihnen Schimpfnamen, sie aber entschuldigten sich fortwährend und kicherten.

Das hat wohl sein Gewicht!

Von Wilhelm Speyer.

In einem der Berliner Fernbahnhöfe war ein Gepäckschlepper beschäftigt, der einst in seiner Jugend die ihm aufgegebenen Stücke rüstig angepackt hatte, nun aber ein alter Mann geworden war...

„Das hat wohl sein Gewicht!“, sagte er und er sah mich freundlich an, höflich und wohlwollend an, weil ich ein Reisender war, der...

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Und er trug seine Last dahin, mit bleichem Gesicht, das von Enttäufung zeugte, und mit schwankendem Rumpf.

Aber die Drohung, die mit stammender Faust vor seinem Greisenalter stand, wegen der Mi-Männer-Schwäche und dem Verfall seines Leibes dienstuntauglich zu werden, gab seinen Muskeln mehr Macht und Kraft, als es Jugend oder gute Nahrung je vermocht hätten.

„Das geht doch nicht!“ sagten die andern Träger auf dem Bahnhof. „Der bleibt uns eines Tages auf der Strecke liegen!“ Und sie verschoren sich gegen den Alten mit seinen Ästen, ihn jedesmal von der größeren Bürde zu der leichteren hinwegzuschleichen...

Zu dieser Zeit fuhr ich fast jede Woche des Nachts nach München, um dort an einem wohlhabenden Bibliophilen die letzten Bestände meiner Bibliothek zu verkaufen und gleichzeitig in derselben Stadt mit einem Teil des erlösten Geldes andre Bücher wieder einzukaufen.

Ich kannte den alten Mann am Bahnhof wohl, und da ich einst bemerken konnte, wie ihm die Bürde meiner Bücher schwer empfunden war, so schob ich ihn ein andres Mal auf eine Art zur Seite, als hätte ich ihn nicht gesehen, und wählte einen jüngeren zu meinem Dienste aus.

Und siehe da, es kam der Tag, es kam der trübe, gespensterhafte, fürstliche Frühmorgen auf dem Bahnhof, an dem der alte Mann zum erstenmal unter der Last, die ich ihm aufgebürdet hatte.

„Achtung! Gewicht!“ rief ich in bester Laune. Da erschrak ich. Es war der Vater Krüger, vor dem mein Wagenfenster jetzt verblüht. So und nicht anders hatte es die unerbittliche, bittere Motra ihm gesagt, daß auf dem Bahnsteig die Gepäckschlepper Schalter und Schalter zwar wie eine Kompanie Soldaten standen...

„Achtung! Gewicht!“ rief ich in bester Laune. Da erschrak ich. Es war der Vater Krüger, vor dem mein Wagenfenster jetzt verblüht. So und nicht anders hatte es die unerbittliche, bittere Motra ihm gesagt, daß auf dem Bahnsteig die Gepäckschlepper Schalter und Schalter zwar wie eine Kompanie Soldaten standen...

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

„Geh du beiseite, Mensch! Das ist doch nicht schwer!“ Mit Angst sah ich ihm zu, wie der den Koffer auf die Schulter lud, wie ihn die schmale, von ihrer eignen Eile hochhaft absehbare Menge zu der Sperre trieb, wie er dort wankte und dann fiel, sich aufrechtete, mit mattgewordener Hand den Helfer von sich wies und — fiel.

nicht an den Gepäckschleppern vorbeizugehen und seine Last allein zu schleppen pflegte, sondern ihnen etwas von ihrem Brote zu verbieten gab. Und die andern, die Älteren, nickten mit dem schweren Nicken der Arbeitshäupter. Ja, das hat wohl sein Gewicht!

Der Jüngere trug mir den Koffer zur Straße hinab, als trage er einen Klam auf seiner Schulter. Dort sah ich nichts von dem jögernd beginnenden Morgen. Mir war, als läge unwandelbar eine Dunkelheit über dem Schicksal des Menschengeschlechtes.

(Copyright by Ernst Rowohlt Verlag, Berlin.)

Krankheit der Jugend.

Aus Berlin schreibt unser Mitarbeiter:

Da hat man nun das ganze Jahr über nach einem neuen dramatischen Talent Ausschau gehalten, und knapp vor Ende der Spielzeit fällt es uns jetzt überraschend in den Schoß. „Krankheit der Jugend“, ein Drama, das Gustav Hartung im Renaissance-Theater herausbrachte, ist das Erstlingswerk eines jungen Wiener Arztes mit dem Pseudonym Ferdinand Bruckner.

Der Stoff, den er sich da gewählt hat, ist böse, deprimierend, schmerzhaft. Die „Krankheit der Jugend“ ist der Eros, ist der Sexus, der geisteshingebende Gott. Nicht die ganze Jugend dieser Zeit leidet an ihr, sondern eine gewisse Schicht der intellektuellen Jugend, die — geistig überentwickelt, sich selbst analysierend ihr Sein intellektuell zerlegend — individuell isoliert ist, jegliche Möglichkeit einer überindividuellen Gemeinschaftsbindung ablehnt und ablehnet, sich konsequent in das Labyrinth des Sexus stürzt, und in ihm zu Grunde geht.

Das ist ein kleiner Kreis von Studenten und Studentinnen. Zwischen ihnen spielen, klar erkannt und unentstimmig eingestanden, heterosexuelle, homosexuelle, bisexuelle Beziehungen. Kalte, wissenschaftliche Experimente verwirren die Instinkte, geistige Erzieher paaren sich mit Körperlichen. Haltlosigkeit entwickelt sich zu sinnloser legerer Kaserne. Am Schluß regiert der Selbstverneinungstrieb.

Das alles ist von Bruckner nüchtern und sentimentlos, mit psychologischer Akkuratheit und mit medizinischem Sachwissen hingehalten: genau und überzeugend fast wie ein klinischer Krankheitsbericht. Aber nicht nur die Entwicklung überzeugt, auch die Menschlichkeit dieses Dramas der Sexual-Physiologie leben und sind glaubhaft. Und sind Typen unserer Zeit.

Die Inszenierung dieses kompliziert-heißen Stückes, das Sichtscharmsucht dieser untergründigen und gewagten Vorgänge, dieser labilen Figuren, bedurfte einer sehr klugen und feinfühligigen Hand. Gustav Hartung hat sich den Anforderungen gewachsen gestellt. Stille, Regie und Darstellung — vor allem Hilde Körber und Elisabeth Lennox — erzielten außerordentlich starken Beifall.

Sinfonie-Konzert ohne Dirigenten.

Als ich in die Albertshalle ging, dachte ich: Interessant hin, interessant her — wenn jetzt Jurtzwängler oder Scherchen dirigiert, freuen wir uns doch mehr. Später zeigte sich, daß sich das Interesse darauf begrenzte, ob alles richtig käme, jener Einsatz, jene Steigerung usw. Solches feststellen, heißt nicht die Leistung des Leipziger Sinfonieorchesters verfeinern, das sich höchst ehrenvoll seiner Aufgabe entledigt, sondern die Bedeutung eines Unternehmens, das nach der Zeitmode überschätzt wird, weil es nicht üblich ist, auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Ein befähigter Dirigent, eher zu haben, als ein Orchester mit fünfzig Musikern, die alle über die handwerkliche Fähigkeit hinaus zur Gestaltung befähigt wären, würde aus fünfzig genialen Orchestermusikern mehr herausholen können, als sie selber. Daß das Leipziger Sinfonieorchester allein besser spielt, als wenn man es an einen nur teilweise schlagenden Dirigenten stellt, ist ebenso gewiß. Mit Recht hört man nach manchem Konzert die Musiker sagen: „Wenn wir nicht unsere Sachen könnten, hätte der Dirigent umgeschmissen.“ Ober: „Wenn wir uns an dem täuschen wollen, brauchen wir nur zu spielen, was er dirigiert.“

Die Tüchtigkeit des Orchesters und die Ueberrückigkeit des Kuratorklagers zeigt sich ohne weiteres in einem Konzert ohne Dirigenten. Folgerungen für die Zukunft, Umwälzungen daran zu knüpfen, halt ich für so verfehlt, wie einen historischen Exkurs über Mehltes für überflüssig, weil er mit den Wichtigen unserer Leipziger Unternehmung nichts zu tun hat. Daß solche Konzerte ein Vielfaches der üblichen Proben kosten, wird sie nicht sehr beliebt machen. Daß man bei modernen unübersichtlichen Dingen einen Einblick brauchen würde, der zuletzt überflüssig wird, ist sicher. Dann wird das Ganze zur Scheinoperation.

Der Übungsnutzen, der musikerzieherische Wert der Tat ist nicht zu bezweifeln. Die Freude, die den Stimmführern die erhöhte Verantwortlichkeit machen muß, sei nicht vergessen. Das wird aber unter guten Dirigenten auch vorhanden sein, ebenso die Kenntnis des Ganzen bei jedem Spieler, die musikalische Anteilnahme und sorgfältige Geistesgegenwart. Sonst taugt der Kapellmeister nichts und das Orchester noch weniger. Auf welche Weise denkt man denn, kommen die herrlichen Aufführungen berühmter Orchester zustande, wenn nicht dadurch, daß jeder seine Sache so tut, als ruhe auf ihm alle Verantwortung, und dabei nie die Mitstreiter und den Führer vergißt?

Mit Weltanschauung und Kollektivismus haben Orchester ohne Dirigenten gar nichts zu tun. Ein Orchester muß sich mit und ohne Dirigenten als Kollektiv betrachten. Wenn das Leipziger Konzert einen nennenswerten Reinertrag für die Orchesterpensionskasse bringt, ist sein schönster Zweck erfüllt. Stellen sich die Dirigenten des Orchesters hierfür kostenlos zur Verfügung: noch schöner.

Im einzelnen? Eroica-Sinfonie und Egmont-Quartette erfordern eine überwiegend korrekte Wiedergabe. Ein paar vorzügliche Einfälle (Scherzo, Finale), sind weniger nachteilig als das Verschwinden mancher Figuren (öfters in den Cellis, die daran aber unschuldig sind). Kein Mitspieler kann reich Klangfarben fortbringen bei Massenwirkungen, die von den Geigeln der Kammermusik und der strengen Polyphonie weit getrennt sind. Bedenklich, wie trocken und zerrissen der Trauermarsch wirkte. Mechanismus ohne Ausdruck ist dem Willen Beethovens entgegen, und er wird trotz Musikmoden immer weniger sein als besessener Organismus. Ueber allzu gemäßigte Tempi im Finale sei nicht geredet. Die Egmont-Quartette: die gefühlvollste Leistung. (Sie ist in knapper Form, Ausdruck eines Massenwillens.) Die schwache Seite des Orchesters sind die Bläser, die Streicher müssen ergebnisreicher im Klang werden, vortrefflich bliesen die Holzbläser. Die dynamisch jederzeit akkurat das Richtige treffenden Fagotte verdienen ein Sonderlob!

Gustav Havemann spielte das Violinkonzert. Er ist ein großartiger und wundervoller Geiger. Wer ihn kennt, weiß, daß Havemann mit Beethoven mehr geben kann, als er diesmal gab.

konnte. Auch er wurde in mancher Partie angeleitet von der logischen Folge des Unternehmens, der Starrheit. Gelegentlich schmuggelte er sich, beschleunigend, in eine Dirigentenrolle hinein, und dann hörten wir auch ein Pianissimo, das selten war im Verlauf des Abends, weil ohne das Generalkontrabass-Ohr die Fortissimi mit Pauken alle sicher kommen, nicht aber die leisesten, ebenso wichtigen Stellen.

Kleine Chronik

Das Arbeiter-Kammerorchester unter Leitung Barnett Lichts veranstaltete eine Morgenfeier im Alten Theater, bei der zwei historisch wichtige und musikalisch unverwekliche heitere Operchen Bertholdes aufgeführt wurden. Neu war: Der geistliche Musikmeister (in der Bearbeitung Arnold Scherings), ein früher, harmlos satirischer Versuch über das Thema: Gesangslehrer, Schülerin und Manager, das in unseren Tagen seine schärfsten Formulierungen bei Frank Wedekind gefunden hat. Daß bei Bertholdes alles ein gutes Ende nimmt, ist selbstverständlich, was er an Musik hinzugegeben hat, ist von Anfang bis Ende — wie auch in der „Magd als Herrin“ — bezaubernd in der Grazie der Melodie, der Leichtigkeit und Lichtheit der Färbung und dem Humor der Charakteristik.

Das zweite Stück, eben „Die Magd als Herrin“, ist in der Lustigkeit der Situation noch wirksamer und hat den entscheidenden Vorteil durch seine munteren Rezitative. Der Sprechdialog im „Musikmeister“ mit seinen lahmen Versen, die kein Engel von einem Schauspieler retten könnte, geschweige denn der Sänger, zerbrach immer wieder gramlich die Kette der Melodien. Man gab die „Magd“ in der verdienstvollen Fassung Hermann Aberts, die am meisten der Ursprung von 1733 genähert ist.

Den Musikmeister spielte und sang der bewegliche Hanns Fleischer, Magd und Sänglerin war die ebenso muntere Claire Schultze, naturgemäß überzeugender als Sänglerin denn als Magd, besonders köstlich in der Arietta: „Wer hinaus auf das Meer will fahren.“ Impresario und Bespione: Reinhold Gerhardt, dessen Tiefe noch immer Klanglos ist und oft von dem Orchesterchor verdeckt wurde. Er scheint viel mehr ein Tenorbariton als ein Bass zu sein.

Das Orchester hat, meines Wissens, schon vor ein paar Jahren die „Magd als Herrin“ begleitet. Ich habe es damals nicht gehört. Einen Unterschied in der Ausführung der beiden Opern habe ich nicht gefunden. In der „Magd als Herrin“ hatte manche Stelle des Orchesters das Klavier allein übernommen, an dem Fritz Weismann, geschickt und zuverlässig, wie immer, als feste Stütze waltete. Man hat sich tapfer durchgequält, aber ich muß doch sagen, daß mir das Orchester in seinen Konzerten einen besseren Eindruck gemacht hat. Alles kam so gleichförmig grau, ungerundet im Klang und ohne Schwung. Manchmal waren nur erste Violinen zu hören. Diese diffizile duftige Begleitung verlangt Unterschiede in der Dynamik und einen Allegrogeist, der zur Zeit von den Streichern noch nicht zu verlangen ist. Die Hörer unterhielten sich sichtlich gut und applaudierten herzlich. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß alles noch ein bißchen anders sein müßte. Jedenfalls darf nicht wieder das Nachstimmen während der Oper vergessen werden.

Jan Dahmen, vor Jahren Führer des Dresdner Streichquartetts, in dem Gustav Fröhlich seine Nachfolge antrat, hat jetzt mit den Herren Zanda, Geiseri und Wuber ein neues Quartett gegründet, das seinen Namen trägt. Es bewies an einem zuchtpollen Abend, in dem hier und da das Cello fester akzentuieren sollte, und einem klanglich raffinierten Debüt seine hohen Qualitäten, von denen das herrliche ferne und klare Pianissimo genannt sei. An Schuberts „Tod und Mädchen“ erkannte man dann beglückt, daß diese neue Vereinigung noch mehr konnte, nämlich eines der eindrucksvollsten Musikerleben dieses Winters mit Kraft und Festigkeit, Verenkung und fliegendem Schwung zu vermitteln. Viele lassen die Wiederholung der Variationen weg und vertaten so ihre Fremdheit mit Geist und Aufbau dieser Musik. Das Dahmen-Quartett spielte jede Variation, es hat das Zeug zu Spannung und Lösung.

In der Oper gastierte Lauritz Melchior, der Parifal der Bayreuther Festspiele, als Tannhäuser. Wir haben gute Erinnerungen an den Dänen, von einigen Wiederabenden her. Im Neuen Theater kam seine große strahlende Stimme noch schöner zur Geltung, schien mir auch ausgeglichener, beruhigter geworden. Wir sind an der Leipziger Bühne schon längst nicht mehr gewöhnt, daß Tannhäuser himmlisch so aus dem Volken schöpft, sich verschanden kann. Darstellerisch gewinnt Melchior der Rolle nichts Charakteristisches ab; bei der Verwandlung im ersten Akt wirkt ein Verharren im Niederknien zweifelsohne besser als Melchiors Stehenbleiben mit erhobenen Händen. Die Aufführung ist im übrigen in Mängeln und Vorzügen bekannt. Der Janowitsa liegt die Venus wenig. Spüler und Konny Cleve waren vorzüglich. Das Orchester gab unter Brecher die Duertakte unpräzise, an mancher Stelle geradezu verflüchtigt. Unklarheiten zwischen Orchester und Dirigenten zu befeitigen, müßte doch hinführend Gelegenheit sein.

Finanzierung bei Piscator. Wie wir hören, haben sich die Verhandlungen der Piscatorbühne mit ihren früheren Geldgebern zwecks Finanzierung der nächsten Spielzeit zerlagert. Es sind dann Verhandlungen mit einer frankfurter Gruppe aufgenommen worden, die zur Zeit noch schweben. Man spricht in diesem Zusammenhang vom bekannten Frankfurter Getreidehändler Dr. Weill, der auch das Marx-Institut an der Frankfurter Universität finanzierte. Dr. Weill ist übrigens Hauptteilhaber des Malik-Verlags.

Thomas Mann & Co. „Wie reizend, Herr Doktor“, sagte neulich eine Dame zu Thomas Mann, „daß Ihr Herr Sohn auch Schriftsteller ist. Mein Mann wird jetzt unsern Sohn auch bald ins Geschäft nehmen.“

Altes Theater. Mittwoch, den 8., und Donnerstag, den 10. Mai, gastiert Fritz Kortner vom Straßischen Schauspielhaus in Berlin als Dr. Schön in Wedekinds „Erdgeist“. Neben dem Jaren in Alfred Neumanns „Patriot“ ist diese seine berühmteste Rolle in den letzten Jahren. Die beiden Gastspiele werden den Anrechtshabern als Anrechtsvorstellung 17b (Mittwoch) und Anrechtsvorstellung 17a (Donnerstag) ohne Aufschlag geboten. Vorverkauf beginnt Sonntag, den 6. Mai.

Filmchau.

Ein satirischer Komödienstoff wurde zum Schwan: Sechs Mädchen suchen ein Nachquartier. Man kann eine Berufung deutschen Spickertums in einer kleinen Reflexion darin sehen, und man wird an einigen komischen Typen und Situationen auch Vergnügen haben. Aber als Ganzes genommen ist dieser Film ein sichtbarer Beweis für die Charakterlosigkeit gewisser deutscher Filmproduzenten, in diesem Falle des Herrn Eibberg. Was kümmert sie der Film als Kunstwerk? Geschäfte wollen sie machen. Man verpöbelte den begabten Regisseur der Satire „Die Hölle“, aber man beschneit ihm zugleich die Flügel seines satirischen Talentes. Er sollte den Spickler karikieren, aber er sollte ihn zugleich kreideln, sollte in den Film mit hineinbringen, was ihm gefällt. Es entstand ein mißgestalteter Zwitter, vor dem Spickler und Spickerfreund in gleicher Ruhe sitzen und sich die ihnen ausagenden Rollen aus dem Fußspießlachen pflücken können. Das Geschäft hat sie sündig alle erfüllt. (Albertshalle.)

Friedrich Segers letzte Fahrt

Nicht alle sind tot . . .

Aus allen Teilen der Stadt, aus Fabrik und Kontor, versammelten sich gestern auf dem Augustusplatz Männer und Frauen um die dritte Nachmittagsstunde, um dem toten Führer des Leipziger Proletariats das letzte Geleit zu geben. Man sah manch alten Kämpfer, der heute sein Leben in irgendeinem Spital beschließt und der mit Fritz Seger in der Jugendzeit der Leipziger Arbeiterbewegung mitgestritten hatte und es sich jetzt nicht nehmen ließ, Abschied zu nehmen von dem, was sterblich ist an Fritz Seger. Die Ortsvereine der Partei, viele Bruderorganisationen, Gewerkschaft, Reichsbanner, Sportler, die Stadivorderordnetenfraktion der SPD und viele andere hatten Vertreter und Fahnen entsandt. Während die Sonne heiß brannte, setzte sich der Zug unter dem dumpfen Klang des Chopin'schen Trauermarsches in Bewegung. Die hier zum Südfriedhof schritten, um der Einäscherung Fritz Segers beizuwohnen, die Arbeitsmänner und Arbeitsfrauen von Leipzig, die Freunde und Kampfgefährten, die waren ein mächtiger Ausdruck von jener Liebe und Verehrung, die sich Fritz Seger in den Massen der Leipziger Proletarier erworben hatte. Dieser Zug der Trauernden war aber auch eine Demonstration für jene hohen Kampfesgedanken, die der Verstorbene unter den Leipziger Arbeitern propagiert hatte, für die er seine Kräfte hingegeben

hatte, bis er den Kampf mit der Gesundheit und dann mit dem Leben bezahlen mußte. Dieser Zug zeigte den Erfolg von Fritz Segers Arbeit. So wie gestern Fritz Seger geschrien wurde, so können nur Klassenbewußte Arbeiter einen Menschen ehren. Hier war keine Konvention, hier war keine Besorgnis um die Höflichkeit, hier waren für den Toten begeisterte Massen, die Dankbarkeit und den Willen zu dem Kampfe bekundeten, in dem er gefallen war.

Bizevorsteher des Stadivorderordnetenkollegiums Enke:
In Auftrage des Stadivorderordnetenkollegiums habe ich in Ortsabwesenheit des Herrn Stadivorderordnetenvorsichters Dr. Hübler letzten Abchied zu nehmen von dem auch für uns zu früh dahingegangenen Fritz Seger und ihm nochmals unseren Dank abzusprechen für all das, was er in unermüdlicher Arbeit und treuer Pflichterfüllung geleistet hat. Zu unserm tiefsten Schmerze sind die

Feind, Fritz Seger im Gedächtnis behalten als einen aufrechten, ehrenvollen, guten Menschen und Kollegen.

Genosse Hermann Fleißner:
Im Namen des Landesarbeitsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und der Bezirksorganisation der SPD Ostsachsens habe ich die schmerzliche Pflicht zu erfüllen, dem toten Freund und Kämpfer letzte Grüße zu übermitteln. Wir alle, als wir in Dresden die traurige Nachricht vom dem plötzlichen Hinscheiden Fritz Segers erhielten, waren aufs tiefste erschüttert. Wohl wußten wir, daß Fritz Seger seit langer Zeit ein schwerkranker Mann war. Aber wie er noch immer auf Wiedergesundung hoffte, so hofften auch wir. Denn auch wir Dresdner Genossen haben den Genossen Fritz Seger aufs höchste geschätzt und lieben gelernt. Ich persönlich war mit ihm mehr als zwei Jahrzehnte aufs innigste verbunden. Fritz Seger war ein Mensch von Eigenart; ganz verstehen konnte ihn nur, dem er sich ganz erschloß, nur der, der in tiefer Freundschaft mit ihm gelebt und auch im kleinsten Kreise frohe und traurige Stunden mit ihm verbracht hat. Wir stehen vor einem jener Fälle, die nicht allzu häufig sind, vor einem jener Fälle, in denen man einen Freund und Menschen Gutes nachsagen kann, ohne sich in konventionellen Redensarten zu ergeben. Ich erinnere mich besonders der Zeit, da wir im sächsischen Landtag als Dreimännerfraktion die schwere Aufgabe hatten, die Interessen des Proletariats zu vertreten, in der es kein Verzagen geben durfte. Fritz Seger verzagte nie. Auch wenn alles



Langsam ging der Zug. Voran die roten Fahnen und Kränze, die Kapelle, die Vertreter der Parteikörperschaften, dann die Scharen der Arbeiter. Um 1/5 Uhr war man auf dem Südfriedhof. Vor dem Portal stand der Sarg, von den Fahnen der Organisationen umgeben, mit vielen Blumen und Kränzen bedeckt, zu beiden Seiten Kameraden des Reichsbanners. Und hier defilierten nun die Massen, während die Reichsbannerkapelle „Ich hat' einen Kameraden“ intonierte.

Dann wurde der Sarg in die Halle geführt, die nur einen Teil des Trauerzuges fassen konnte. Die schöne Trauerfeier zeugte von der großen Verehrung, die der Tote in allen Kreisen der Arbeiterbewegung besitzt, und von der Achtung, die er bei denen genießt, gegen die er Kämpfer war. Die Verbundenheit, die Fritz Seger mit dem Proletariat hatte, die Liebe, die dem toten Führer in den Reden bekundet wurde, das war auch der schönste Trost für die trauernde Familie, für die Gattin und den Sohn. Die Fahnen senkten sich, während der Sarg zur Einäscherung niedergestellt. „Nicht alle sind tot, die begraben sind, denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder.“

Wünsche nicht in Erfüllung gegangen, die wir ihm bei seinem Scheiden aus dem Stadivorderordnetenkollegium mit auf den Weg gaben. In großer Geduld hat er sein schweres Leiden getragen. Tieferschütterter stehen auch wir, seine sachlichen Gegner im Leipziger Stadtparlament, an der Bahre des Mannes, der uns bei aller gegnerischen politischen Überzeugung und gegenteiligen Anschauungen und Einstellungen allezeit ein wahrhaftiger, ehrlicher, aufrechter Kollege und Mitarbeiter gewesen ist, der sich durch seine unermüdliche Arbeit für das Wohl der Stadt, durch seine reichhaltigen Kenntnisse und Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiete, durch seinen lautereren Charakter und sein frisches Wesen überall die höchste Anerkennung und größte Hochachtung erworben hat. Als Vorsteher und Bizevorsteher hat er die Rechte des Stadivorderordnetenkollegiums jederzeit zu vertreten und zu behüten gewußt, die Geschäfte und Verhandlungen der Leipziger Stadivorderordneten viele Jahre hindurch in gerechter, unparteilicher und geschickter Weise geführt und geleitet, obwohl ihm das nicht immer leicht gemacht

worden schien und es ausah, als ob alle Hoffnung aufzuhaben werden sollte, bewahrte er den festen Glauben an seine Ideen und Ziele und ließ sich nie die Überzeugung erschüttern, daß die Sache des Proletariats zum Siege geführt werde. Wir tun am besten, wenn wir alle miteinander geloben, in seinem Sinne weiterzuarbeiten, bis unser großes Ziel erreicht ist.

Genosse Herze:
Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung entbietet ihrem toten Kampfgefährten den letzten Gruß.
Ein volles Vierteljahrhundert hat unser Freund im Dienste des Blattes der Leipziger Parteigenossenschaft gestanden, ein volles Vierteljahrhundert im Dienste der Leipziger Arbeiterklasse, die wir als seine wuchtigste zu bezeichnen gewohnt sind, im Dienste der Presse. Mit Herz und Hirn hat er die schwarze Kunst in Bewegung gesetzt, um mit ihrer Hilfe die Köpfe der wertvollen Massen zu revolutionieren, und wir können sagen: sein Wirken ist voll Erfolg gewesen. Ein volles Vierteljahrhundert hat unser toter Freund die hohe Ehre gehabt, Fürsprecher und Rufer des Proletariats zu sein. Denn die Arbeiterpresse ist Anwalt und Held der Unterdrückten, Fürsprecher und Rufer im Kampfe um eine glücklichere Zukunft der Menschheit. Unser toter Freund hat diese hohe Ehre immer zu schätzen gewußt, und was an ihm lag, hat er auch immer alles getan, die Waffe, der er diente, zu einer der schneidigsten im proletarischen Klassenkampf zu machen. Wenn die Leipziger Volkszeitung gehaßt und gefürchtet wurde von den Feinden der Arbeiterklasse, und gehaßt und geliebt von den Unterdrückten und Ausgebeuteten, so ist das nicht zuletzt mit dem Verdienst unseres toten Freundes gewesen, der auch in Zeiten heftiger prinzipieller Parteikämpfe die marxistische Linie des Blattes mit Unerbittlichkeit verfolgte. Unser toter Freund hat freilich auch das besondere Glück gehabt, zusammenarbeiten zu können mit den besten Köpfen des revolutionären Sozialismus, mit Bruno Schoenlant, mit Rosa Luxemburg, mit Franz Mehring, mit Gustav Jaech und anderen. Und was er an theoretischer Erkenntnis von ihnen gewann, gab er in gleichem Maße zurück an praktischer Erfahrung als Führer der politischen Organisation. So vollzog sich in glücklicher Wechselwirkung sowohl die Entwicklung der Leipziger Volkszeitung, wie die Entwicklung der Leipziger Arbeiterbewegung.

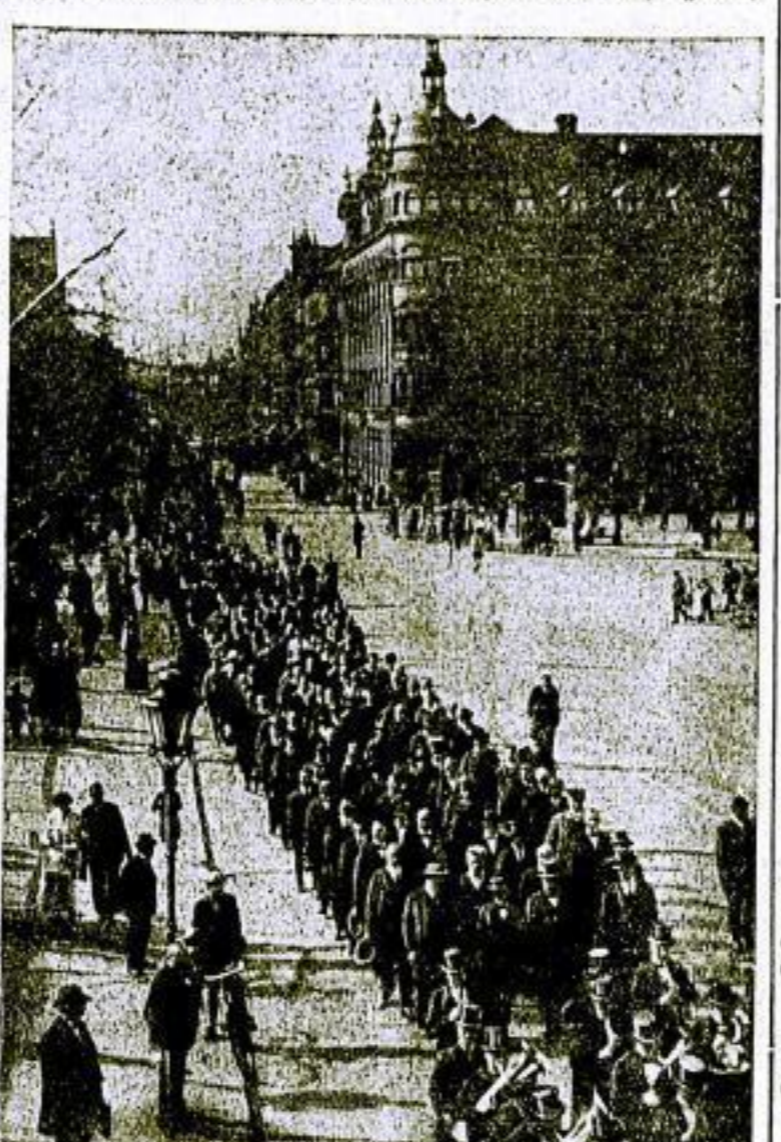
Der Dienst an einer Arbeiterzeitung ist aber auch ein aufreibender Dienst. Wer ihr ein Vierteljahrhundert seine Kräfte gewidmet hat, kann von sich sagen, ein volles Arbeitsleben gelebt zu haben. Und unser toter Freund hat es gelebt. Er hat es gelebt auf seinem Posten, wie tausende andere Genossen auf ihrem, ohne zu klagen in den Stunden der Ermüdung. „Gibt die Sache und die Klasse — und dann der Mann, der für sie und in ihr steht!“ — das war auch seine Parole. Und so tief auch unsere Trauer ist — gerade diese volle Hingabe an ein hohes Ideal, an das Ideal des Sozialismus, diese Selbstaufopferung im Dienste der Arbeiterklasse läßt uns unsern Freund weiterleben in unserm Gedächtnis.

Unser Freund ist nicht tot, er lebt weiter unter uns mit seiner ganzen Persönlichkeit, die er war. Er lebt weiter unter uns als leuchtendes Beispiel eines zähen und unermüdlichen Kämpfers, als leuchtendes Beispiel eines unerbittlichen und gradlinigen Sozialisten. So wollen wir auch in seinem Sinne von der toten Hülle seines Geistes Abschied nehmen:

ein Mann ist gefallen,
doch das Banner steht.

Es weiter zu fragen im Kampfe wie er es tat, wird die schönste Ehrung unseres toten Genossen sein.

Genosse Seppwand:
Der Unterbezirk Groß-Leipzig der Sozialdemokratischen Partei verliert in Fritz Seger den Mann, der in jahrzehntelanger Arbeit mitgeholfen hat, unsere Organisation aufzubauen. Wo es galt, in Organisationsfragen mit Rat und Tat zu helfen, stand Genosse Seger zur Verfügung. Ob es die Kleinarbeit der Agitation war, oder ob es galt, der Organisation führend die Wege zu weisen. Die Leipziger Parteigenossenschaft dankt es dem Genossen Seger, der in unermüdlicher Arbeit mit dazu beigetragen hat, Leipzigs Ansehen und Bedeutung in der Gesamtpartei zu begründen. Seine Persönlichkeit, sein Vorbild als treuer Parteiarbeiter, seine Be-



wurde. Gewiß war er, insofern seines lebhaften Temperaments, keiner, der leicht zu Kompromissen neigte. Aber Andersdenkenden gegenüber war er ein wenn auch scharfer, so doch sachlicher Gegner, der auch die Überzeugung eines anderen gelten ließ, sie achtete und ehrte. Wie sein Leben Mühe und Plage, Arbeit und Kampf gewesen ist, so war es auch nicht ohne Erfolg. Und so stelle Fritz Seger sich uns als ein Vorbild dar, dem nachzujetsen auch dem Gegner der Mühe wert erscheint. So werden wir, Freund und

Gedächtnisworte an der Bahre

Genosse Theo Mayer:
In tiefster Trauer, mit den Angehörigen vereint, sind wir, Tausende und aber Tausende von Proletariaten, versammelt, um Abschied zu nehmen von unserm Freund und Führer. Fritz Seger war ein Kämpfer, ein Kämpfer von früher Jugend an. Nicht lange währte es, da trug ihn das Vertrauen seiner Gefinnungsgenossen hinein in führende Ämter der Partei, in die Schriftleitung der Leipziger Volkszeitung, in die Vertretungen des Proletariats, in das Stadivorderordnetenkollegium, Landtag, Reichstag und in noch viele andere Ämter der Arbeiterbewegung. Alle diese Ämter hat er mit seiner ihm ganz besonders eigenen Lauterkeit und Schlichtheit versehen. Lauterkeit, Schlichtheit, größte Opferfreudigkeit und glühende Begeisterung für die vom Proletariat verfolgten Ideen und Forderungen, das waren die Grundzüge seines Wesens, mit denen sich große Erfahrungen und weitgehende Kenntnisse glücklich vereinten. Vorwärts und aufwärts ging stets sein Streben. So erwarb er sich die Liebe all seiner Klassengenossen und darüber hinaus die Achtung all derer, die wußten, daß sie in Fritz Seger einen Mann vor sich hatten, der unermüdlich seinem Ziele zusteuerte. Er kannte keine Müdigkeit. Der diesjährige 1. Mai war die erste Maifeier, an der er nicht beteiligt war. In diesem 1. Mai hat er zum erstenmal gerührt. Auch für uns kommt einmal der Tag, an dem wir ruhen werden, wie jetzt unser Fritz Seger. Wohl uns, wenn auch wir dann unsere Pflicht getan, wie er sie getan hat. Weh uns und unsern Nachkommen, wenn wir sie veräußern.

Genosse Bispinoff:
Mitten im Kampfgewühl ist unser Fritz Seger gestorben. Er selbst hat es aufs schwerste empfunden, daß er nicht mehr in den Reihen der Kämpfenden stehen konnte, sich fernhalten mußte. Schon zwei Jahre lang war er dazu durch sein Siechtum verdammt. Seit März vorigen Jahres, als der Reichstag in die Osterferien ging, hat er den Walltothau nicht mehr betreten. Aus der Redaktion ist er im Herbst vergangenen Jahres geschieden, da jede Hoffnung auf künftige Arbeitsfähigkeit geschwunden war. Fritz Seger war uns allen nicht nur ein treuer Freund, sondern auch allezeit ein zäher Kämpfer. Kaum der Lehre entronnen, kam er in die Arbeiterbewegung. Ueber die Gewerkschaftsbewegung kam er zur Politik, aber erst in reiferen Jahren in parlamentarische Vertretungen.

neuerung für unsere Sache hat in hohem Maße anfeuernd auf die jüngere Parteigenossenschaft gewirkt. Unzählige wurden durch ihn der Partei gewonnen.

In vielen Fällen gingen die Parteigenossen zu Fritz Seger, um sich in schwierigen Fragen Rat zu holen, und sicher wußte er zu helfen. Er war uns jahrelang Bannträger, Freund und Berater. Er war uns theoretischer Lehrer und Führer. Er war uns praktischer Stützpfeiler in allen Fragen des politischen Lebens.

In tiefem Schmerz bekennen wir unsere Dankeschuld. Wir wollen sein Werk fortführen in dem Bewußtsein, daß wir in der Arbeit für den Sozialismus unserem toten Freund und Vorkämpfer den besten Dank abzahlen und sein Andenken in höchsten Ehren halten.

Genosse Heinrich Fleißner:

Im Namen der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion habe ich unserem Freund und Kämpfer letzte Grüße zu entbieten. Die sozialdemokratische Fraktion verliert an Fritz Seger ihr ältestes Mitglied. Seit 17 Jahren, noch im alten Klassenparlament, gehörte Fritz Seger der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion an. Er war ein ganz hervorragender Kommunalpolitiker, der schon seitdem erkannte, welche großen Wert kommunalpolitische Betätigung für die Funktionäre der Arbeiterklasse hat, der schon sehr früh erkannte, daß durch den Kampf der Arbeiterklasse die Erringung des Sozialismus erleichtert und gefördert wird, wenn es gelingt, in kommunalpolitischer Betätigung die Kräfte heranzubilden, die zur Erringung dieses Zieles notwendig sind. Unserem nunmehr verstorbenen Kampfgenossen Fritz Seger schwebte eine Kommunalpolitik vor, wie wir sie seit zehn Jahren in Wien durch die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Vertreter verwirklicht sehen, die vielen Tausenden von Proletariern zum Anlaß wurde, sich der sozialistischen Bewegung anzuschließen. Unserem Genossen Fritz Seger war es eine schwere Lebenserfahrung, daß die Spaltung der Arbeiterklasse der Durchföhrung dieses Zieles einen Riegel vorsetzt. Es hat ihn oft tief betrübt, daß es nicht gelingen wollte, solche Arbeit zu leisten und durch Bruderkämpfe sogar zahlreiche Proletarier abgestoßen wurden. Fritz Seger hat sowohl in seiner kommunalpolitischen als auch in seiner sonstigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nichts unbeachtet hingelassen. Er hat stets sorgfältig geprüft, ernstlich kritisiert, aber seine Kritik war getragen von der Liebe zur Sache, von der Absicht, zu bessern und vorwärts zu treiben. Seine Kritikfähigkeit war verbunden mit einer Lebenswürdigkeit ohne Gleichen. Immer noch beendeten Kämpfen war er auch denen, denen seine Kritik galt, ein lieber Freund und Berater, ein brüderlicher Genosse, der immer wieder versuchte, vorwärts und aufwärts zu helfen. Die Arbeiterklasse wird ihren Freund Fritz Seger dadurch ehren, daß sie versucht, seinem Beispiele nachzueifern.

Genosse Schilling:

Auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist von aufrichtiger Trauer erfüllt über den Verlust, den sie durch den Tod Fritz Segers erlitten. Fritz Seger war uns stets ein lieber Freund und auch bei den härtesten Meinungskämpfen hinterließ seine Persönlichkeit stets den Eindruck, daß hier eine feste Überzeugung und ein ehrlicher Wille um Anerkennung ringt. Auch wir werden einmal hier ruhen und da möcht uns unter toter Freundschaft, so wirken, solange es Tag ist, solange wir noch im Lichte leben, daß unsere Taten und Willenskräfte dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse gewidmet sein müssen.

Genosse Kluge:

Genosse Fritz Seger hat für unseren Verband, für den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, außerordentliches geleistet. Mit 22 Jahren schon stand er an der Spitze der Schneiderorganisation. Er hat sie mitgeschaffen. Wir werden versuchen, ihm nachzueifern, im Ausbau unserer Organisation und in der Erreichung des Endzieles der Arbeiterklasse.

Weiter widmeten der Genosse Döberenz im Namen des Vereines der Leipziger Volksgenossen, Genosse Panzer im Auftrag der Verwaltung des Volkshauses, sowie Genosse ... die Worte ehrenvollen Gedächtnisses. Hierauf stimmten Arbeiterkämpfer das Lied an: „Ein Sohn des Volkes soll er sein und bleiben.“

Damit war die Trauerkundgebung beendet. Das Harmonium intonierte eine Trauermelodie. Langsam senkte sich der Sarg, um die sterblichen Hülle Fritz Segers der Einäscherung entgegenzuführen. Leider war es von den Tausenden, die erschienen, nur wenigen möglich, an der Gedächtnisfeier teilzunehmen. Vielleicht läßt sich bei ähnlichen Anlässen die eigentliche Feier im Freien veranstalten, um allen Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Allgemeine Ortskrankenkasse

In der ardentlichen Ausschussführung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig am 27. April 1928 gab der Vorstandsvorsitzende, Herr Wilhelm Wittig, eingehende Erläuterungen zu dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht über das vergangene Geschäftsjahr. Im allgemeinen kann das Geschäftsergebnis des Jahres 1927 nicht als günstig bezeichnet werden. Es war nicht möglich, der Rücklage den vollen geschäftlichen Betrag zuzuführen. Das hat seinen Grund zum Teil darin, daß die Einnahmen prozentual nicht so gut lagen wie im Vorjahre. Es hat sich eine Verschiebung der Mitglieder von den höheren nach den niederen Lohnstufen bemerkbar gemacht. Bei einer großen Zahl der Mitglieder nahm die Kasse nicht einmal den Teil an Beiträgen ein, der im Durchschnitt für Krankenbehandlung, Arznei, Heilmittel, Krankenhauspfllege, Fürsorge für Genesende, Hebammenhilfe aufzuwenden war. Bei einem Beitragsfuß von 6 Prozent war die Einnahme im abgelaufenen Geschäftsjahr pro Kopf 98,16 Mark gegen 89,81 Mark im Vorjahre. Die Ausgaben betragen im vergangenen Jahre pro Mitglied berechnet 95,65 Mark gegen 82,94 Mark im Jahre 1926. Für die vorstehend genannten Sachleistungen wurden pro Mitglied 35,40 Mark und für Kranken-, Haus-, Wochen-, Sitt- und Sterbegeld 38,65 Mark, zusammen 74,05 Mark pro Mitglied aufgewendet. Die Ausgaben für Sachleistungen sind prozentual mehr gestiegen, als die für Beiträge. Leider sind aber auch die Ausichten für das kommende Jahr außerordentlich ungünstig. Infolge des weiterhin anhaltend hohen Krankenstandes auch im 1. Vierteljahr 1928 übersteigen die Ausgaben laufend die Einnahmen. Weiter ist seit dem 1. Februar 1928 der reistliche Nachschuß von 10 Prozent auf die ärztlichen Gebühren in Wegfall gekommen, was ebenfalls eine weitere Steigerung der Ausgaben bedeutet. Zur Zeit schwächen Verhandlungen mit der Stadtgemeinde wegen Fortfalls des Nachschusses auf den Verpflegungskosten. Ungefähr 43 Prozent der Krankenhausaufenthalte entfallen auf die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig, weshalb auf Beibehaltung des Nachschusses unbedingt hingewirkt werden muß. Außerdem befindet sich unter den Inassen eine größere Anzahl Personen, die nur infolge der großen Wohnungsnot gezwungen sind, länger im Krankenhaus zu bleiben, als es unbedingt erforderlich wäre, nur, weil die Betroffenen überhaupt keine Wohnung haben oder in ihren Wohnungsverhältnissen so eingeschränkt sind, daß sich ihr Gesundheitszustand in der Wohnung nicht bessern würde. — Trostdem soll zunächst von einer Beitragssteigerung abgesehen werden.

Ueber die erfolgte Rechnungsprüfung berichtete Herr Ehrlich. Da sich keine Anstände ergeben haben, wurde dem Kassenvorstand und der Verwaltung einstimmig Entlastung erteilt.

Volkshochschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Der Kursus von Dr. Weber „Himmelsbeobachtungen einst und jetzt“ beginnt durch Verhinderung des Lehrers erst Mittwoch, 9. Mai (Anwesenheit, S. 37).

Eine Bitte ist im Zimmer des Kommittees gefunden worden. Abzuholen im Sekretariat, Tauchaer Straße 19/21.



Frauen, Mädchen! An die Front!

Die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzigs feiern am Sonntag, dem 6. Mai, 14 Uhr, den Internationalen Frauentag. Alle Frauen und Mädchen des Proletariats sind hierzu eingeladen. Durch eine große Massenfundgebung der Frauen sagen wir dem heute herrschenden kapitalistischen System, das sich in allen Ländern der Welt mit Erfolg durchgesetzt hat zum Schaden der Arbeiterklasse, den härtesten Kampf an.

Überall, wohin wir schauen, sehen wir das gleiche Bild. Auf der einen Seite Wohlstand, Keppigkeit, Luxus und Müßiggang weniger materiell besonders bevorzugter Menschen. Auf der anderen Seite Not und Elend unter den Flehigsten, den vom Kapital ausgebeuteten Arbeitern. Ihr farges Einkommen, das durch die Profitgier der herrschenden kapitalistischen Klasse niedriggehalten und durch ungerechte Verteilung der Staatslasten weiterhin geschnitten wird, reicht kaum aus, die nackte Existenz zu stellen. Der weitaus größte Teil der Armen und Unterdrückten wohnt in engen, feuchten und überfüllten Wohnungen. Unterernährte, tuberkulöse Kinder bevölkern die engen Straßen der Proletarierviertel in den Städten. Überall sind die Arbeiter durch die Verhältnisse, in denen sie leben, gezwungen, auf Gesundheit, Freude und Teilnahme an den Kulturgütern zu verzichten.

Die Frauen des Proletariats und des kleinen Mittelstandes sind dabei ganz besonders benachteiligt. Trostdem sie ihre ganze Kraft — oft unter Hintanhaltung ihres ganzen Ich — in den Dienst der menschlichen Gesellschaft stellen, indem sie in nimmermüder, aufopfernder Tätigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen die Existenz ihrer Familie ermöglichen und der Erziehung ihrer Kinder obliegen, muß die Frau noch heute in vielen Ländern der Welt um ihre politische und soziale Gleichberechtigung kämpfen. Trostdem die Frau durch Geschicklichkeit, Fleiß und Intelligenz in jahrzehntelanger Erwerbsarbeit im Produktionsprozeß ihre Verwendbarkeit mehr als bewiesen hat, ist ihre berechtigte Forderung auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit bis heute nicht erfüllt. Die nachdrücklichste Forderung der Frauen, die Beseitigung des Ausnahmegesetzes gegen die Frau in Gestalt der Arbeitsverbotsgesetze, kann sie von der heute noch herrschenden kapitalistischen Gesellschaft nicht erwarten. Das alles aber nennt sich eine „gottgewollte Weltordnung“, und dreimal wehe denjenigen, die gegen diese Ordnung ankämpfen. Sie werden mit Hohn, Spott, Verleumdung und Gefängnis verfolgt von den Besitzenden, die sich diese Ordnung geschaffen haben, um zu herrschen.

In allen Ländern der Welt scharen sich die Massen der Arbeiter unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei zusammen, um sich gegen dieses System der Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung zu wehren. Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt, ist somit ein internationaler, denn die Forderungen, insbesondere die der Frauen, sind überall die gleichen.

Mit den Arbeitsschwestern und Arbeitsbrüdern der ganzen Welt fühlen wir uns eins und haben mit ihnen die felsenfeste Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer unwürdigen Lage kommen muß durch Entschlossenheit und festen Willen zum Kampf gegen die internationalen kapitalistischen Mächte.

Darum heraus aus den engen Mauern unserer Häuser und auf die Straße mit dem Rufe:

„Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“

„Hoch die internationale sozialistische Frauenbewegung!“

Die Genossinnen treffen sich am Sonntag zum gemeinsamen A b m a r s c h nach dem Volkshause an folgenden Stellen:

Osten 12,45 Uhr, Stephanieplatz,
Südosten 12,45 Uhr, Spielplatz Stötteritzer Straße,
Westen 12,45 Uhr, Fellenkeller, Karl-Heine-Straße,
Norden 12,45 Uhr, Schauspielhaus (Springerstraße),
Süden 12,45 Uhr, Lehniger Bahnbrücke,
Mit-Leipzig, Nord, 13,15 Uhr an der alten Handelsbörse am Raschmarkt.

Baumdorf 12,15 Uhr, Albertstraße,
Schönefeld 12,15 Uhr, Stannoeinplatz,
Stütz 12,15 Uhr, Konsum,
Wöden 12,30 Uhr, Arbeiterheim, Wolfstraße,
Wöden schließt sich dem Nordzuge an.

Frauen-Agitations-Kommission Groß-Leipzig.

J. A.: Jda Bauer.

Nochmals die Neue Leipziger Zeitung

Wir berichteten schon am Montag über das Ausbeutungssystem, das in der sich so wild republikanisch gebärdenden Neuen Leipziger Zeitung herrscht. Die Auflage, die sich in verhältnismäßig kurzer Zeit verdoppelt hat, wird in der gleichen Zeit mit weniger Leuten als früher bewältigt. Daß es bei solcher, ganz einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft betriebenen „Nationalisierung“ nicht ohne dauernde Härten und Reibereien abgeht, ist selbstverständlich. Aber nicht nur im technischen Betrieb, in dem der erwähnte Herr Ludwig herrscht, wird das Personal ausgebeutet; auch im Redaktionsbetrieb und dem kaufmännischen Teil des Unternehmens herrschen analoge Verhältnisse. Ueber die Redaktion und die zugehörigen Sekretariate regiert Dr. Marguth, der gleichzeitig Chefredakteur ist. Er versteht es glänzend, Anträge auf Lohnerhöhung unter verblüffendstem Lächeln und fadenförmigen Begründungen abzulehnen. So sind uns Fälle bekannt, daß Angeestellte seit fast zwei Jahren keinen Pfennig Gehaltszulage trotz häufiger Forderung bekommen haben, so daß infolge der fortschreitenden Teuerung in Wirklichkeit eine Verschlechterung der Gehälter eingetreten ist. Die Eigentümer des Blattes, die in der Tschekoslowakei sitzen und denen dort außer dem Prager Tagblatt noch einige andere Zeitungsunternehmen gehören, scheinen den Leipziger Betrieb als mackende Kuh zu benutzen; bei aller angeblichen Deutschfreundlichkeit werden die deutschen Zeitungsangestellten doch nur ausgenutzt. Zum Teil tragen die Redakteure der bürgerlichen Blätter daran selbst Schuld, indem sie als Funktionäre des Bürgerturns, Kleinbürgerlichen Ideologien anhängend, selbst darauf gedrungen haben, daß statt der Tarifgehalter „Leistungsgehälter“ gezahlt werden. Unter dieser Maske der individuellen Bezahlung wird natürlich wiederum nur Ausbeutung getrieben. Wenn die Neue Leipziger Zeitung es wirklich

Wo ruft die Pflicht?

Sonnabend und Sonntag von den bekannten Stellen aus Allgemeine Flugblatt-Verbreitung!

Jede Genossin und jeder Genosse helfe mit! SPD Groß-Leipzigs Funktionäre.

Mit-Leipzig, Westen II. Funktionärversammlung am Freitag, dem 4. Mai, bei Tauchaer, pünktlich um 20 Uhr.
Neuschönefeld, Sonnabend, 5. Mai, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Sophienschlößchen.
Schönefeld. Heute 20 Uhr müssen alle Funktionäre und Mitglieder restlos zur Wahlstundgebung zur Stelle sein.

Mitglieder-Veranstaltungen

Großhoyer. Morgen 20 Uhr im Lindengarten Mitgliederversammlung. Gen. Paul Schäfer spricht über Justizfragen.

So ernst mit ihrem von ihr selbst immer wieder angepreisenen Republikanismus meinen würde, so müßte sie es als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen, einen Stamm republikanischer Journalisten zu halten, dessen Existenz zum mindesten materiell so sichergestellt ist, daß er nicht immer wieder abzuwandern versucht. So ist beispielsweise erst vor kurzem ein junger Feuilletonist, zur Hauptsache aus dem letztgenannten Grunde, zu den — Leipziger Neuesten Nachrichten gegangen! Er ist nicht der erste, der dorthin überging; umgekehrt ist der Chef des lokalen Teils ehemaliger Nachrichtenmann. Das erhellt, wie gering eigentlich die weltanschaulichen Unterschiede zwischen beiden Blättern sind, die sich ja auch niemals in der Öffentlichkeit gegenständig die Augen ausstrahlen, sondern sich höchst in das Geheiß in Leipzig friedlich geteilt haben. Leider gibt es immer noch Proleten, die auf den faulen Jauber des „linken Republikanismus“ hineinfallen und glauben, daß die KZ etwas anderes sei als die übrigen bürgerlichen Blätter.

Feuer in der Großen Fleischergasse

Am Mittwoch, dem 2. Mai, in der 22. Stunde, wurde auf dem Grundstück Große Fleischergasse 8 Feuer gemeldet. Dort war in dem Hintergebäude in einem Bodenzimmer ein Brand entflammt, dessen Entstehungsurache bisher nicht aufgeklärt werden konnte. Das Feuer hatte schon den in dem vierten Stockwerk gelegenen Taubenschlag erfaßt und ganz erheblichen Rauch entwickelt. Durch die Feuerwehre wurde das Feuer, das einen großen Umfang anzunehmen drohte, mit zwei Schlauchleitungen angegriffen. Gegen 23 Uhr war die größte Gefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis nach 24 Uhr. Menschenleben sind nicht in Gefahr gekommen.

Von der Hochspannung getroffen

Gestern in der 14. Stunde ist ein 22jähriger Schlosser Willi J. bei Arbeiten an der Hochspannung des elektrischen Straßennetzes in der Preußenstraße zu Leipzig-Probstei von einem elektrischen Schlag getroffen worden. Er stürzte von einer etwa 5 Meter hohen fahrbaren Leiter auf die Straße. Mit schweren Kopfverletzungen und in brennendungslosem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Der Verletzte hatte einen elektrischen Schlag bekommen, hervorgerufen durch Berührung der Hochspannungsleitung, ohne sich vergewissert zu haben, daß die Drähte mit Strom geladen waren.

Der Bürgerblock als Mundräuber

Das Gesundheitsamt teilt mit: Durch die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers der Finanzen über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch vom 24. April 1928 ist das für die Stadt Leipzig festgesetzte Kontingent erheblich herabgesetzt worden. Dies bedingt, daß das auf die Stadt entfallende Kontingent, nur 2 Großhandelsfirmen zugewiesen werden kann, die hauptsächlich schon mit Gefrierfleisch gehandelt haben. Weiter müssen die zum Kleinhandel zugelassenen Verkaufsstellen ganz bedeutend herabgesetzt werden. Die seinerzeit ausgesetzten Zulassungsscheine über den Verkauf von zollfreiem Gefrierfleisch verlieren somit mit dem 30. April 1928 ihre Gültigkeit. Rünftig werden nur noch 10 Verkaufsstellen errichtet, und zwar: 1 im Schlachthof, 2 im Zentrum, 2 in Lindenau, 2 in Volkmarisdorf, 1 in Connewitz, 1 in Eutritzsch und 6 in Schönefeld.

Die Einschränkung des steuerfreien Gefrierfleischquantums und damit die Verminderung der mit einem Arbeitereinkommen erreichbaren Lebensmittel, veranlaßt die Bevölkerung dem Bürgerblock, dem großartigen Reichtumsförderung höher stand als die Befreiung der Lebensnot des werktätigen Volkes. Nicht einmal das Gefrierfleisch gönnte man den Minderbemittelten. Statt mit Fleisch und Brot will der Bürgerblock das Volk mit Religion füttern. Der Schulgehaltwurf hat es bewiesen. Gebt dem Bürgerblock für seine Mundräubereien, verbietet durch religiöse Ueberföhrungen, die einzig richtige Antwort!

Keinem Bürgerblockkandidaten eine Stimme!
Wählt Sozialdemokraten!

Die Unterjuchung über das Flugzeugunglück auf dem Wöden Flugplatz ist noch nicht abgeschlossen. Wie wir erfahren, ergibt jedoch die bisherige Unterjuchung, daß den Flugzeugführer ein Verschulden nicht trifft.

Das Germanabad am Schleußiger Weg hat den Sommerbetrieb begonnen.

150jähriges Jubiläum der Taubstummen-Anstalt. Der im Zusammenhang mit dem Anstaltsjubiläum stehende Vortrag von Oberlehrer Dr. Paul Schumann über das Thema „Aus der Welt der Gehörlosen“ (mit dichterischen Proben) findet im Festsaal der Taubstummen-Anstalt am Mittwoch, dem 2. Mai, abends 8 Uhr statt.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Donnerstag, Freibank 1, freier Verkauf.

Das Zauberwort

MAIZENA

1. unübertroffen zur Vereitung nahrhafter Kinderpecken.
2. unübertroffen zur Bindung von Suppen, Tunken, Cremes und Kompotts.
3. unübertroffen zur Herstellung von Puddings, Mameris, roter Gräbe, Sandforts, Kuchen und seinem Gebäck jeder Art.
4. unübertroffen zur Dazureichung von leichtverdaulicher, nahrhafter Kost für Kranke und Genesende.

Kochbücher gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft m. b. H. HAMBURG 15.

60. Verbandstag sächsischer Konsumvereine

Am 2. Verhandlungstage, dem 30. April, begannen die Verhandlungen mit einem Vortrag des Verbandssekretärs Geffarth über:

Die Entwicklung der Verbandsgenossenschaften im Jahre 1927, in dem die Angaben des gedruckten Berichtes noch im einzelnen erläutert und unterstrichen wurden. Mit großer Schärfe wandte sich der Redner besonders dagegen, daß der dritte Teil der Vereine noch über 5 bis 10 Prozent Rückvergütung gewähre. Das sind außer Weizen und Viehschlachtkörpern alle kleineren und kleinsten Vereine. Der Verein Hohensachsen beantragt, daß der fragliche Beschluß umgestoßen und gestrichelt sein soll, bis 8 Prozent Rückvergütung zu gewähren. Der Referent ersucht um Rückziehung dieses Antrages. Er verbreitet sich eingehend über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Verbandsgenossenschaften und die Genossenschaftspraxis; die Dinge, soweit nötig, kritisch behandelnd und allerhand gute Ratschläge gebend. Am Schluß stellt der Vortragende das „allgemeine, gesunde Vorwärtstreben“ der Bewegung und die weiteren, noch sehr großen Ausbreitungsmöglichkeiten fest.

Verbandssekretär Böhm berichtet dann über: **„Die Jahresarbeit des Sekretariats und das Ergebnis der Revisionen.“** Es handelt sich um die Revisionen, die durch den Verband regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, bei den dem Verband angehörenden Genossenschaften vorgenommen werden. Sie haben den Zweck, darüber zu wachen, daß in den Genossenschaften eine möglichst gute Verwaltung durchgeführt wird und eine geschäftlich tüchtige Leitung ihres Amtes waltet. Redner erörtert weiter eine Reihe anderer für die Entwicklung der Bewegung wichtiger Fragen. So die der Verschmelzung kleiner Vereine, worum sich die Verbandsleitung ständig bemüht. Einzelne Beispiele zeigen, daß da noch viel unterständlicher Eigenbrötlerei anzutreffen ist.

Vorstand und Aufsichtsrat des Verbandes legen zwei Entschlüsse vor. In der einen wird strenge Beachtung des Rückvergütungsbeschlusses gefordert und unter Umständen mit Ausschluß gedroht. Die andre protestiert

gegen die Anwendung der Gewerbesteuer auf Konsumvereine durch sächsische Finanz- und Steuerämter.

Mehrere Anträge von kommunistischen Vertretern, die gegen § 11 der Satzungen verstoßen, werden vom Vorsitzenden nicht zugelassen. Ein Antrag Granz, Limbach, wird als ein Zusatzantrag zur Steuerreform der Verbandsleitung deklariert. Ein Antrag Chemnitz wendet sich gegen einen genossenschaftsschädlichen Artikel des kommunistischen Kampfers. Die zwei letztgenannten Anträge werden genügend unterstützt.

In der Debatte spricht Laune, Löbnitz (Erg.) gegen den Antrag Hohensachsen. Erdinger, Schwarzenberg, spricht gegen die kommunistischen Vertreter des Verbandstages nicht verantwortlich, obwohl sie ihm in manchen Teilen zustimmen. Dem Redner wird, weil er sich nicht an die Tagesordnung hält, das Wort entzogen. — Pelti, Ehrenfriedersdorf, montiert, daß ein Antrag seines Vereins, der Unterstützungsfonds für gewerkschaftliche Kämpfe beizufügen, nicht verhandelt werden kann, weil er nicht statutenmäßig eingebracht war. — Granz, Limbach, spricht zur Steuerfrage gegen die sächsische Regierung, die er als eine „falschliche Bezeichnung“ er wendet sich weiter gegen eine „Aberbureaufaktisierung“ der Genossenschaften, womit er die starke Zentralisierung meint, und spricht unter großer Heftigkeit von einer „Verlöcherung“, von „Kassenspielen“, von „Neutralitätsbündeln“, „Klassenmäßiger Einstellung“ und ähnlichem Durcheinander. — Fleißner, Dresden, wendet sich gegen die falsche und unzuverlässige Methode der Kommunisten, den Genossenschaften Aufgaben zu weisen, die die politischen Parteien zu lösen haben. Redner spricht dann zur Steuerreform, weist auf das Verschleppen der sächsischen Regierung und der Mehrheit des Landtages zur Gewerbesteuerfrage hin. Eine große Gefahr droht den Konsumvereinen von einem

Reichsteuervereinheitlichungsgesetz,

das im neuen Reichstag erledigt werden soll. Danach sollen die Konsumvereine grundsätzlich unter die Gewerbesteuer fallen. Die Länder hätten dann keine Möglichkeit mehr, anders zu verfahren.

Alle bürgerlichen Parteien stehen in dieser Frage gegen die Konsumvereine.

Die Bestrebungen nach möglichst hoher Rückvergütung sollten nun endlich verschwinden, damit sich der Verbandstag nicht immer wieder damit beschäftigen muß. — Hoffmann, Dresden, erörtert diese Frage ebenfalls und spricht weiter zur wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Genossenschaften. — Kerner, Ehrenfriedersdorf, tritt dafür ein, danach zu streben, daß noch fernstehende herangezogen und die Umsätze gesteigert werden. Das müsse im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geschehen. — Grunke, Chemnitz, spricht zu der Entscheidung gegen den Kampfer-Artikel, der nicht nur eine lokale Angelegenheit sei. Er gibt Zitate daraus. Nachdem aber Erdinger den Artikel preisgegeben, sei die Chemnitzer Entscheidung gegenstandslos.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen die Schlussworte der Referenten, in denen zur Debatte Stellung genommen wird. Geffarth machte bemerkenswerte Angaben über die „Verlöcherung“ und die Stagnierung des unter kommunistischer Verwaltung stehenden Konsumvereins Limbach, Granz, Limbach, wendet sich in einer Richtigerstellung gegen diese Darstellung. Geffarth bleibt bei seinen Angaben.

Der Antrag Hohensachsen ist zurückgezogen. Die Resolution zur Rückvergütung wird gegen sechs Stimmen angenommen. Die Steuerresolution wird einstimmig angenommen. Der Zusatz Granz abgelehnt.

Eine Änderung des Statuts, wonach der Aufsichtsrat des Verbandes von fünf auf acht Mitglieder, die zugleich Mitglieder des Generalkrats sind, verstärkt wird, ruft eine lebhafteste Debatte hervor. Kommunistische Redner sprechen gegen die Änderungen, von anderen Rednern wird ihnen energisch widersprochen, besonders wegen der an den Haaren herbeigezogenen „Gründe“

Nachdem außer dem Referenten acht Redner dazu gesprochen hatten, werden die beantragten Änderungen gegen wenige Stimmen angenommen.

Es folgen

Wahlen zu den Verbandsinstanzen.

Es werden neu gewählt in den Aufsichtsrat: Kreheim, Delsnis, Degenholz, Leipzig, Fleißner, Dresden und Laumann-Zwidau. In den Verbandsvorstand wird Kloß, Pulsnitz wiedergewählt. Mit einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden wurde der sehr lebhaft verlaufene Verbandstag geschlossen.

Die angenommenen Entschlüsse.

Der 60. Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine als Vertretung von 400 000 Verbrauchersfamilien, erhebt Einspruch gegen die Herabsetzung der zur zollfreien Einfuhr zugelassenen Getreidemenge von 120 000 auf 50 000 Tonnen jährlich.

Diese Maßnahme, die den Zweck haben soll, die Vieh- und Fleischpreise in Deutschland zugunsten der deutschen Landwirtschaft zu steigern, bedeutet für die breite Masse der minderbemittelten Verbraucher die Gefahr einer Verschlechterung der Lebenshaltung.

Zur Hebung der Volksgesundheit und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft und damit der deutschen Industrie erachtet der Verbandstag eine Steigerung, nicht aber eine gewalttätige Verminderung des Fleischverbrauches für erforderlich. Er fordert deshalb die Aufhebung jeder Beschränkung der zollfreien Einfuhr von Getreidefleisch.

Aus der Umsatzstatistik der letzten zwei Jahre geht hervor, daß fast alle Konsumgenossenschaften, die den Beschluß des Verbandstages 1926 in Annaberg über die Begrenzung des Sparrabattes und der Rückvergütung nicht beachteten, in den zwei letzten Jahren geringere Umsatzsteigerungen und niedrigere Durchschnittsumsätze je Mitglied erzielten, als diejenigen Konsumgenossenschaften, die sich innerhalb der gezogenen Grenze des Sparrabatt- und Rückvergütungssatzes gehalten haben.

Das Werk des Bürgerblocks

Montag, 7. Mai
Kleinzschocher Immergrün, 20 Uhr. Reichstagsabgeordneter Hugo Saupe, mit Film: Dein Schicksal.
Osten Rheingold-Festhalle, 20 Uhr. Reichstagsabgeordneter Engelbert Graf, mit Sprechchor.
Wähler und Wählerinnen! Am 20. Mai entscheidet ihr über euer Schicksal für die nächsten 4 Jahre. Darum beachtet die Verammlung, in der euch Aufklärung gegeben werden soll.
C. D. Groß-Leipzig

Angeichts dieser Tatsache erwartet der 60. ordentliche Verbandstag von allen angeschlossenen Konsumgenossenschaften die Einhaltung des Beschlusses, nach dem der Sparrabatt und die Rückvergütung zusammen nicht mehr als 5 Prozent des Umsatzes betragen dürfen. Konsumgenossenschaften, die ohne vorherige Genehmigung durch den Verbandsvorstand weiterhin einen höheren Sparrabatt und eine höhere Rückvergütung ausschütten, setzen sich der Gefahr der Ausschließung nach dem § 15 der Verbandsatzung aus.

Die deutschnationalen Bauernfänger

Es wurde bereits öfters darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Landbunds- und Landvolk-Gruppen, die so plötzlich kurz vor der Wahl aufgetaucht sind, nur Decknamen darstellen, hinter denen in Wirklichkeit sich die Deutschnationale Volkspartei verbirgt. Dazu schreiben jetzt die Dresdner Nachrichten, ein deutschnationales Blatt:

„Die Annahme, daß die Liste „Sächsisches Landvolk“ einer neuen Partei dienen sollte, ist nicht zutreffend; was schon daraus hervorgeht, daß die beiden Wahlvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei und des Sächsischen Landvolks miteinander verbunden werden sollen und daß die auf dem Wahlorschlag der Liste Sächsisches Landvolk gemachten Abgeordneten sich im Reichstag der deutschnationalen Fraktion anschließen werden.“

Die Deutschnationalen wissen offenbar, wie sehr ihr Name an Ansehen und Anziehungskraft bei den Wählern eingebüßt hat. Wahrscheinlich hoffen sie, daß die Landbevölkerung von ihrem Betrugsmannöver nicht rechtzeitig Kenntnis nehmen wird. Wir glauben aber, daß sie trotz ihrer unethischen Methoden keine großen Erfolge erzielen werden.

Der erste weibliche Bürgermeister in Sachsen

Die kleine Gemeinde Ihsst am Taucher, im Bezirk der Amtshauptmannschaft Bausen, kann für sich in Anspruch nehmen, den ersten weiblichen Bürgermeister Sachsens gewählt zu haben. Dieser Tage wurde dort Fraulein Elisabeth von Wille als Bürgermeisterin gewählt. Der Ort hat 372 Einwohner.

Die gewaltigen Wegebaulasten der Gemeinden und Bezirksverbände

Dem Landtag ist eine Eingabe des Verbandes sächsischer Bezirksverbände zugegangen, in der die gewaltigen finanziellen Lasten eingehend geschildert werden, die den Gemeinden und Bezirksverbänden durch die Instandhaltung der Wege und Straßen entstehen. Es ist verständlich, daß nach dem ständig steigenden Automobilverkehr die Frage der Instandhaltung der Straßen eine sehr wichtige ist. Doch ist die Finanznot der Gemeinden und Bezirksverbände ja so groß, daß nicht alles in dem Maße zur Verbesserung und Instandhaltung der Straßen geschehen kann, wie es erforderlich wäre.

Die Eingabe stellt fest, daß auch bei der Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 die Wünsche der Bezirksverbände durch die Instandhaltung der Wege und Straßen entgegen der Bürgerblockregulierung völlig unberücksichtigt gelassen worden sind. Die Bezirksverbände hätten nach neueren Feststellungen rund 21 000 Kilometer Wege zu unterhalten. Von diesen entfallen etwa 7000 Kilometer auf Ortsstraßen, die vorwiegend dem Verkehr innerhalb der Gemeinden dienen, rund 14 000 Kilometer, also zwei Drittel, entfallen aber auf Wege, die den Durchgangsverkehr von Ort zu Ort verketten. Die Finanzierung der Unterhaltung und Instandhaltung der nicht dem Durchgangsverkehr dienenden Ortsstraßen fällt den Gemeinden ausschließlich zur Last. Zwar stellt der Staat für die Instandhaltungskosten der Durchgangswege Mittel und Beihilfen zur Verfügung, doch bleiben trotzdem die Lasten der Gemeinden und Bezirksverbände außerordentlich groß. Die Bezirksverbände sind im Rechnungsjahr 1927 mit insgesamt rund 10 Millionen Reichsmark lediglich für die Instandhaltung der Durchgangswege belastet gewesen. Zu diesen Beträgen kommen noch die Kosten für die Unterhaltung und Instandhaltung der reinen Ortsstraßen, ein außerordentlich hoher Aufwand gleichfalls. Wenn man eine den modernen Verkehrsbedürfnissen entsprechende grundsätzliche Instandhaltung der Durchgangswege dienenden Kommunikationswege vornehmen wollte, so würde das einen Gesamtaufwand von rund 200 000 Reichsmark verursachen. Mit den jetzt aufgewendeten Beträgen der Bezirksverbände und Bezirksverbände von rund 16 000 000 Reichsmark sei eine solche grundlegende Instandhaltung jedoch nicht durchzuführen. Diese Summen reichen nicht einmal aus, die Wege in ihrem bisherigen Zustande zu erhalten und vor einem noch weitergehenden Verfall zu schützen. Die ungünstige Finanzlage der Bezirksverbände und Bezirksverbände veranlaßt darum den Verband der Bezirksverbände, an den Landtag die dringende Bitte zu richten, für eine weitgehende Entlastung der Bezirksverbände und Bezirksverbände auf dem Gebiete des Kommunikationsweges Sorge zu tragen. Vor allen Dingen wird Uebernahme der besonders verkehrsbelasteten Kommunikationswege in staatliche Unterhaltung gefordert. Die Eingabe deutet dann an, daß bisher recht schleppend gearbeitet worden sei, um die Frage zu prüfen, ob ein Teil der rund 1020 Kilometer verkehrsreichen Kommunikationswege in staatliche Unterhaltung genommen werden könnte, obwohl sämtliche dieser Wege übernommen werden müßten. Schon im Frühjahr 1925 sei ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden, die Wegebaulasten für die Kommunikationswege entsprechend den gänzlich veränderten neuen Verkehrsmitteln und -verhältnissen zugunsten der Bezirksverbände und Landgemeinden gerechter zu verteilen und aufzulösen. Doch sei diesem Ersuchen auch nicht durch die im Gesetz über die Aufhebung der Jugitersteuer getroffene Regelung Rechnung getragen worden. Der Staat soll daher nach der Forderung der Eingabe die von der Regierung selbst als besonders verkehrsbelastet anerkannten Kommunikationswege möglichst in vollem Umfang, zumindest aber zu einem erheblichen Teil in staatliche Unterhaltung nehmen. Ebenfalls sollen die Einstellungen im Kap. 58 Tit. 21 des Staatshaushaltsplanes für 1928 von 1 300 000 Reichsmark um 700 000 Reichsmark auf 2 000 000 Reichsmark erhöht werden, so daß unter Beiziehung der übrigen schon zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt 2 500 000 Reichsmark zur Unterhaltung des Wegebaues gebraucht werden könnten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird selbstverständlich diese Eingabe des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände mit größter Aufmerksamkeit studieren und bei den Beratungen für die Interessen der Gemeinden und Bezirksverbände eintreten. Uebrigens hat ja die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag auf Schaffung eines Wegebaugesetzes eingebracht.

Dresden. Ein frecher Sittlichkeitsverbrecher. Kürzlich wurde am Hellergelände gegen 11 Uhr abends ein Liebespaar von einem Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgab, mit einer Taschenlampe angeblinzelt. Der Mann schrieb das Mädchen, eine 19 Jahre alte Hausangestellte, auf, erklärte sie für feige gekommen und schickte ihren Begleiter nach der 9. Sicherheitswache. Der Freigänger ließ sich auch fortziehen, darauf hat der freche „Kriminalbeamte“ das Mädchen vergewaltigt; er ist unerkannt entkommen.

Zwönitz 6. Stollberg. Tödliche Unfälle auf der Eisenbahn. Am Montag geriet der Eisenbahnsekretär May, ein Familienvater von 6 Kindern, zwischen die Wuffer von zwei Eisenbahnwagen, wobei der Unglückliche sofort getötet wurde.

Ein 18 Jahre altes Dienstmädchen, das versehentlich in einen falschen Zug gestiegen war, sprang aus dem Zug heraus, als er schon fuhr. Das Mädchen schlug auf die Gleise auf und war so fort tot.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Donnerstag, 3. Mai 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgr. Lindenu-Plagwitz-Schleußig, Felsenkeller, 19,30 Uhr.

Deogl., Südost. Löwenpart, 19,30 Uhr.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Freitag, 4. Mai 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter. Volkshaus, 19,30 Uhr. Glaaser, Volkshaus, 17 Uhr.

Tagessendungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.



Was ein Kind nicht mag

soll man ihm nicht aufdrängen, denn sonst kann es leicht seine Gesundheit einem Vorurteile der Eltern zum Opfer bringen. Nicht immer ist die Weigerung des Kindes als Eigensinn oder Trotz anzusehen, denn der Organismus fordert Abwechslung unter den Nahrungsstoffen in ihrer Zusammensetzung, Beschaffenheit und im Geschmack. Sorgen dieser Art verschwinden sofort, wenn Oetker-Puddings auf den Tisch kommen, denn diese werden immer gern und restlos verzehrt, weil sie wohlwollend, nahrhaft und doch leicht verdaulich sind. Dr. Oetker's Puddingpulver werden durch Zusatz von feinstem Reispudding jetzt in noch besserer Qualität hergestellt und enthalten außerdem die für die Blutbildung und den Körperaufbau notwendigen mineralischen Salze. Ein Päckchen kostet 10 Pfg. Dr. Oetker's Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele Anregungen zum Backen und zur Bereitung von Süßspeisen bietet Ihnen das

neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfg. in den einschlägigen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. In völlig neuer Bearbeitung ist Dr. Oetker's Schulkochbuch, Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein, denn es trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung und berücksichtigt die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- u. Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist in dauerhaftem Pappband, wo nicht vorrätig, geg. Einsend. von 30 Pfg. in Mark. von mir portofrei zu beziehen.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Faule Geschäfte mit frischen Eiern

Sowjetkommunisten unter sich In Moskau

X Berlin, 2. Mai.

Ein Stück moskowschen Kommunismus in Moskau: Sowjet-Handelsmethoden, Sowjet-Angestelltenverhältnisse, Sowjet-Umgangston — alles echt, wie es leidet und lebt . . .

Auf der Anklagebank der Generalvertreter des Chlebo-Produkt und der Wolgadeutschen-Bank in Berlin, M., Mitglied der Partei seit 1904. Klägerin die russische Handelsver- treitung. Als Zeuge: der Leiter des Chlebo-Produkt, der staat- lichen Exportgesellschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse, mit einem Umsatz von 1 Milliarde 700 Millionen Mark, L., einstmals Matrose, dann als alter Bolschewik, Gehilfe des Volkskommissars für Volksernährung, während der Jahre 1919/21 Organisator der Sitzexpedition und Vesperrungskommandos bei der Eintreibung der Brotsteuer, die Tausende von Opfern an erschossenen Bauern gefordert hat. Aus dem lahmsüßigen Schädel mongolischen Zu- schnitts blicken stehend zwei schmale Augen, mit dem Ausdruck von Bauernschläue und fanatischer Grausamkeit. Er ist speziell zum Prozeß aus Moskau herübergekommen. Anscheinend nicht Wichtiges auf dem Spiele.

Der Sachverhalt für sich genommen, ist laut Anklage äußerst einfach. M. war mit seinem Vorgesetzten in ernste Differenzen ge- raten; es drohte ihm Entlassung. Da erhob er von seinem Konto 60 000 Mark, die in Wirklichkeit dem Chlebo-Produkt gehörten. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis.

Gegen dieses Urteil hat er Berufung eingelegt. Die Be- rufungsverhandlung lieferte aber schlaglichtartig in die verwinkelten Beziehungen der beiden alten Bolschewiken M. und L. hinein und listeten einen Zipfel des Vorhanges, hinter dem sich die mitunter mehr als eigentümlichen Sowjetgeschäfte abwickeln. — Diesmal waren es faule Geschäfte mit frischen Eiern.

Die Berliner Filiale des Chlebo-Produkt hatte mit der Jwa, d. h. der Internationalen Warenaustausch-Gesellschaft einen Ver- trag geschlossen, laut dem ihr für etwa 5 Millionen Rubel Eier verkauft waren. Bei Erfüllung des Vertrages entstanden Differen- zen. Auf Veranlassung aus Moskau, unter Mitwirkung der Juristen der Berliner Handelsvertretung und mit Zustimmung des Chlebo- produkt, kam ein Zufahrvertrag zustande. Die Differenzen waren aber dadurch nicht behoben. M. verlangte, daß aus Moskau ein Vertreter herüberkäme. Am 12. November 1926 erschien in Berlin der Leiter des Chlebo-Produkt L. in eigener Person. Er machte dem

M. Vorwürfe wegen des Vertrages, meinte, daß alle Juristen der Handelsvertretung von der Jwa beflachten seien und verlangte, daß er die Differenzen mit der Jwa in der gleichen Weise beseitige, wie dies der Londoner Vertreter des Chlebo-Produkt getan habe. Dieser hatte einfach erklärt, daß die Eier, die die Jwa für sich beanspruchte, bereits unter der Gesellschaft Arcos in London verkauft seien. Der Verkauf war rein fiktiver Natur. M. sollte in diesem Falle als Käuferin die Berliner Handelsvertretung angeben. Er weigerte sich dies zu tun, erklärte, daß es Zeitung sein würde; er wolle sich aber nicht strafbar machen. L. forderte M. auf, nach Moskau ab- zureisen; dieser weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten. Die Spannung zwischen beiden wurde erhöht durch einen scharfen Brief des M. an die Handelsvertretung, in dem er bat, den L. zu ver- anlassen, daß er sich endlich um die Angelegenheit der Jwa kümmere.

Am Sonntag, dem 21. November, vorantzte M. seinen Sekretär, S., ihm einen Scheck auf die Dresdner Bank auszuschreiben, bei dem er 60 000 Mark erheben wollte. S. teilte davon sofort dem L. mit, riet ihm, sich an die Kriminalpolizei zu wenden, was dieser jedoch abfuhr.

Weber den weiteren Verlauf der Dinge gehen die Aussagen L. und M. auseinander. Der erstere behauptet, daß er am nächsten Tage M. wegen des Geldes zur Rede gestellt und nachdem dieser ihm gesagt habe, daß ihn die Sache nichts angehe, ihn gekündigt habe. M. dagegen erklärt, daß die Kündigung wegen eines scharfen Zusammenstoßes erfolgt sei, ohne daß die Erhebung der 60 000 Mark überhaupt erwähnt worden wäre. Am 30. November fuhr L. nach Moskau ab. Am 4. Dezember erkrankte die Berliner Handelsver- tretung Strafanzüge bei der Staatsanwaltschaft wegen der von M. unterschlagenen Gelder.

Bei der Polizeivernehmung erklärte M., er habe die Gelder erhoben, weil ihm vom Chlebo-Produkt größere Summen zukämen. Vor Gericht und in den bereits früher eingereichten Zusähen änderte er seine Auslage dahin, daß er die 60 000 Mark auf Veranlassung von L. von der Bank erhoben und sie diesem ausgehändigt habe. Die Quittungen darüber seien jedoch auf Veranlassung von L. von seinem Sekretär seiner Schublade entnommen worden. Das sei ein Trick gewesen, um ihm hinterher die Unterschlagung von 60 000 Mark vorwerfen zu können; ähnliche Fälle seien auch schon früher bei der Entlassung von Angestellten vorgekommen.

Überdies hatte M. auch die der Wolgadeutschen-Bank gehören- den 20 000 Mark von der Bank erhoben. Das Zivilgericht sprach ihm von dieser Summe nur einen geringen Teil zu; es verurteilte ihn auch zur Rückgabe der 60 000 Mark. Die Jwa dagegen gewann alle Prozesse, die sie mit dem Chlebo-Produkt führte; es lag nämlich ein Telegramm des Londoner Vertreters des Chlebo-Produkt

vor, aus dem mit aller Klarheit zu ersehen war, daß sie durch einen fiktiven Verkauf der Eier an die Arcos geschädigt werden sollte. In dem bereits vor einem Jahre von ihr gestellten Straf- antrag gegen L. und den Londoner Vertreter des Chlebo-Produkt B. wegen Betruges, ist jedoch bis heute nichts geschehen.

Die Berufungskammer verwarf die Berufung des M., beließ es bei den drei Monaten Gefängnis; nicht wegen Unter- schlagung, sondern wegen Untreue.

Der Chlebo-Produkt hat seine Filiale liquidiert. Ob das Ge- schäftsgebahren der Sowjetrussen seitdem anders geworden ist, mag dahingestellt bleiben.

Das erste Raketen-Flugzeug

Die Raab-Raketenwerke in Kassel planen zusam- men mit den Opel-Werken den Bau eines Raketenflugzeuges. Es wird dazu die Flugzeugtypen R. K. 9 Grassmücke verwendet wer- den. Dieses Leichtflugzeug wiegt nur 250 Kilogramm und wird nach Angaben des Chefpiloten Raab, mit dem der Vertrag für den ersten Raketenflug abgeschlossen wurde, durch den Raketenanbau im Gewicht nicht wesentlich belastet werden. Es handelt sich bei dem Bau dieses Raketenflugzeuges um den ersten Schritt zur Ver- wirklichung des großen Flugzeuges nach dem System Sander-Opel- Gallier. Mit seinem Bau soll schon in diesen Tagen begonnen wer- den. Die Raketenanlage soll an Stelle des Motors zwischen den Tragflächen zu beiden Seiten des Rumpfes eingebaut werden. Das Flugzeug führt einen besonders konstruierten Fallschirm mit. Der Raketenapparat soll in Rüstschutzhelm eingefügt werden.

Anfall auf einer Drahtseilbahn

SWD Berlin, 2. Mai.

Nach einer Meldung aus Malland hat sich auf einer Draht- seilbahn im oberen Val de Cantonica ein schweres Unglück zugetragen. Als vier Arbeiter mit der Seilbahn nach dem Stausee fahren wollten, stieg der Drahtkorb unterwegs um und die Arbeiter stürzten über 40 Meter in die Tiefe. Zwei Arbeiter sind tot, einer erlitt einen Bein- und Rippenbruch, der vierte ist mit leichten Abschürfungen davongekommen.

Start zum Nordpolflug

II Soly, 3. Mai.

Das Polarluftschiff „Italia“ ist heute Donnerstag, 3.25 Uhr, vom Seebücker Luftschiffhafen aus zum Fluge nach Spitzbergen ge- start.

Theater Battenberg
Anfang 8 Uhr * Fernspr. 276 29
Gesamtdir. Georg Rädler
Es war einmal in Heidelberg

Beginn 8.00, 8.30

Harry Piel
in
falschem Verdacht.

Der beste **Harry-Piel-Film** aller Zeiten, dazu ein auserwähltes lustiges Beiprogramm.

Jugendliche haben bis 6 Uhr Zutritt zu halben Preisen.

Titania Fichtestr. 20
38014 in der Höhe
Schönstes u. größtes Lichtspiel- haus des Südens.
Inh.: Ernst Fincke

Achtung, Gartenbesitzer!

Rosen
Büsche und Hochstämme.

Größerer Baumverkauf meiner diesjährigen Restbestände zu außer- ordentlich niedrigen Preisen.

H. Rosenthal
Baumschulen
Ph.-Rosenthal-Straße u. Straße
des 18. Oktobers, neben dem Bayerischen Platz.

Herrn-Besuchung Mk. 3.00
Damen (Kernleder) „ 2.00
Zell, Peterssteinweg 12, I.

GGG

Leigwaren

aus eigenen Fabriken der deutschen Konsumvereinsmitglieder sind Erzeugnisse von höchster Güte garantiert rein und preiswert

Vorrätig sind:

Schnittnudeln lofe Pfd. —.50	Makkaroni lofe Pfd. —.62
Schnittnudeln Gierware, lofe Pfd. —.70	Makkaroni 1-Pfd.-Paket —.68
Schnittnudeln Gierware . . . 1-Pfd.-Paket —.78	Makkaroni 1/2-Pfd.-Paket —.35
Schnittnudeln Gierware . . . 1/2-Pfd.-Paket —.40	Makkaroni Gierware . . . 1-Pfd.-Paket —.78
Spaghetti 1-Pfd.-Paket —.78	Makkaroni Gierware . . . 1/2-Pfd.-Paket —.40
Spaghetti 1/2-Pfd.-Paket —.40	Suppeneinlagen lofe Pfd. —.50
Gierfadennudeln 1/2-Pfd.-Paket —.42	Gierschleichen lofe Pfd. —.80
Fadennudeln in Dosen gelegt, lofe Pfd. —.54	

Nur Konsumvereinsmitglieder erhalten diese in ihrem Konsumverein

Abgabe nur an Mitglieder

Ämterliche Bekanntmachungen

Polizeiverordnung

Das Einlöscheln in unfriedigte Räume und unbewohnte Baulichkeiten sowie das unbefugte Nächtigen im Freien, in Stroß- und Getreidefeldern, Feld- schäumen, unbewohnten Baulichkeiten und anderen unfriedigten Räumen ist ver- boten.

Zur Verhütung von Mißbrauch werden mit Geld- strafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Leipzig, den 1. Mai 1928.
D. R. 296/28 Das Polizeipräsident.

Die Zulassungsbeleihigung für das Kraftrad (D-Mad) III 21250

Besitzer: Kaufmann E. Artur Schil- bach, Leipzig, Davidstraße 11, ist ab- handen gekommen.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird die Zulassungsbeleihigung hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 30. April 1928
Das Polizeipräsident.

Im Ueberflchwemungen und Ver- schämmungen der Felder, die im vorigen Jahre in den Ueberflchwemungen häufig vor- gekommen sind und zu zahlreichen Be- schwerden geführt haben, zu verhindern und die an den Straßen liegenden Felder trocken zu legen, sind die **Bauleitungen der Straßenquerflüssen und der Straßengräben** gründlich zu räumen, sowie alle im Zuge der Vorflutgräben liegenden Schleusen zu reinigen und, da- fern nötig, in Stand zu setzen.

Hierzu gehört auch die Reinigung der Grabenüberbrückungen aller Art nach Privatgrundstücken.

Die unterhaltungsspflichtigen Gemein- den und Privatpersonen werden erucht, die hiernach erforderlichen Arbeiten **spätestens bis Ende dieses Monats** und künftig jedes Jahr im Monat Mai auszuführen.

Leipzig, den 2. Mai 1928.
Die Amtshauptmannschaft.

Die Staatsstraße Leipzig—Grimma wird zwischen **Ueberflchwemung** und der Sieblung Großbösa wegen Ausführung von Bauarbeiten in der Zeit vom 3. bis 8. Mai 1928 für allen Fuhr- und Reit- verkehr gesperrt.

Der Verkehr wird auf die Wege **Ueberflchwemung—Güldenpölla** und **Gül- denpölla—Großbösa** und umgekehrt ver- wiesen.

Leipzig, am 2. Mai 1928.
Die Amtshauptmannschaft.

Marxtrautstädt. Verschiedene Feld- parzellen sind a. 3. pachtfrei, zahlungsfähige Interessenten wollen sich umgehend im Rathaus, Sim- mer Nr. 9, melden.

Marxtrautstädt, am 30. April 1928.
Der Stadtrat.

Mögen werten Patienten zur zoll. Kenntnis, daß ich meine homöo- pathische Praxis

Leipzig, Stöckelstraße, nach Leipzig C 1, Reichelstraße 1a

Ecke Dorotheen-Platz, verlegt habe. Sprechstunden: 9—11, 2—5 Uhr

Zur Erleichterung im Verkehr mit allen Kranken werden auch schrift- liche Anfragen gern beantwortet.

Hochachtungsvoll
Homöopath. Institut für Elektro- Therapie u. Röntgen-Diagnostik.
W. Hormann.

Eine wichtige Tagung

Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege hielt dieser Tage in der Bundeschule in Leipzig eine Volltagung ab.

Die Kommission hat hinsichtlich des Verbots sportlicher Veranstaltungen an den hohen kirchlichen Feiertagen Verhandlungen mit dem preussischen Innenminister gepflogen. Die Verbote beruhen auf einer falschen Auslegung der Polizeiverordnung über die öffentliche Heilighaltung der Sonn- und Feiertage durch ein preussisches Kommergerichtsurteil. Das preussische Innenministerium kann, wie in der Verhandlung berichtet wurde, eine Modifizierung der Polizeiverordnung nicht verfügen. Einweisen sollen an diesen Tagen weiterhin Veranstaltungen abgehalten werden. Mit dem Reichswehrminister sind Verhandlungen geplant. Ihr Ziel ist, zu verhindern, daß den Arbeitersportvereinen immer noch Plätze auf militärischen Liegenschaften von den Militärverwaltungen entzogen werden, weil die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege für politisch erklärt ist. Um ein besseres Zusammenarbeiten der Verbände in Jugendfragen zu erzielen, wurde ein Jugendausschuß der Zentralkommission gebildet.

Genosse Geller in Leipzig sprach über die internationale Bewegung und teilte u. a. mit, daß die Arbeitersportler Dänemarks in die Internationale aufgenommen worden sind. Von der Rolle Sportinternationale liegt eine Einladung zur Teilnahme an der Moskauer Spartakiade vor. Eine Teilnahme an dieser Veranstaltung ist auf Grund der festgestellten Beschlüsse verboten. Die Versammlung beschloß deshalb: „Die sportliche Beteiligung unserer Mitglieder an der Moskauer Spartakiade ist verboten; Zuwiderhandelnde haben die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen.“

Der Geschäftsführer Bildung, Berlin berichtete über die Förderung der Arbeitersportbewegung durch Reich, Länder und Kommunen und gab u. a. bekannt, daß der Reichssportfonds von 1 Million auf 1 1/2 Millionen Mark erhöht worden ist, und daß versucht werden soll, den Verteilungsschlüssel so zu bemessen, daß Arbeitersportler und bürgerliche Sportler gleichmäßig aus dem Fonds bedacht werden. Reichstagsabgeordneter Schack-Bielefeld sprach zum Schluß über den Arbeitersport und die bevorstehenden Wahlen und unterzog das Verhalten der Kommunisten bei der Behandlung der Arbeitersportfragen im Reichstage einer scharfen Kritik. Er stellte u. a. fest, daß kein Kommunist im Reichstage auch nur ein Wort über den Arbeitersport gesprochen hat! Scharf betonte zum Schluß: Wollen wir für den Arbeitersport Geldmittel erlangen, dann müssen die Machtverhältnisse gewissenhaft beurteilt werden.

Da dies von der Sozialdemokratie stets mit Erfolg geschah, so liegt das größte Interesse vor, eine starke Sozialdemokratie in den Reichstagen zu wählen.

Spannung — Entspannung

Auch die werktätigen Frauen und Mädchen werden in immer größerer Zahl vom Sportbetrieb erfaßt. Die Betätigung in Luft und Licht, die das Ausüben des Sports erfordert, schafft ihm viele Freunde. Alle Sportarten, sofern man eine Leistung erreichen will, verlangen ein ziemliches Maß von Spannung und Energie. Die

ihre natürlichen Veranlagung. Der Sport und das Turnen sollen nicht den weiblichen Körper vermännlichen, sondern alle Organe und Muskeln kräftigen, jedoch die weiche, speziell weibliche Linie nicht verwischen. Damit ist keineswegs gesagt, daß nur noch Lockerungs- und Dehnungsübungen gemacht werden sollen. Die Entspannung darf nicht so weit gehen, daß die schwierigsten Dehnungsübungen mühelos ausgeführt werden, soll die Genesung aber einen Meter hoch springen, so ist ihr das unmöglich. Das wäre eine Einseitigkeit und darum zu bekämpfen. Im allgemeinen und für viele unserer guten Sportlerinnen gilt es, darauf zu achten, daß nicht das spezifisch Männliche überwieht. Auch unter den Männern hat die Dehnungs- und Entspannungsgymnastik viel Anhänger und Freunde gewonnen. Viele sind der Meinung, daß es vollständig genügt, täglich einige Dehnungsübungen vorzunehmen. Diese Ansicht ist falsch. Nicht nur, daß der Körper weiche, runde Formen erhält, also nerweicht, auch die Energie, die Schnellkraft und die zügige Kraft werden, wenn nicht geübt, nachlassen. Dehnbarkeit der Muskeln ist wohl beim Manne zu wünschen, aber mit Schnellkraft und zügiger Kraft. (Aus dem Freien Sport, Kuffig.)

Agitiert!

Jeder Arbeiter, der sich der Agitation entzieht, verläßt die allgemeine Sache und die eigene zugleich. Je mehr ihr agitiert, desto mehr zwingt ihr unsere Gegner, uns Konkurrenz zu machen und uns die Spitze bieten zu wollen. Je mehr sie uns Konkurrenz machen, desto mehr sind sie selbst gezwungen, die Berechtigung unserer Forderungen anzuerkennen, unseren Zwecken Vorschub zu tun und durch ihre eigene Agitation die Reihen unserer Anhänger zu vermehren. Es lebe die demokratische soziale Agitation! Lassalle.

Stärkt die Front für den Wahlkampf!

arbeitenden Frauen und Mädchen müssen tagsüber bei ihrer Berufsarbeit und im Haushalt den Körper einseitig betätigen und anspannen. Wird schon vielfach durch den Beruf und durch die Arbeiten im Haushalt der Körper der Frau in Weichseligkeit gezogen, und hart, edig, kurz, vermännlicht, so kann diese Erscheinung noch verstärkt werden durch die Ausübung der verschiedensten Sportarten. Das in letzter Zeit immer mehr in Erscheinung tretende Bestreben, durch entsprechende Gymnastik, vor allem durch Dehnungs-, Lockerungs- und Geschmeidigkeitsübungen, den Körper aus seiner Spannung und Verkrampfung zu lösen, ist gewiß zu begrüßen. Ueberhaupt werden Tanzspiele und Tanz ja doch das Gebiet bleiben, in dem die Frau sich am wohlsten fühlt; entspricht es doch am besten

Der erste holländische Arbeitersportplatz

Dank der Unterstützung des Gewerkschaftsartikels und der gesamten Arbeiterschaft von Haarlem hat die dortige Ortsgruppe des holländischen Arbeitersportbundes einen eigenen Sportplatz bekommen. Er besteht die Größe von drei Fußballspielfeldern und ist ideal gelegen. Zu seiner Weihe waren die Arbeitersportler und Sportlerinnen der Ortsgruppen aus Süd- und Nordholland — die Amsterdamer im Sonderzug — gekommen und veranstalteten in den Straßen Haarlems einen Aufmarsch, der der staunenden Bevölkerung ein glänzendes Zeugnis von dem Solidaritätsgefühl und der Selbstdisziplin im holländischen Arbeitersportband gab.rote Frauen, sozialistische Kampf- und Freie Sportler der 800 Demonstrierenden erhöhten den Eindruck. Das Gewerkschaftsartikels Haarlem übergab der Ortsgruppe eine Fahne als Stiftung. Der Bundesvorstand war vollzählig erschienen. Massenfreibungen von 500 Sportlern und Sportlerinnen nach deutschem Muster gemeinsam geübt, waren für Holland etwas Neues und wurden beendet unter lang anhaltendem Beifall der Zuschauermassen. Das Programm sah außerdem vor, Leichtathletik, gymnastische Sonderübungen, Tennis und Fußball. Sechs Fußballspiele dienten dazu, eine starke Bundesvertretung für das belgische Verbandstreffen im August in Brüssel zusammenzustellen. Der Verlauf der Veranstaltung hat seinen Eindruck in der näheren und weiteren Umgebung Amsterdams nicht verfehlt. Das Thema Arbeitersport ist unter der Bevölkerung trotz der bevorstehenden Olympischen Spiele der bürgerlichen Sportler allgemeiner Gesprächsstoff. Het Volk, das sozialdemokratische Parteiblatt Amsterdams, widmete dem Fest auf der ersten Seite einen großen begeisterten Artikel und brachte in mehreren Ausgaben Bilder.



Vorzügliche, billige Lebensmittel.

- Rindsgulasch Pfd. 1.20
 - Speck geräuchert Pfd. 88 ↘
 - Schwarzfleisch Pfd. 1.25
 - Schweinsbacken (ger.) Pfd. 85 ↘
 - Fettes u. Schmer geschn. Pfd. 65 ↘
- Ferner:
- Frisches Fleisch**
nur 1. Klasse
- Ochsenfleisch**
- Querrippe Pfd. 1.20
 - Hohe Rippe Pfd. 1.30
 - Schmorfleisch o. Knoch. Pfd. 1.50
 - Rouladen Pfd. 1.60
 - Geh. Rindfleisch Pfd. 1.20
- Kalbfleisch**
- Kamm oder Brust ... Pfd. 1.20
 - Keule Pfd. 1.35
 - Nierenbraten Pfd. 1.35
 - Wickelbraten Pfd. 1.30
- Schweinefleisch**
- Bauch Pfd. 80 ↘
 - Keule Pfd. 95 ↘
 - Kamm Pfd. 1.15
 - Koteletten Pfd. 1.30
 - Geh. Schwein Pfd. 1.00
- Hammelfleisch**
- Bauch Pfd. 1.20
 - Rücken Pfd. 1.30
 - Keule Pfd. 1.40
 - Blatt Pfd. 1.30

Qualitäts-Konferven.

- Junge Erbsen (mittel) 2-Pf.-Ds. 1.10
- Junge Erbsen 2-Pf.-Ds. 80 ↘
- Kohlrabi mit Grün . 2-Pf.-Ds. 75 ↘
- Blumenkohl 2-Pf.-Ds. 1.05
- Junge kl. Karotten . 2-Pf.-Ds. 85 ↘
- Junge gr. Bohnen . . 2-Pf.-Ds. 1.20
- Gemüse-Erbsen . . 2-Pf.-Ds. 55 ↘
- Sensgurken pikant . 2-Pf.-Ds. 1.30
- Tomatensuppe Ital. Dose 40 ↘ 25 ↘
- Gem. Früchte 2-Pf.-Ds. 1.60
- Kalf. Pflirsche 1/2 Fr. 1-Pf.-Ds. 1.00
- Fruchtsalat 1-Pf.-Ds. 1.10
- Stachelbeeren 2-Pf.-Ds. 1.20
- Apfelsmus wels . . 2-Pf.-Ds. 85 ↘
- Birnen wls. 1/2 Frucht 2-Pf.-Ds. 1.30
- Preiselbeeren 2-Pf.-Ds. 1.50
- Reineclanden 2-Pf.-Ds. 1.45
- Aprikosen 1/2 Frucht 2-Pf.-Ds. 1.45
- Pflaumen ohne Stein 2-Pf.-Ds. 1.20
- Ananas gr. Scheiben 2-Pf.-Ds. 1.45
- Splatt dick eingek. 2-Pf.-Ds. 60 ↘

- Konfitüren**
- Süßsaure Bonbons . . 1/2 Pfd. 18 ↘
- Anis-Bonbons 1/2 Pfd. 18 ↘
- Pfefferminzbruch . . . 1/2 Pfd. 19 ↘
- Likör-Bohnen 1/2 Pfd. 30 ↘
- Frühlings-Mischung . 1/2 Pfd. 35 ↘
- Milch, Milch-Kuß, Edel, Halb-süß-Schokolade nach Wahl 3 Tafeln à 100 Gramms 95 ↘
- Extra-Angebot!**
- Erdbeersaft (dickflüssig) Pfd. 75 ↘
- Himb. u. Kirschsaff dickfl. Pfd. 65 ↘
- Bleck-Datteln Pfd. 75 ↘
- Kameruner Pfd. 55 ↘
- Marmeladen**
- Erdbeer-Konfitüre 2-Pfd.-Eim. 1.30
- Aprikosen-Konfit. 2-Pfd.-Eim. 1.30
- Orange-Konf. (Tiekl.) 2-Pfd.-Eim. 1.45
- Himbeer-Konfitüre 2-Pfd.-Eim. 1.30
- Johannisbeer-Konf. 2-Pfd.-Eim. 1.30
- Orange-Konfitüre 2-Pfd.-Eim. 1.35
- Ananas-Konfitüre 2-Pfd.-Eim. 1.60
- Erdbeer-Apfel-Marm. 2-Pfd.-Eim. 1.15
- Himbeer-, Johannisbeer-, Kirsch m. Apfel 2-Pfd.-Eim. 1.10
- Johannisb.-Konf. (Tiekl.) 1-Pf.-Gl. 1.10
- Orange-Konf. (Tiekl.) 1-Pf.-Gl. 1.00
- Th. Pflaumenmus in Topf. 2-Pfd. 1.10
- Kolonialwaren**
- Mehl 000 4 Pfd. 95 ↘
- Kals.-Ausz. 2-Pfd.-Deut. 1.601.45
- Bruch-Reis 5 Pfd. 98 ↘
- Voll-Reis 4 Pfd. 95 ↘
- Faßweine usw.**
- Apfelwein herb Ltr. 50 ↘
- Johannisbeerwein Ltr. 1.05
- Tarragona Ltr. 1.35
- Malaga Gold Ltr. 1.70
- Coracao, Blutorange, Pfefferminz, div. Liköre Pfd. 3.00

- Wurstwaren Ia**
- Blut- u. Leberwurst 1/4 Pfd. 35 ↘
- Mettwurst 1/4 Pfd. 35 ↘
- Salamiwurst (hart) . . . 1/4 Pfd. 45 ↘
- Zerelatwurst (hart) 1/4 Pfd. 45 ↘
- Schinkenwurst 1/4 Pfd. 60 ↘
- Salamiwurst (ung. Art) 1/4 Pfd. 70 ↘
- Zerelatwurst i. Schweinsl. 1/4 Pfd. 70 ↘
- Schinken (gekocht) 1/4 Pfd. 48 ↘
- Fischwaren**
- Hering in Gelee, Rollmöpse, Bismarckheringe, Kronensardin. 1-Liter-Dose 85 ↘
- Sardinen „Club“ Dose 45 ↘
- Sardellen 1/4 Pfd. 40 ↘
- Schnitzellachs 1/4 Pfd. 40 ↘
- Mayonnaise 1/4 Pfd. 40 ↘
- Heringssalat 1/4 Pfd. 20 ↘
- Butter und Käse**
- Molkereibutter 1/2 Pfd. 95 ↘
- Tilsiter (vollfett) 1/4 Pfd. 33 ↘
- Holländ. Käse o. R. . . . 1/4 Pfd. 30 ↘
- Ital. Sahnenkäse 1/4 Pfd. 40 ↘
- Limburger Stangenkäse . . . Pfd. 40 ↘
- Tilsiter Art Pfd. 75 ↘
- Emmenthaier ohne Rinde, 6teilig Stück 78 ↘
- Camembert vollfett Stück 32 ↘

K A U F H A U S
BRÜHL

Die unnötige Poststeuer

Die falschen Zahlen des Reichspostministers

Unter den Lasten, die unserem Wirtschaftsleben durch die verfallene Rechtsregierung neu aufgebürdet wurden, nimmt die Gebührenerhöhung bei der Reichspost eine besondere Stellung ein. Die gegen den Willen der Sozialdemokratie und weiter Kreise der Wirtschaft durchgeführte Portenerhöhung ist nun seit gut 9 Monaten in Kraft. Wir haben somit die Möglichkeit festzustellen, wie sich die finanziellen Verhältnisse der Post entwickelt haben, und wir müssen sagen, daß die Tarifserhöhung unnützig und überflüssig war. Man hat die Allgemeinheit wieder einmal belastet, ohne daß ein besonderer Grund vorlag.

Es sei hier nochmal daran erinnert, mit welchen Mitteln die Reichspost damals die Portenerhöhung begründete. Der erlauteten Öffentlichkeit wurde u. a. mitgeteilt, daß der Voranschlag der Reichspost für 1927 rund 300 Millionen Mark unvermeidbare Ausgaben nicht enthalte. Die Post ging sogar so weit, den Ertrag der vorgeschlagenen Portenerhöhung als völlig unzureichend zu bezeichnen und tabelte von drohenden riesenhaften Defiziten. Den Hinweis, daß die Reichspost ohne Portenerhöhung auskommen würde, weil sie an der sich besehrenden Konjunktur profitieren könne, bezogener Reichspostminister als nicht stichhaltig; das Reichskabinett schloß sich seinen Ausführungen an. Die Sozialdemokratie hat diese pessimistische Auffassung des Reichspostministers und des Reichskabinetts mit allen Mitteln bekämpft. Sie bezweifelte vor allem, daß die obenerwähnten unvermeidbaren Ausgaben für 1927 300 Millionen Mark ausmachten. Sie wies nach, daß der Voranschlag der Reichspost die voraussichtlichen Einnahmen zu niedrig einsetzte und errechnete ganz richtig, daß die Gebührenerhöhung an Mehreinnahmen weit mehr einbringen muß als die von der Reichspostministerin angegebenen 139 Millionen Mark. Die berechnete Kritik der Sozialdemokratie drang nicht durch, und in nichtöffentlicher Sitzung nahm der Verwaltungsrat schließlich die von der Postverwaltung vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen an.

Jetzt, 9 Monate nach der Gebührenerhöhung, zeigt sich, daß die Behauptung der Sozialdemokratie, die Reichspost operiere mit falschen Zahlen, um die Portenerhöhung durchzuführen, den Tatsachen entspricht. Das von der Reichspost im vorigen Jahre vorgelegte Ausgabenprogramm war übermäßig hoch berechnet; die Post gibt das heute selbst zu. Es konnten Ausgaben in Höhe von 86 Millionen Mark völlig zurückgestellt werden. Im großen und ganzen hat sich ein Drittel des seinerzeit angegebenen Mehrbedarfs als überflüssig erwiesen. Die Postverwaltung hat also die Öffentlichkeit irreführt; es fällt auch schwer anzunehmen, daß diese Irreführung aus Versehen und ohne besseres Wissen geschehen ist.

Auch ihre Einnahmen hat die Post unterschätzt. Sie wurden für das Rechnungsjahr 1927/28, ohne Gebührenerhöhung, auf 1,8 Milliarden Mark veranschlagt. Einschließlich der Gebührenerhöhung, die am 1. August 1927 in Kraft trat und noch zwei Drittel des Rechnungsjahres erfaßte, erwartete man Einnahmen in Höhe von 1,939 Millionen Mark. Da die Einnahmen im Jahre 1928/29 rund 1,733 Millionen Mark betragen, glaubte die Post gegenüber dem Vorjahre an Mehreinnahmen im Jahre 1927/28 nur 206 Millionen Mark erzielen zu können. Nun betragen in den ersten 9 Monaten, seitdem die Portenerhöhung wirksam geworden ist, die Einnahmen der Post rund 1,498 Millionen Mark gegenüber 1,285 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die erzielten Mehreinnahmen machen also 213 Millionen Mark, rund 22 Millionen Mark mehr als, als die Post erwartete. Im letzten Vierteljahr 1927 betragen die Mehreinnahmen gegenüber dem letzten Vierteljahr 1926 rund 22 Prozent. Eine gleiche Steigerung kann man auch für das letzte Quartal des laufenden Geschäftsjahres annehmen. Damit, werden sich die Gesamteinnahmen der Reichspost auf 2,000 Millionen Mark steigern. Die Post dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach rund 120 Millionen Mark mehr einnehmen, als sie in ihrem Voranschlag angegeben hat. Während die Post aus der Portenerhöhung eine Mehreinnahme von 140 Millionen Mark erwartete, werden diese Mehreinnahmen rund 260 Millionen Mark ausmachen. Die Post hat sich also um 80 Prozent geirrt.

Aber auch sonst scheint die Post über ihren Finanzbedarf recht schlecht unterrichtet zu sein. Vor der Gebührenerhöhung behauptete sie, daß sie außer den Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung für das Geschäftsjahr 1927 dringend noch einer Anleihe von 150 Millionen Mark bedürfe. Jetzt teilt sie mit, daß die Aufnahme dieser Anleihe überflüssig sei; die Finanzlage der Post sei nämlich so günstig, daß sie es nicht nötig habe, an den Anleihemarkt zu gehen.

Diese Tatsache bezeugt mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Post auch ohne eine Portenerhöhung ausgekommen wäre. Sie hat dem Volke, wie die Sozialdemokratie schon vor der Gebührenerhöhung darlegte, leichtfertig und grundlos eine Steuerlast auferlegt, die entbehrlich ist. Die Rechtsparteien haben die Regierungsgewalt mißbraucht, um eine unnötige Belastung zum Schaden unseres ganzen Wirtschaftslebens durchzuführen. Sie tragen die Verantwortung. Davor wollen sie sich drücken. Die bisherigen Regierungsparteien haben in der Rechtsprelle wohl die unpopuläre Portenerhöhung bekräftigt; es steht aber fest, daß dieselben Leute, die in der Öffentlichkeit die Gebührenerhöhung bekräftigten, ihr im Kabinett und im Verwaltungsrat der Post zustimmten.

Textillöhne

In der Reihe der amtlichen Lohnstatistiken ist nun auch eine Erhebung veröffentlicht worden, die für Sachsen ganz besondere Bedeutung hat: die Lohnerhebung für die Textilindustrie. Leider sind die Spezialergebnisse aus den einzelnen Textiltagestätten nur auszugeweise veröffentlicht worden, so daß wir uns auf die Betrachtung der Gesamtstatistik beschränken müssen. Und eins müssen wir dabei besonders berücksichtigen: die rheinische Textilindustrie zählt nicht besser, aber nominell höher, weil die dortigen Lebensverhältnisse teurer sind. Diese nominelle Mehrzahlung macht sich im Durchschnitt desto stärker bemerkbar, als etwa die Hälfte der untersuchten Orte mit der rheinischen Hälfte der in die Untersuchung einbezogenen Arbeiterzahl in Westdeutschland liegen, die übrigen in Sachsen, Schlesien und Bayern.

Jede Betrachtung einer Statistik muß mit der Auszählung ihrer einflussreichen Mängel beginnen. Deshalb wollen wir gleich noch festlegen, daß die Textillohnstatistik im September 1927 durchgeführt wurde. Um die Bedeutung dieser Tatsache kommt auch das Statistische Reichsamt nicht herum. Wir zitieren ein paar Sätze aus Heft 5 von Wirtschaft und Statistik, der amtlichen Zeitschrift:

„Bei der Wertung der Ergebnisse der Erhebung muß man berücksichtigen, daß die Erhebung in eine Zeit allgemeiner Hochkonjunktur und starken Beschäftigungsgrades der Textilindustrie fiel, in der sich i. Z. schon ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar machte. Dieser Umstand dürfte sowohl auf die Länge der festgestellten Arbeitszeiten wie auf die Höhe der gezahlten Löhne von wesentlichem Einfluß gewesen sein. Außerdem ist zu beachten, daß die Erhebung im September 1927 — also kurz vor dem Ablauf der Tarifverträge in Sachsen, Südbayern, der Pfalz, der Lausitz und anderen Gebieten — durchgeführt wurde. Denn erfahrungsgemäß ist die Spanne zwischen den Tariflöhnen und den tatsächlichen Arbeitsverdiensten kurz vor dem Abschluß neuer Lohnabkommen am größten.“

Nachdem man diese Erklärung voller Objektivität abgegeben hat, ist die Bahn frei, um die mangelhafte Erhebung bedeutungslos auszuwerten. Wir wollen sie jedoch bei jeder einzelnen Zahlenangabe beachten. Zunächst prüfen wir den Durchschnittslohn aus allen erfaßten Zweigen und Sätzen der Textilindustrie. Er betrug ausschließlich der Zuschläge für Mehr- und Ueberstunden und der Sozialzulagen vor Abzug der Soziallasten pro Stunde: für männliche Facharbeiter 82,1 Pfennig (Mitteldrucksack: 61,1 Pf.), für weibliche Facharbeiter 60,3 Pfennig (Mitteldrucksack: 51,3 Pf.), für männliche Hilfsarbeiter 61,3 Pfennig, für weibliche Hilfsarbeiter 44,4 Pfennig.

Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug:

für männliche Facharbeiter	42,22 Mark,
für weibliche Facharbeiter	30,25 Mark,
für männliche Hilfsarbeiter	33,78 Mark,
für weibliche Hilfsarbeiter	22,40 Mark.

Die direkte und indirekte Unternehmerstatistik kommt natürlich nicht auf den Gedanken, daß der Richtsatz zu niedrig sein könnte. Sie läßt vielmehr, daß die Spanne zwischen Richtsätzen und Arbeitsverdiensten auf Kosten des Lohnes verringert werden müsse, ohne sich darum zu kümmern, wie ein Arbeiter, der für seine Familie noch ein paar Pfennig Sozialzulagen besitzt, beispielsweise mit 33,78 Mark auskommen soll. (Wobei wieder berücksichtigt werden muß, daß der Durchschnitt durch Einrechnung der teuren westdeutschen Textilstädte in die Aufstellung für Sachsen noch niedriger liegt.)

Durch die Tat mußten die Unternehmer zugeben, daß die Spanne durch Heraufsetzung der Akkordsätze verringert werden müsse; sie ließen sich im Laufe der in ganz Deutschland gepflogenen Tarifverhandlungen auf Justizstände ein. So sind die Richtlöhne im Laufe des letzten halben Jahres für alle Kategorien und Gegenden um durchschnittlich acht bis neun Prozent erhöht worden. Damit ist die Spanne nicht aufgehoben worden. Aber es ereignete sich ferner, daß der Arbeitsverdienst herunterging. Die Arbeitszeit senkte sich wieder auf das für kapitalistische Ausbeuterbetriebe normale Maß; die Verdienste senkten sich automatisch mit.

Der gesunde Menschenverstand, der ja bei amtlichen Erhebungen ausgeschaltet wird, sagt uns, daß mit einem Lohn von 40 Mark herum eine Familie nicht leben kann. Aber wer bekommt denn diese 40 Mark wirklich? Wieviel männliche Kräfte sind denn in der Textilindustrie beschäftigt? Eigentlich ist es überflüssig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren; denn jeder Arbeiter in der Textilindustrie weiß aus eigener Anschauung, daß Textilfabrikation zur Frauenarbeit gemacht wurde. Nimmt man den günstigsten Fall an, daß immer Hochkonjunktur herrschte, und daß eine gleiche Anzahl von Männern und Frauen in der Textilindustrie beschäftigt seien — die Ueberreibung liegt auf der Hand —, dann errechnet sich aus den amtlichen Zahlen ein Wochen durchschnittsverdienst von 32,16 Mark. Das Statistische Reichsamt läßt uns bei dem Glauben der gleichmäßigen Verteilung der Geschlechter. Und das ist wohl der schwerste Fehler in dieser Statistik, bei dem man nur noch schwer an den guten Glauben der ergebenden Stelle denken kann. Wo liegt nun der wirkliche Durchschnittsverdienst? Das ist beim besten Willen aus der amtlichen Arbeit nicht zu erkennen. Das einzige, was an der Geschichte interessanter kann, ist nicht erschlich! Wozu haben wir also die ganze Betrachtung angeestellt?

Das hat zwei Gründe: einmal wollten wir dem Statistischen

Reichsamt zeigen, daß seine Arbeit für die es 1500 Angestellte braucht, in einer großen Reihe von Fällen nicht einen Pfennig für die Allgemeinheit wert ist; die spezifizierten Ergebnisse, die uns etwas näher könnten, liegen wohlverwahrt in den amtlichen Aktenbüchern, eine Abkürzung liegt vielleicht bei den Unternehmervereinigungen, falls diese nicht ihre eigenen, gründlicheren Arbeiten vorziehen. Und der zweite Grund ist noch wichtiger, konkreter: wir wollten zeigen, daß selbst der Durchschnittsverdienst in der Textilindustrie, der in der Periode angespanntester Hochkonjunktur unter Ausparatierung der Geschlechterverteilung bei einer typischen Frauenarbeit errechnet wurde, nicht zum Leben ausreichen kann. 32 Mark als übertrieben hoher Durchschnittslohn, den der wirkliche Durchschnitt der Belegschaft kaum erreicht! Das ist das Ergebnis unserer Vektüre der amtlichen Tabellen. Wir haben es nicht nötig, den Weg zu zeigen, auf dem diesem Mangelstand abgeholfen werden kann. Jeder denkende Arbeiter weiß, daß er freiwillig keinen Pfennig Mehrlohn vom Unternehmer bekommen wird.

Die Kohlenpreiserhöhung vom Reichskohlenrat beschloffen

In der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates beantragten die Unternehmer, wie der Sozialistische Preisdienst meldet, freie Regelung der Kohlenpreise. Die Forderung wurde damit begründet, daß eine Erhöhung der Kohlenpreise nur für einen kleinen Teil des Abzuges, nämlich den Abzug im unbeschränkten Gebiet, und das auch nur auf bestimmte Kohlenorten, möglich sei. Diese Anträge der Unternehmer wurden von dem Ausschuss abgelehnt. Dagegen erkannte der Ausschuss an, daß infolge Materialpreiserhöhung und sonstiger Belastungen, die der Ruhrbergbau im letzten Jahre übernehmen mußte, Kohlenpreiserhöhungen in gewissem Ausmaß geboten seien. Demgemäß beschloß er, die Kohlenpreise durchschnittlich um 1 Mark pro Tonne zu erhöhen. Dieser Beschluß gilt für das rheinisch-westfälische Revier. Für Niederachsen soll ebenfalls eine durchschnittliche Preiserhöhung von 1 Mark pro Tonne in Kraft treten. Für das sächsische Steinkohlengebiet wurde eine Erhöhung von 1,10 Mark zugestanden.

Die Vertreter der Arbeiterchaft im Reichskohlenrat können für sich in Anspruch nehmen, den Kultur der Bergbauunternehmer auf die bisherige Kohlenpreisregelung abgelehnt zu haben. Gegenüber dem Beschluß, die Kohlenpreise durchschnittlich um 1 Mark bzw. 1,10 Mark pro Tonne zu erhöhen, steht dem Reichswirtschaftsminister ein Einspruch zu. Ob er davon Gebrauch machen wird, dürfte sich erst in den nächsten Tagen ergeben.

Rundfunkprogramm Leipzig

Freitag, den 4. Mai.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-M.G., Berlin.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsebericht.
- 14,30—15,00 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Kinderstunde: Kinderlieder. Leitung: Getrud von Egeren.
- 16,30—17,55 Uhr: Im Dreiviertel-Takt. (Von 17,00—17,55 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.)
- 18,05—18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studientat Friebe und Viktor Mann; Englisch für Fortgeschrittene.
- 19,00—19,30 Uhr: Studientat Karl Uebst-Leipzig: „Die Entwicklung der deutschen Turnerschaft.“
- 19,30—19,55 Uhr: Dr. Marlin Kunath-Altenburg: „Rundfunk und Kritik.“
- 19,55 Uhr: Weiterausgabe und Zeltangabe.
- 20,00 Uhr: Uebertragung aus dem Saale des Landeskonzertatoriums, Leipzig: Festkonzert für die Künstler-Hilfswache. Dirigent: Alfred Gendrei. Solist: Walter Rehberg (Klavier). Das Leipziger Rundfunk-Orchester. 1. Satz: Brandenburgisches Konzert Nr. 4. 2. Besetzung: Klavierkonzert Nr. 4 in G-Dur: I. Allegro moderato. II. Andante con moto. Anschließend III. Rondo. Adagio, Walter Rehberg, 3. Bräuner: Siebente Sinfonie: I. Allegro moderato. — II. Sehr feierlich und langsam. — III. Scherzo. Sehr schnell. — IV. Finale. Bewegt; doch nicht schnell. (Sämtliche Werke sind in Gulenburgs kleiner Partiturausgabe erschienen.)
- 22,15—24,00 Uhr: Tanzmusik. 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Reiser Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
Gruppenversammlungen:
Glafer Freitag, den 4. Mai, 17 Uhr, im Volkshaus
Hollierer Sonnabend, den 5. Mai 1928, 19 Uhr, im Volkshaus.
Wphalteure Sonnabend, den 5. Mai, 19 Uhr, im Volkshaus
Tagesordnung in allen Versammlungen: Bericht über die Lohnverhandlungen.
Steinholzlager Die Versammlung am 5. Mai fällt aus. Die nächste findet am 3. Pfingstfesttag statt.
Steineträger Dienstag, den 8. Mai 1928, 17,30 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Zahlreichen Besuch erwarten Die Leitungen

Unsere Kundenschaft schreibt: **Mehrfache längere Haltbarkeit**
hätten unsere Arbeitshosen durch den vorzüglichen Sitz usw. Fordern Sie daher in jedem Geschäft nur Marke „Osse“, ges. gesch., und lassen Sie sich als Nichtfachmann keine schadenbringenden Erzeugnisse antreiben. Nur wenn Geschäfte Osse-Artikel nicht abgeben, kann direkt geliefert werden. Nur echt mit Osse auf Taschen und Etikett. **Arbeitsmehrwert** Wir erhalten Geschäftsgewinn, unterstützen uns, damit diese Neuentwicklung erhalten bleibt zur Weiterverbreitung. Osse-Windjacken und Sporthosen bringen durch der Allgemeinheit Nutzen. Hosenblätter mit Kl.-Fügel Stück 2.— ab hier netto. Stellung, Geschäftsart usw. unbedingt angeben. Das Personal der Kleiderfabrik „Osse“, Seifenhennersdorf, St. Adolphs notieren.

Tatsächlich:

Ich merke keinen Unterschied!
Früher trank ich reinen Bohnen-Kaffee. Vor 8 Tagen setzte mit meine Frau halb Bohnen-Kaffee, halb Quietavor, heute schon Quietavor allein. Mit Quietavor fällt es wirklich leicht, Herz und Nerven zu schonen und — viel Geld zu sparen!

Zum Kaffee und allein Quietava Immer billig u. fein

